Beiträge zur Kenntniss der Staatsfinanzwirthschaft des Kantons Bern.

Von **A. Chatelanat.**

Das Verständniss der Ziele der modernen Gesellschaft in der staatlichen Formation ist der Angelpunkt allen politischen Lebens und auch der Richtung desselben.

Dasselbe offenbart sich namentlich in den Leistungen der Staatswirthschaft und diese hängen in zivilisirten Staaten hauptsächlich von dem Finanzsystem und der Finanzwirthschaft ab.

Die Finanzen verrichten im Staatskörper dieselbe Funktion, wie das Blut im physischen Leib.

Die Finanzwissenschaft, gegründet durch die Finanzstatistik, hat sich daher schon frühzeitig entwickelt und nimmt heute unter den Kammeralwissenschaften den Hauptrang ein.

Aber es ist nur zu wahr, dass die Finanzwissenschaft, insbesondere die der Besteurungskunst, Eigenthum der Gelehrten geblieben ist.

Noch schlimmer ist aber die konnexe Thatsache, dass das Volk nicht einmal über die *Finanzwirthschaft und die Finanzzustände des eigenen Landes* gehörig unterrichtet ist.

Die Folgen springen in die Augen; wir sehen sie überall, mancherorts (z. B. im Aargau, in Bern auch) in bedenklichem Grade auftreten.

Unsere schweizerischen Verwaltungsberichte und Staatsrechnungen geben sammt und sonders dem Volke nicht die erforderliche klare Einsicht in die Verhältnisse, um dasjenige Interesse zu erwecken, das erforderlich ist um den Bürger zu den nöthigen Opfern zu begeistern, die nothwendigerweise erhoben werden müssen um das überall vorhandene Missverhältniss zwischen Einnahmen und Ausgaben zu beseitigen.

Und auch die Finanzstatistik ist bei uns gleich Null. Daran sind aber wieder einmal nicht die verwünschten Statistiker Schuld, sondern diejenigen, die meinen, das Volk mit dem Geiste des Parlamentarismus (?!) befriedigen zu können.

Die Verbreitung vollständiger klarer Einsicht, rückhaltlose Offenbarung der Zustände sind unstreitig unter der Herrschaft des Referendums die besten Mittel, um über viele Kalamitäten hinwegzukommen denn: Alles begreifen heisst Alles verzeihen und Bildung macht frei von Vorurtheilen.

Mit den nachfolgenden *bernischen Finanzstudien* wagen wir nun den Versuch, Einiges zur Förderung der Kenntniss der bernischen Finanzwirthschaft im Kanton Bern selbst beizutragen.

Wir knüpfen daran die Hoffnung, ähnliche Monographien von andern Kantonen bald nachfolgen zu sehen, damit, auf Grund derselben, es einmal möglich sei, in dem furchtbaren Wirrwarr des kantonalen Finanzrapportwesens auszukommen und zu einer schweizerischen Finanzstatistik zu gelangen, deren Spiegelbild dann jedem einzelnen Kanton (und der Schweiz als Ganzes) zeigt, auf welcher Stufe er sich in den verschiedenen Gebieten befindet.

Verschiedener Umstände halber können wir keine systematische Reihenfolge beobachten, sondern bearbeiten das Material wie und so bald sich dasselbe eben darbietet.

Praktische Nutzanwendungen werden besser verschoben bis unser vorläufiger Hauptzweck, die Beleuchtung der Zustände, in den Hauptpartien erreicht sein wird.

1) Das finanzwirthschaftliche Verhältniss zwischen Staat und Gemeinde.

2) Der Verwaltungsaufwand des Staates und die Staatsdiener-Besoldungsfrage.

3) Die Finanzwirthschaft in den Staatsausgaben. Kritik der Verwendung für die verschiedenen Kultur- und Staatszwecke.

4) Das Finanzsystem in den Einnahmen, insbesondere das Steuerwesen und die Steuerpolitik.

Daran reihen sich Finanzgeschichte, Nutzanwendungen betreffend Finanzorganisation, Steuerrecht etc. Für die schweizerische vergleichende Finanzstatistik darf ausserdem die *Gemeindefinanzwirthschaft* nicht ausgelassen werden, da die Verhältnisse zwischen Staat und Gemeinden in der Schweiz so verschiedenartig gestaltet sind, dass aus den Staatsleistungen allein nicht einmal ein relativ richtiges Bild der Leistungen der einzelnen Gemeinwesen für die verschiedenen Gebiete hervorgehen würde. Auch in dieser Materie hat das bernische statistische Büreau seit Jahren bedeutende Vorarbeiten gemacht, die wohl nächstens einmal zur Veröffentlichung gelangen werden.

Ueber die Nothwendigkeit der Kenntnisse des Staats-Finanzwesens im Volke.

Gœthe soll einmal geäussert haben: „Man behauptet, die Welt werde durch Zahlen regiert; das aber weiss ich, dass die Zahlen uns belehren, ob sie gut oder schlecht regiert werde.“ In diametralem Widerspruch hiezu steht das bekannte Wort: „La statistique, c'est le mensonge en chiffres.“ Dieser Abspruch soll von James Fazy, dem Genfer Staatsmann herrühren. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob Fazy dieses Wort heute wiederholen würde,[1] denn die Erfolge der seinem Ausspruch getreuen Fazy'schen

[1] Am 6. Nov. 1878 gestorben.

Wirthschaft haben die tiefe Wahrheit des Gœthe'schen Spruches, namentlich in Anwendung auf das Finanzfach, in Genf wie anderswo leider nur zu sehr bestätigt. In der That gibt es heute in allen zivilisirten und halbzivilisirten Ländern kaum eine Frage von grösserem Gewicht als die Frage der Staatsfinanzen im Allgemeinen und in ihren einzelnen Bestandtheilen (Steuerfrage, Zollpolitik, Budget).

Ueberall Defizit und Vermehrung der Ansprüche an den Staat, wie umgekehrt vermehrte Forderungen des Staatskörpers oder der Regenten an die Nation.

Freilich hat das konstitutionelle Europa solche Krisen schon oft durchgemacht. Das Charakteristische und Bedeutsame der jetzigen Lage ist aber das, dass erstens die Erscheinung nicht nur eine universelle, sondern, was für die ganze Entwicklung der Menschheit und für die Staatswirthschaft viel wichtiger ist, dass dieselbe eine Konstanz und eine Progression der Bewegung verräth, welche jede Hoffnung auf die Wirksamkeit symptomatischer Behandlung zum Vornherein als trügerisch erkennen lässt.

Ein weiteres bedeutsames Moment liegt unstreitig in dem bei allen zivilisirten Völkern immer mehr erwachenden Bewusstsein des Staatsbürgerthums, welches selbst im absolutistisch regierten Staat der Herrscherwillkühr im Finanz- und Steuerwesen, überhaupt in der Verwendung der Güter der Nation gewisse Grenzen setzt. Man hat, unserer Ansicht nach, den Einfluss der Regierung und des Regierens auf die Regierten, schon für die Zeiten der ältern Staatswirthschaft und der absolutistischen Staatspolitik allgemein genommen auf die Nationen und die Entwicklung der Menschheit überhaupt überschätzt, und uns will scheinen, dass dies heutzutage, in der Zeit des Prinzips der Gleichheit, der Menschenrechte, der Kulturentwicklung und mit den Mitteln des Vereinsrechts und der Presse in noch höherm Masse der Fall sei. Die Regierungsaktion ist heutzutage überall thatsächlich in allen grössern Fragen eng mit dem Volkswillen und der Volksanschauung verknüpft und zwar, sagen wir es deutlich heraus, in dem Masse als die Kulturentwicklung vorgeschritten ist.

Der Begriff des Regierens hat überall, nicht etwa nur in der Republik und in der Demokratie (wo Alles dies freilich in höherem Masse gilt) sehr beschränkende Wandlungen erfahren. In Wahrheit „regiert" nicht die Regierung, sondern der Geist der Zeit, im engern Sinn des betreffenden Volkes; die Regierung „verwaltet und leitet."

Diese Thatsache wird immer mehr ein staatsrechtliches Axiom.[1]

Wohl am allgemeinsten und kräftigsten hat sich das Verhältniss zwischen Regierung und Regierten, selbst unter dem bloss konstitutionellen System, im Steuerrecht, im Staats-Finanzhaushalt und bezüglich des Finanzwesens der Gesammtheit überhaupt, entwickelt.

In der Republik finden wir den Einfluss der Volkstendenz besonders auf das Steuerrecht schon frühzeitig. Und, fügen wir, selbst auf die Gefahr hin ein schönes ideales Vorurtheil von Freiheitsdrang zu schmälern, hinzu: die Kämpfe um das Steuerrecht und die Ausübung desselben haben auch bei uns, in der alten Republik wie unter der spätern Aristokratie und Oligarchie den Unabhängigkeits- und Freiheitssinn stets am Meisten und am Kräftigsten gefördert.

Der Inhalt und die Form der modernen Staatswirthschaft, allgemein gesagt der Staatszweck haben nun freilich der Richtung des Volkseinflusses ganz andere Zielpunkte gesetzt. Die beiden Elemente, Volk und Regierung, vereinigen sich mehr und mehr in der Verfolgung des Staatszweckes.

Schon Montesquieu hat die Staatsausgaben als die Entwicklung der Staatswirthschaft charakterisirt. Und die neuern Lehrer der Finanzwissenschaften und des Finanzrechts stimmen wesentlich darin überein, dass der Staat eigentlich nicht zu viel ausgeben kann, „so lange die Reproduktion seiner Ausgaben die Summe derselben mit dem landesüblichen Fusse verzinst und amortisirt," wie Lorenz von Stein sich ausdrückt. Und Pfeiffer (Staatseinnahmen und Staatsausgaben) erklärt, die Höhe und die Steigerung der Staatsbüdget habe eigentlich an und für sich Nichts Erschreckendes; er stellt aber an einem andern Ort als obersten Grundsatz jeder vernünftigen Staatshaushaltung das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben auf.

Betrachtet man also allgemein die Staatsausgaben als die Summe, welche eine Nation für ihre Bedürfnisse und für ihre Kulturentwicklung ausgibt, so muss man die Richtigkeit des Satzes von Say anerkennen: Niemand wird annehmen, dass bei öffentlichen Ausgaben die Sparsamkeit darin bestehe, *wenig auszugeben* etc, und ebenso des Wortes von Malchus: „Das Ersparen und dass erspart werden soll, kann niemals zu einem leitenden Prinzip in dem Staatshaushalte erhoben, das Ersparen jederzeit nur als eine Klugheitsregel, als eine öffentliche Tugend betrachtet werden." Man muss ferner mit Wagner finden: dass der Staatsbedarf bei *fortschreitenden* Völkern im Ganzen in regelmässiger Vermehrung begriffen ist.

---

[1] Die Nationen sind daher an den Handlungen ihrer Regierungen mit verantwortlich. Lob und Tadel der guten oder schlechten Staatsaktion treffen auch sie. Die Art und Weise der Kritik sowie des Lobes der Regierungsfunktion Seitens des Volkes kann daher als der Reflex seiner allgemeinen und politischen Bildung betrachtet werden. Wir sagen dies unverholen auch für die bernischen Presszustände.

Von da ausgehend charakterisirt sich die Aufgabe der Staatswirthschaft allgemein dahin, wie Malchus sagt: „Die Kunst der Staatsverwaltung besteht in dem Abwägen der Nachtheile, welche für die Staatsangehörigen aus den Opfern, welche die Deckung eines Aufwandes kostet, entstehen können, gegen die Vortheile, welche für sie aus den Zwecken und Anstalten, für welche derselbe stattfindet, erwachsen können." Oder nach Stein wäre es die Aufgabe der Staatswirthschaft zu beurtheilen, ob die Reproduktion der Ausgaben die Summe derselben mit dem landesüblichen Fusse verzinst und amortisirt.

Die Frage bleibt also auch hier, wie in so vielen andern Gebieten das Ob und das Wie, im engern Sinne: *ob* diese und jene Ausgabe gemacht und, nach dem Grundsatz des Gleichgewichts, *wie* dieselbe gedeckt werden solle.

Die Fähigkeit dies zu erkennen, wird nun aber nicht auf dem Wege routinemässiger Verwaltung oder auf dem populären Wege des Anhörens der Volksmeinung (obschon beide Faktoren nicht zu unterschätzen sind), erworben, sondern nur durch ernstes, tiefgegründetes Studium. Und zwar muss hieran das Volk selbst theilnehmen, einmal, weil die Regierungen nach der obigen Auseinandersetzung des entwickelten Verhältnisses zwischen Volk und Regierung, nicht mehr vermögen ihren Willen oder ihre Anschauungen mehr oder weniger einseitig durchzusetzen, hauptsächlich aber desshalb, weil die Regierungen auch die besten, die wahren, innersten Bedürfnisse der Nation ohne intimen geistigen Kontakt und Verkehr mit dem Volke nicht durchdringend zu erkennen vermögen.[1] Uebrigens ist selbst in der Demokratie oft der beste Wille, die vollständige Einsicht der Regierungen und der Repräsentation verhindert, sich geltend zu machen, weil es immer Klassen-, Fraktions- oder Parteiinteressen gibt, welche der Ausführung des Besten einen Damm entgegensetzen.[2]

Also das Volk muss selbst zum Wächter der Staatswirthschaft und des Finanzsystems des Staates werden. Die Regierungen allein vermögen dieselbe nicht in dem Grade zu fördern, wie die Ziele der Kulturentwicklung und des modernen Staatsbürgerthums es erheischen.

[1] Es ist das nicht zum Mindesten ein Grund, warum unter dem System der Beamtenwahlen durch das Volk oder die Repräsentation die Bezirksbeamten weit mehr Chancen zur Beförderung auf sich vereinigen, als die der Volkswürdigung mehr entzogene Thätigkeit des Centralbeamten. Obschon Letztere, wo überhaupt nicht blosse Routineherrschaft herrscht, eine höhere Bildung, höhern geistigen Kraftaufwand verlangt, dagegen aber auch den enormen Vortheil hat, dass sie in weit höherm Masse den Blick vom Detail, vom Lokalen fernhält und auf die grössern, weitern Ziele der Staatswirthschaft richtet.

[2] Wir beziehen dies unverholen auf die bernischen Steuerfragen und werden unsern Standpunkt ebenso ungescheut im Kapitel über das Steuerwesen auseinandersetzen.

Und das gilt für die Demokratie in höherm Masse als für die Monarchie, weil in Ersterer selbst eine Hemmung für die Durchführung auch der guten Regierungsaktionen liegt. Dass in unsern schweizerischen, demokratischen Gemeinwesen auch die Repräsentation an Kenntniss des Wesens und der Ziele der Staatswirthschaft, insbesondere rücksichtlich der Art des Aufbringens der Mittel zur Befriedigung der Staatszwecke nicht Ueberfluss leidet, ist eine Thatsache, die mit der andern in engem Causalzusammenhang steht und zur Genüge bekannt ist.[1]

Gute Kenntnisse der Staatseinrichtungen, der Staatswirthschaft und deren grosse Aufgaben, rückhaltlose Offenbarung der Zustände machen den Bürger williger, ermässigen übertriebene Anforderungen an den Staat und erleichtern, ja ermöglichen überhaupt erst eine zweckmässige, konsequent fortschrittliche Staatsverwaltung.

Da nun das Finanzwesen, das Finanzsystem, Finanzrecht und die Finanzverwaltung den Angelpunkt des modernen Staatswesens bilden, so ist vor Allem nöthig, dass das Volk einen klaren Einblick in seinen Finanzhaushalt erhalte und grundsätzliche, nicht nur populäre Anschauungen gewinne.[2]

In Bezug auf die Schweiz speziell muss nun allerdings anerkannt werden, dass das demokratische Staatsleben, die absolute Freiheit der Vereinigung und der Presse den Bürger mit den Staatsinstitutionen, mit der Regierungsaktion und speziell mit dem Finanzhaushalt und Steuerwesen viel vertrauter gemacht haben als irgend eine andere Nation der Welt. Auf der andern Seite aber steht unsere nationale Finanzlitteratur auf einer geringen Stufe. Die allgemeine neuere Litteratur beschränkt sich wesentlich auf Arbeiten von v. Taur, dem geistvollen kritischen Redaktor der schweiz. Handelszeitung, (früher in den Annalen für schweiz. Statistik, ferner die Finanzen der schweiz. Eidgenossenschaft 1860) Hottinger 1847, Prof.

[1] Die sog. Schlagfertigkeit, welche in unserm parlamentarischen Leben eine so hohe Rolle spielt, ist zwar schön, geistreich wenn man will, nie ersetzt sie, sondern zerstört oft das Wissen und die Ergebnisse tieferer Studien, die einzig dauerhafte Früchte zu Stande bringen Dasselbe gilt oft von den populären staatsmännischen Genien, auf welche man häufig den Zuspruch Oxenstierna's beziehen könnte: „Mein Sohn, wenn du wüsstest, mit wie wenig Weisheit die Welt regieret wird."

[2] Pfeiffer hat vollständig Recht, wenn er hierüber, nachdem er gesagt, ein Bürger des alten Griechenlands und Roms müsste sich heutzutage am meisten über die Unwissenheit der Massen über die Staatseinrichtungen wundern, äussert: „Mancher wird vielleicht über diese unsere Ansicht erstaunt sein und meinen, man bekümmere sich jetzt mehr als zuviel um die Angelegenheiten des Staates, man brauche ja nur in irgend eine Kneipe zu treten, um sich genügend davon zu überzeugen. Ja, wenn es mit dem blossen Kannegiessern gethan wäre!"

G. Vogt (Les finances de la Confédération); ebenso Dr. Stössel, sowie auf Monographien in der Zeitschrift für schweiz. Statistik. Was aber noch weit mehr bedauert werden muss, das ist die Fassung der kantonalen Staatsrechnungen und Verwaltungsberichte. Wenige Rechnungen ermöglichen es, sich ein zulängliches Bild über den Finanzzustand der Kantone zu machen. Un *an diesem Mangel ist auch die bernische Staatsrechnung krank.* Wir anerkennen zwar, dass speziell dnrch die Bemühungen des jetzigen Kantonsbuchhalters der Einblick in die laufende Verwaltung ganz bedeutend gefördert worden ist. Der Vermögensetat aber enthält zu viel und zu wenig, ist mit Detail überladen und gibt doch keine klare Finanzübersicht, abgesehen vom qualitativen Werth der Zahlen,[1] welche durch Einschluss des fraglichen Werths von Kapitalanlagen in Eisenbahnunternehmungen, den Inventaranschlägen u. dgl. den Landeskredit keineswegs erhöhen, sondern eher Zweifel erwecken.

Kein Banquier oder Kaufmann der Welt gründet heutzutage sein Vertrauen auf die blosse Vermögensbilanz; der Inhalt und die sonstige Garantie normiren den Kredit.

In Summa: es geschieht zu wenig Seitens der Regierungen, um das Volk über die Finanzzustände und die Finanzverwaltung des Staates gehörig aufzuklären. Man soll sich dann doch nicht verwundern, wenn das Volk, von plötzlichem Katzenjammer überrascht, zu den übrigen Machenschaften auch nicht gleich Ja und Amen sagt.[2]

Die Finanzstatistik ist bisher in der Schweiz unverantwortlich vernachlässigt worden, obwohl vollkommen richtig ist, was Finanzrath v. Riecke (Württemberg) treffend sagt: „Von den verschiedenen Zweigen der Verwaltungsstatistik bildet unstreitig derjenige, welcher die Staatsfinanzen zum Gegenstande hat, eines der interessantesten und dankbarsten Probleme für die Forschung und Untersuchung auf dem weiten Gebiete des politischen Lebens.“[3]

[1] Es ist desshalb auch schon vorgekommen, dass Staatsmänner sich um die Kleinigkeit von Millionen im bernischen Vermögensbestand verrechnet haben. Wir kommen in der spätern Kritik der Finanzorganisation auf die Rechnungslegung zurück.

[2] Vide Aargau, Bern u. A.

[3] Wir können nicht umhin, hier der trefflichen Vorarbeit des Herrn Oberfinanzraths v. Riecke für vergleichende Finanzstatistik, betitelt „die internationale Finanzstatistik, ihre Ziele und Grenzen“ sehr anerkennend zu gedenken, obwohl wir an eine vergleichbare internationale Finanzstatistik für so lange nicht glauben, als nicht jedes Land monographisch kräftig vorgearbeitet hat und dadurch erst die mannigfachen Klippen im Detail ersichtlich geworden sind.

I.
Der Staat und die Gemeinden.

Allgemeiner Ueberblick.

In der Entwicklung der modernen Staatsgesellschaft spielt das Verhältniss zwischen Staat und Gemeinde eine viel wichtigere Rolle als wir uns gewöhnlich bewusst sind.

Wir nehmen das bestehende Verhältniss als ein einmal gegebenes an und beachten gewöhnlich weder den Gang der historischen Entwicklung desselben noch die unstreitig vorhandene Tendenz der wirthschaftlichen Concentration, welche alle Staatswesen Europas, bis auf die Gemeindewirthschaft hinab, ergriffen hat.

Die Gemeinden machen Ansprüche auf Strassenbau, Eisenbahnen, verlangen Nachhülfe in allen möglichen Gebieten; umgekehrt stimulirt der Staat die Gemeinden durch bedingende Beiträge, übernimmt wohl auch gewisse Gebiete ganz oder zum Theil; das Staatsbüdget wächst, da mit die Steueranforderungen und der Unmuth im Volke; Steuergesetze werden konsequent verworfen. Man hat das Bewusstsein, was der Staat für die Gemeinden leistet, was er denselben abgenommen hat, aus dem Auge verloren.

Wir betrachten es daher, nicht nur in Beziehung auf die heutige Finanzkrisis, sondern ganz allgemein als eine Forderung einer grundsätzlichen, konsequent fortschreitenden Staatswirthschaft, dass sie sich die Frage setze:

1. Wie stellt sich gegenwärtig das wirthschaftliche Verhältniss zwischen Staat und Gemeinde?

2. Worin und inwieweit soll dasselbe verbessert, weiter entwickelt oder eingeschränkt werden.

Für den Kanton Bern haben diese Fragen heute ganz besondere Wichtigkeit, weil die Antheilnahme des Staates an der Lokalwirthschaft weiter entwickelt ist, als in der übrigen Schweiz und weil daher der Antheil dieses Verhältnisses an den Finanzkalamitäten auch ein grösserer ist.

Wir sind auch überzeugt, dass der Finanzjammer im Kanton Bern nicht durch Vorschläge, Berathungen und Beschlüsse über kleine Finanzmassregeln, Ersparnisse etc. abgeschafft werden kann, sondern dass es dringend nöthig ja der Anlass sehr gut gegeben ist, das nun 30 Jahre alte 46er Finanzsystem grundsätzlich zu prüfen und den erhöhten Forderungen der neuern Volkswirthschaft anzupassen.

Die Lösung der obengestellten Fragen für den Kanton Bern ist nun aber ein ziemlich schwieriges und umfangreiches Problem und kann in eint oder anderer Richtung

erst angedeutet werden, nachdem wir den Finanzhaushalt des Staates im engern Sinn, wie oben am Schluss des Vorworts sub 3 und 4 angegeben, behandelt haben werden.

Wir sind dato auch nicht im Stande, die Frage wie sich das Verhältniss zwischen Staat und Gemeinde heute gestalte, vollständig zu lösen, indem der schwierigste Theil derselben, eine bernische Gemeindefinanzstatistik, trotz allen Anstrengungen des bernischen statistischen Büreau's im Verein mit der Direktion des Gemeindewesens, noch heute fehlt.

Für heute behandeln wir also die gestellten Fragen nur fragmentarisch.

Die Entwicklung der Gemeindeverhältnisse im Allgemeinen.

Was die Gemeinde dem Staate gegenüber ist oder was sie sein soll, darüber ist die Wissenschaft noch zur Stunde nicht einig und wird sich nicht einigen können, so lange über das Wesen und die Aufgabe des Staates noch jene Unklarheit und Verschiedenheit der Auffassung herrscht, wie wir sie in den sozialistischen Geburtswehen unserer Tage erblicken.

Während die Einen die Gemeinde als „Glied" des Staates, gleichsam als Stäätchen im Staat sehen möchten, erklären Andere die Gemeinde als „Staatsanstalt".

Lassen wir vorläufig dahingestellt, welcher dieser Hauptrichtungen, die eben ganz andere Staatsbegriffe zur Grundlage haben, die Zukunft gehört. Unbestritten ist wohl, dass die Richtung, welche man dem Staatszweck gibt, durch das Staatsrecht und die Staatswirthschaft den Charakter und die Ziele der Gemeindewirthschaft gestaltet.

Man wird desshalb, um das Verständniss des Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinde zu begreifen, die Erklärung auf dem Boden der geschichtlichen Entwicklung des Staates suchen müssen.

Die heutige Gemeinde ist die Frucht einer langsamen historischen Entwicklung wirthschaftlicher und staatlicher Verhältnisse.

Das Recht ist mehr konventioneller Natur; das Gemeinderecht und die Gemeindewirthschaft sind mehr historischer Natur und können daher viel weniger geändert werden. Dazu kommt der wesentlich ökonomische Charakter des Gemeindewesens, welcher die Interessen des Einzelnen dem Letztern im Allgemeinen näher rückt. Daher erklären sich auch die harten Kämpfe, welche die Reform des Gemeindewesens in unserm Jahrhundert überall zur Folge gehabt hat und die Zähigkeit, mit welcher noch jetzt an der historischen Institution der Burgergemeinden festgehalten wird.

Sehen wir uns nun die Entwicklung des bernischen Gemeindewesens in flüchtiger Skizze an.

Wir erinnern vorerst an den Unterschied, der seit der Zeit der Städteerbauung, im Mittelalter bis in dieses Jahrhundert hinein zwischen Stadtgemeinden und Landgemeinden gemacht worden ist, welchen selbst die radikal nivellirende Aktion der französischen Revolution nicht überall verwischen konnte und der bekanntlich hauptsächlich den Pariser Commune Aufstand provozirt hat.

Die Städtegründungen des XI. und XII. Jahrhunderts hatten hauptsächlich zum Zweck, die Ungefügigkeit des kleinern Landadels zu dämpfen und Absatzquellen für die Naturalwirthschaft zu verschaffen.

Zu diesem Zwecke wurde auch Bern mit grossen Rechten und Freiheiten versehen und bildete schon von Anfang an eine eigentliche Gemeindeorganisation.

Mit der Zeit gelangten auch die übrigen Städte Burgdorf und Thun zu der Formation eigentlicher Gemeinden im Gegensatz zur blossen Herrschaftshörigkeit, Nutzniessung gemeiner Güter.

Im Uebrigen aber, d. h. also bezüglich der Landgemeinden bestand vor der Reformation in unserm Kanton keine eigentliche Gemeindeorganisation resp. keine organisirten Gemeinden. Die Dorfgenossen waren nur ein loser, lokaler Verband, welcher die vom Grundherrn unvertheilt gelassenen Weiden und Waldungen nutzte und aus diesem Verhältniss ist der spätere Gemeindeverband hervorgegangen.[1] Die einzige eigentliche Organisation war vor der Reformation auf dem Lande das Kirchspiel. Der Begriff der Landschaft bezog sich nur auf gewisse Gegenden, welche ein gemeinsames Statutarrecht besassen, ohne administrativ verbunden zu sein.

In diesen ersten Jahrhunderten war das Land frei. Bern regierte zwar als Herrscherin über die von ihm erworbenen und eroberten Gebiete, beschränkte jedoch die Ausübung der Regierungsgewalt hauptsächlich auf das Steuer- und Mannschaftsrecht und die höhere Gerichtsbarkeit. Mit der kriegerischen Schlagfertigkeit verband es die staatsmännische Klugheit Roms und liess die genommenen Gebiete bei ihren Rechten und Freiheiten bestehen. Diese beiden Faktoren sind es hauptsächlich, welche dem städtischen Gemeinwesen die Bildung eines besondern Staates ermöglichten. Wenigen Städtewesen ist es gelungen ein solches Staatsgebilde zu schaffen und dasselbe zusammen zu halten.

Von einem staatsbürgerlichen oder bürgerrechtlichen Verhältnisse war auf dem Lande noch nicht die Rede; um so höher galt das Prädikat eines „Bürgers von Bern".

---

[1] Stettler, bernisches Staatsrecht, Entwicklung der bernischen Gemeindeverhältnisse; Bluntschli, Staatsrecht und Staatslehre; Stein, u. A.

Dieser lose Staatsverband, in welchem die Stadt Bern zugleich den Staat verkörperte, mag theilweise die Unruhen der Landleute bei Steuer- und Mannschaftserhebungen ermöglicht haben, verhinderte aber auch ein konzentrisches Vorgehen des Landes gegen die städtische Herrscherin.

Uebergriffe der Kirche wies das alte Bern kräftig zurück, zensurirte und massregelte Auswüchse pfäffischen Treibens ohne viel Federlesens.

Der Einfluss Berns auf das Land war in diesem ersten Zeitraum höchst wohlthätig. Die Leibeigenschaft wurde durch Bern früher als anderswo aufgehoben; das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit wurde frühzeitig geweckt. Schon 1439 berathet die Stadt das Land durch herbeigerufene Boten der Landschaft, wobei es gleichgültig bleibt, ob sie, die auf ihre Privilegien so stolz war, dies als einen Akt der Staatsklugkeit ansah oder aus wirklichem Zutrauen zum Lande handelte. Jedenfalls aber suchte sie das Band zwischen Stadt und Land dadurch enger zu knüpfen.

Die Reformation bahnte die Bildung einer Gemeindeorganisation an.

Die Einziehung der Klostergüter und das nun auf die Regierung übergegangene Recht der Besetzung der Pfarreien und der Umstand, dass nun Bern in die gericht- und grundherrlichen Rechte der Klöster und geistlichen Stiftungen kam, förderten die Macht und das Ansehen der städtischen Herrscherin ganz bedeutend.

Die Kirchspiele wurden nun wesentliche Theile des Staatsorganismus. Im Jahr 1559 wurden in jedem Kirchspiele die sog. Chorgerichte aufgestellt und denselben die Aufsicht über die Sittlichkeit und über die Schulen übertragen.[1]

Die Stadt fing an allgemein ordnend in die Verhältnisse des Landes einzugreifen.

Eine weitere besonders wichtige Folge der Reformation war die, dass sie hauptsächlich zu dem System der amtlichen Armenpflege führte. Durch diese letztere wurde zugleich die Grundlage zu den persönlichen Burgerrechten gelegt, die später für die Gemeindeverhältnisse so wichtig geworden sind und dieselben noch bis in die 40er Jahre unseres Jahrhunderts dominirt haben.

Die Bettelordnung von 1690 bezeichnet spezieller den Uebergang von dem realen zu dem persönlichen Burgerrechte.

In derselben legt die Regierung den „Gemeinde„u die Pflicht der Armenfürsorge auf, und zwar wird die Kirchgemeinde dafür verantwortlich gemacht in der Weise, dass die einzelnen Gemeinden eines Kirchspiels sich gegenseitig aushelfen, die reichern Gemeinden den ärmern helfen sollen.

[1] S. Näheres unten im „Schulwesen".

Der Staat kennt noch keine Orts- oder politischen Gemeinden. Doch ist bemerkenswerth, dass die Tendenz der Absonderung der einzelnen Gemeinden schon damals so stark war, dass die meisten Gemeinden besondere Armenpflege führten. Erst wenn es der ganzen Kirchgemeinde unmöglich sein sollte, ihre Armen zu erhalten, so „solle sie solches der obrigkeitlichen Almosenkammer einberichten, welche dann über das Angemessene berathen werde." Hier fängt also der Staat an, auch materiell in ein engeres Verhältniss zur Gemeinde zu treten.

Die Grundsätze der Bettelordnung hatten im Wesentlichen die Kräftigung einer eigentlichen Gemeindeorganisation zur Folge. Die Dorfgenossenschaften waren nun nicht mehr wie früher ein Verein von Realberechtigten; es war eine Klasse von Personalberechtigten geschaffen, und aus diesen Verhältnissen entwickelte sich nach und nach der Begriff der „Burger" und der Burgerrechte.[1] Die Gemeinden fingen nun an geschlossene Korporationen zu bilden, welche eine bestimmte Stellung nun auch dem Staat gegenüber einnahmen und die unter der Staatsoberaufsicht und mit theilweiser Hülfe des Staates (namentlich im Armenwesen) hauptsächlich die Sittenpolizei und das Schul- und Armenwesen verwalteten.

Der von der französischen Revolution gepflanzte und auch von der schweizerischen Helvetik proklamirte Grundsatz der Volkssouveränität und des allgemeinen Bürgerrechts stellte die Gemeindeverhältnisse auf einen ganz neuen Boden. Verschiedene Gesetze von 1798 und 1799 bestimmten im Wesentlichen *a*) die Uebertragung der Polizeigewalt an eine sog. Munizipalität (Gemeindrath von 1—11 Mitgliedern); *b*) die Trennung der Burgergutsverwaltung von der Ortsadministration und Garantirung der Burgergüter unter der Verwaltung besonderer Gemeindskammern; *c*) die Pflicht der Armenunterhaltung solle noch ferner der Burgerschaft obliegen. — Das waren bei uns die Anfänge der modernen Gemeindeverfassung. Die Gemeinde wurde mit der Verfolgung der Staatszwecke viel enger verbunden. Vom Standpunkt der blossen Nutzungsgemeinde weg wurde sie nun wesentlich als ein Theil des Staatskörpers zur Staatsanstalt gemacht. Der Hauptfehler des helvetischen Regiments, die viel zu geringe finanzielle Kräftigung liess die politische Gemeinde jedoch nicht aufkommen.

Im Jahr 1803 wurden die alten Gemeindebehörden, wie sie vor der Revolution bestanden hatten, wieder eingeführt. An den einen Orten verbanden die alten Dorfgemeinden mit der Nutzniessung ihrer Güter auch die öffentliche Verwaltung, an andern Orten hatten auch die

[1] S. Stettler. Viele wollen zwar die Burgerrechte rein aus den Realrechten herleiten. Die Ansicht Stettlers findet aber durch seine gründliche Untersuchung volle Bestätigung.

übrigen Einwohner Einfluss auf die Verwaltung. Es war ein Chaos, das ziemlich unverändert bis zur 1831er Verfassung dauerte. Immerhin war nun doch eine eigentliche Gemeindeorganisation, wenn schon ohne allgemeine gesetzliche Vorschriften, vorhanden; der Staat übte die Oberaufsicht; der vom Oberamtmann ernannte Gemeindevorsteher war Beamter des Staats in der Gemeinde.

Trotz dem vielfach laut gewordenen Verlangen nach besserer Gemeindeorganisation kam eine solche, gerade wegen der enormen Verschiedenheit der Verhältnisse, auch in der Restaurationszeit nicht zu Stande. Dagegen zogen verschiedene Gesetze: die Entwicklung des Armenwesens, das Tellgesetz für Bestreitung der örtlichen Polizei- und Gemeindeverwaltungsauslagen die Gemeinden noch mehr zur Antheilnahme an der Verfolgung der Staatsziele heran.

Im Jura wurden die Burgerrechte 1816 wieder eingeführt.

Ueberhaupt suchte die Restaurationsregierung, wie selbstverständlich, die Besorgung der Gemeindeangelegenheiten möglichst mit dem System der Burgerrechte und der Burgernutzungsverwaltung zu verbinden.

Mit der 1831er Verfassung hat die Burgergemeinde als politische Gemeinde ihren Lebenslauf geschlossen. Als Nutzungsgemeinde, zum Theil noch mit dem Vormundschafts- und Armenwesen betraut, lebt dieselbe jedoch noch heute ungeschmälert fort, wobei nur zu bedauern ist, dass ihr theilweises finanzielles Uebergewicht, häufig verbunden mit engherzigem Burgergeiste, die allgemeinen Orts- und politischen Interessen in ungebührlichem Masse beeinflussen.

In Betreff des Verhältnisses der Stadt zum Lande haben wir noch nachzutragen, dass die Staatsreform von 1798 auch die Städtevorrechte hinwegfegte. Die Stadt Bern ist von da an nur mehr eine allerdings besonders wichtige Stadtgemeinde. Der moderne Staat duldet keine besondere Macht im Staate. So fielen die Städteprivilegien nach und nach auch in Italien und Deutschland, und die Centralisationstendenz beraubte mancherorts die Städte sogar ihrer Gemeindefreiheit. Bei Bern war dies nun allerdings nicht der Fall. Durch die Trennung der städtischen von der staatlichen Verwaltung verlor aber die Stadt fast alle Güter, indem diese meist als Nationalgut erklärt und der Rest als reines Burgergut ausgegeben wurde.

Infolge eines Dotationsvergleiches (20. Sept. 1803) blieb die Verwaltung des Staats- von derjenigen des Stadtgutes getrennt. Daneben suchte aber die Burgerschaft der Stadt die frühere Souveränität wieder zu geben. Die gesammte Stadtverwaltung blieb in den Händen eines aus Burgern bestehenden Stadtrathes. Die Zeit, wo es zur Bildung und Entwicklung des Staates nöthig gewesen war, dass die Stadt Bern als Souverän die Staatsgeschäfte besorgte, war jedoch vorüber.

Wie anderswo, so war in den Stürmen Anfangs der 30er Jahre eine Hauptforderung die nach besserer und freierer Gemeindeverfassung. Der Grundsatz der freien Repräsentation und des freien Wahlrechts musste auch auf die Gemeindeverwaltung Anwendung finden. Die Verfassung schrieb die freie Wahl der Ortsbehörden durch die Gemeindeeinwohner vor; schuf besondere Ortsbehörden neben den Burgerbehörden und übertrug den letztern noch ferner die Verwaltung des Burgerguts. Die letztere unbestimmte Massregel gab natürlich Anlass zu Streit über die Frage, was Burgergut sei und was den öffentlichen Gemeindebedürfnissen noch ferner zu dienen habe, gleich wie unter der Helvetik.

Für das politische Leben war aber die Institution der Einwohnergemeinden immerhin ein ganz gewaltiger Fortschritt, man darf wohl sagen, geradezu die Vorbedingung des Fortschritts auf den Gebieten, wo Staat und Gemeinden die Aufgaben theilen müssen. Die Männer der 30er Periode waren jedoch nur schwach dafür gestimmt, die Grundsätze der liberalen Verfassung zu verwirklichen.

Statt gemäss den staatsbürgerlichen Grundsätzen der Verfassung die Einwohnergemeinde allein mit öffentlichen Funktionen zu betrauen und ihr die nöthigen Mittel aus den bisherigen Gemeindegütern zuzuweisen, gab das Gemeindegesetz von 1833 der Burgergemeinde eine der Ortsgemeinde koordinirte Stellung, vindizirte ihr nicht nur die ausschliessliche Verwaltung des Burgergutes, sondern auch die Besorgung der Angelegenheiten der Ortsburgerschaft, ja merkwürdigerweise sogar die Berathung über die Stiftung von Kirchen- und Schulanstalten.

Unter solchen Umständen sind die beständigen Reibereien zwischen beiden Gemeinden leicht erklärlich. Die Einwohnergemeinde sollte verwalten und ordnen; die Mittel dazu waren ihr aber nur ungenügend angewiesen. Das Gesetz bestimmte zwar, dass der Ertrag der Gemeindegüter seiner bisherigen Bestimmung gemäss insoweit zu öffentlichen Zwecken verwendet werden solle wie bisher, aber was Gemeindegut und was reines Burgernutzungsgut sei, das war nicht gesagt. So behielt die Burgergemeinde indirekt auch dem Staat gegenüber ihre volle Omnipotenz, und das erklärt zum nicht geringen Theil die relative Unfruchtbarkeit dieser Periode.

In den 46er Verfassungskämpfen spielte das Verhältniss zwischen Staat und Gemeinden, allerdings mehr indirekt, eine wichtige Rolle. Im Allgemeinen erkannte man die Nothwendigkeit, in wirthschaftlichen Gebieten zu zentralisiren, politisch aber die Gemeinden zu stärken und namentlich die Autonomie der Einwohnergemeinde aufrecht zu erhalten. Administrativ fielen die sogenannten Unterstatthalter und die Untergerichte weg; das Projekt, Amtsräthe einzuführen, wurde verworfen und analog mit dem Direktorialsystem die Funktionen derselben je einem Regierungs-

statthalter übertragen. Gleichzeitig siegte aber auch das demokratische Prinzip, die Gemeinden und Bezirke ihre Beamten selbst wählen zu lassen. In wirthschaftlicher Beziehung kam eine zweifache Richtung zur Geltung. Nachdem durch das Strassengesetz von 1831 das Strassenwesen mehr unter die Obhut des Staates mit Betheiligung der Gemeinden gestellt worden war, führte die 46er Verfassung eine Centralisation in gleicher Weise auch im Schul- und im Armenwesen herbei. Der Staat sollte forthin diese Materien ganz beherrschen und finanziell mittragen helfen. Dagegen drang der analog mit der allgemeinen Centralisationstendenz im ersten Verfassungsentwurf gestellte Antrag: „Der Ertrag des Gemeindsvermögens ist vor Allem zu Bestreitung der Gemeindebedürfnisse bestimmt. Der *Ueberschuss* wird wie bisher den Genossen überlassen" — nicht durch. Jetzt machten die Burgergemeinden ihren politisch hohen Einfluss durch eine eigentliche Burgerverschwörung gegen die Frucht des neuen Zeitgeistes geltend. Die Fehler der 30er Periode und namentlich die Verfassungswidrigkeit des 33er Gemeindegesetzes rächten sich an den neuen Zielen des Fortschrittes.

Den Gemeinden und Burgerschaften wurde ihr Vermögen als Privateigenthum garantirt, die Verwendung nach bisheriger Bestimmung vorbehalten und damit, in von konservativer Seite (Blösch) wohlberechneter Weise, jener, später auch von konservativer Seite angebahnten Güterausscheidung gerufen, welche einerseits dem absoluten Hoheitsrechte des Staates gegenüber einen gordischen Knoten geschaffen hat, der selbst die Abschaffung politischer und sozialer Uebelstände des Burgerwesens verhindert, und welche anderseits durch die Art und Weise der Ausscheidung die ökonomische Kraft der Einwohnergemeinden in unverantwortlicher Weise vernachlässigt hat.

Der Staat hat von da an durchaus keinen Einfluss auf die Verwaltung der Burgerschaften, die er in unkluger Weise isolirt, und gleichzeitig beraubte er sich indirekt, durch Vernachlässigung der Einwohnergemeindefinanzen, zum grossen Theil der Mittel zu Erreichung der neuen Staatszwecke im Schul-, Armen-, Gerichtswesen etc. etc. Der erste und Hauptfehler liegt in der Verfassungswidrigkeit und Halbheit des Gemeindegesetzes von 1833. Dass die letztere infolge dessen im Gemeindegesetz von 1852 ebenfalls Platz fand, ist nach so langer Zeit und unter den damaligen Verhältnissen nicht zum Verwundern.

Werfen wir nun einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Gemeindewesens speziell mit Bezug auf das Verhältniss zum Staat.

In erster Linie tritt uns die Thatsache entgegen, dass der Dualismus der Burger- und der Einwohnergemeinde geblieben, materiell geradezu verstärkt worden ist.

Materiell will zwar die 46er Verfassung auch: dass aus den Burgergütern zuerst die Gemeindebedürfnisse bestritten werden. Der erste Entwurf lautete positiv dahin, wurde aber von dem eingeschüchterten Verfassungsrath dahin abgeändert: dass erstens den Gemeinden, Burgerschaften etc. ihr Vermögen als Privateigenthum garantirt wurde, was den Sinn hatte, dass der Staat nichts an sich ziehen oder zu Gunsten Dritter darüber verfügen könne, keineswegs aber ein eigentliches persönliches Privatrecht begründen wollte (s. Verfassungs-Verhandlungen). Zweitens soll den genannten Gemeinden die Verwaltung ausschliesslich zustehen. Mit diesen Bestimmungen sollte eine Güterzentralisation verhindert werden, welche für die damalige Zeit nicht angezeigt gewesen wäre. Dagegen war es jedenfalls ein grosser Fehler des Verfassungsrathes, dass er mit dem Satz: „Der Ertrag dieses Vermögens wird ferner seiner Bestimmung gemäss verwendet" am Verhältniss zwischen Einwohnergemeinde und Burgerschaft faktisch nichts änderte, die alte Unklarheit und die Reibereien somit bestehen liess.

Man kam infolge dessen im Prinzip schon im Gemeindegesetz von 1852 wieder zu dem zurück, was vielfach schon in den 30er Jahren begehrt worden, was aber die 46er Liberalen in der Erwartung einer rationellern Lösung verworfen hatten: zur Gemeindegüterausscheidung.

Die Anwendung des bezüglichen Gesetzes von 1853 aber sicherte den Burgerschaften den Löwenantheil zu, indem in der Hauptsache die damaligen Gemeindebedürfnisse als Norm für die Dotation der Einwohnergemeinde angesehen wurde, die ungeahnte Entwicklung aber freilich nicht in's Auge gefasst werden konnte.

Heute wird nun von burgerlicher Seite die Ausscheidung als privatrechtlicher Vertrag geltend gemacht. Sie fühlen sich zu keinen Nachschüssen, überhaupt zu keiner weitern Mithülfe an die Einwohnergemeinde veranlasst; die Letztere aber musste bald zu Gemeindesteuern greifen, welche seit 1870 in allen Gemeinden üblich geworden sind und zum Theil eine geradezu übertriebene Höhe erreicht haben.

So hat die Halbheit der 46er Verfassung und die im Gefolge derselben gelegene Ausscheidung nicht nur materiell die politische Gemeinde geschwächt, die Stützen des Staates vernachlässigt, sondern, was nicht minder wichtig ist, den Geist des Burgerthums, welchen selbst Männer wie Prof. Dr. Stettler, Prof. König u. A. scharf gegeisselt haben, verstärkt.

Viel weniger als der güterrechtliche Faktor verlangt die politische, nationalökonomische und sozialpolitische Seite der Frage eine Lösung, für welche Dr. Blösch im 46er Verfassungsrath allerdings mit Recht „Wohlwollen, nicht Gehässigkeit" verlangte. Die Burgerschaften haben ihre Glanzzeit gehabt; das alte Bern durfte stolz auf dieselben sein. Die städtischen Burgerschaften haben hauptsächlich den Ruhm Berns begründet. Aber einmal kommt

das Ende aller Institutionen. Und heute ist der Staat ohne Zweifel berechtigt, die bloss öffentlich — rechtlichen Charakter besitzende Ausscheidung weiter zu führen innert den von der 46er Verfassung irriger und unrichtigerweise viel zu eng gesteckten Schranken.[1]

Die Hauptfrage der Gemeindereform harrt somit noch heute der Lösung, die wohl erst von einer Verfassungsrevision zu erwarten ist, dann aber um so gründlicher ausfallen wird.

Im Uebrigen aber lässt sich nicht leugnen, dass die Gemeindewirthschaft auch unter den bisherigen mangelhaften Bestimmungen eine bedeutende Entwicklung erlangt hat. Der enge Nutzungsgeist hat nicht nur in Städtegemeinden, sondern vielfach auf dem Lande, einem weiterblickenden Verständniss der wirthschaftlichen Interessenverbindung Platz gemacht.

Die Gemeinden rafften sich zu Unternehmungen auf, die wohl bedeutende Opfer verlangten, in weit höherm Masse aber die Bedingungen wirthschaftlichen Fortschrittes erfüllten.

Insbesondere waren es die Eisenbahnen, welche dem immer noch kränklichen Ortsgemeindeleben kräftig auf die Beine halfen.

Nach anfänglichem Widerstande fanden die Gemeinden bald heraus, dass selbst grosse Opfer nicht zu gross seien, um günstige Verkehrsmittel zu erhalten. Stack auch ein gewaltig Stück Kirchthurmspolitik dahinter, das Gemeindeleben gewann und auch das Unternehmen.

In Betreff des Verhältnisses zum Staat finden wir im Allgemeinen eine engere Centralisation.

Der Staat hat mit vollem Recht das Gebiet des Schulwesens, des Armenwesens und zum Theil des Strassenwesens mehr in seine Hand gelegt, administrativ und materiell.

Der Staat unterstützt die Gemeinden resp. das Land, aber auch sonst, durch Entsumpfungen, Eisenbahnen, Bodenkredit in weit höherm Masse als früher. Diese engere wirthschaftliche Verbindung von Staat und Gemeinde entspricht der allgemein wirthschaftlichen Concentration.

Allerdings wurde die Gemeinde dadurch, dass der Staat sie in gewissen Gebieten, wie im Schulwesen, im Armenwesen, durch die Vorschrift der Katastervermessung, strengerer Forstwirthschaft etc. etc. so zu sagen ins Schlepptau nahm, bedeutend schwerer belastet. So haben seit 1871 die Ausgaben der allgemeinen Ortsverwaltung um circa 50 % und die des Schulguts um circa 37 % zugenommen.

Wären aber die Gemeinden von sich aus je zu der Entwicklung in fast allen Gebieten gelangt, wenn der Staat nicht kräftiger eingegriffen, die Gemeindebürger mehr zu Staatsbürgern gemacht hätte?

Blicken wir nun auf das Verhältniss der Gemeinden zum Staate im engern Sinn hin, so muss in erster Linie konstatirt werden, dass die concentrische Wirkung des Staates auf die Gemeinden nicht nur staatlich, sondern auch kommunal eine, selbst bei Erlass des konservativen Gemeindegesetzes ungeahnte Wirkung geäussert hat.

Dieser engern Verbindung von Staat und Gemeinde sind die Fortschritte in allen Gebieten hauptsächlich zu verdanken. Der Staat schritt voran und hiess die Gemeinden folgen. So im Schulwesen besonders durch die Besoldungserhöhungen, im Armenwesen durch das territoriale Prinzip, im Forstwesen speziell durch die Anordnung von Staatsbeiträgen an Waldwirthschaftspläne, im Strassenwesen zum Theil durch Uebernahme von Bauten, die gesetzlich den Gemeinden angehörten, ferner durch die Vorschrift der Katastervermessungen. Administrativ wurde die Aufsicht über das Rechnungswesen schärfer geübt. Politisch aber ist das Prinzip der Gemeindeautonomie vollständig adoptirt und beachtet worden. — Eine spezielle Skizze der einzelnen Materien wird genauere Aufschlüsse geben.

Verhältnisse zwischen Staat und Gemeinde im Armenwesen.

Mit dem Armenwesen beschäftigte sich der Staat im Kanton Bern schon sehr frühzeitig. Zwar bestand vor und noch sehr lange nach der Reformation keine eigentliche Armenpflege. Die Armen lebten meist von Gaben der Klöster und vom Bettel. Die Regierung entschied wiederholt, dass ein Theil der Zehnten zu Armenzwecken verwendet werden solle.

Gemeinden, Kantonsbehörden und die Tagsatzung stellten sog. Bettelbriefe aus, welche den Inhabern als Empfehlung für ein Almosen und den Gebern als Gewähr dienen sollten, dass die Gabe würdig angebracht sei. Die eidg. Abschiede weisen viele Verhandlungen der Art auf. So sagt das Tagsatzungsprotokoll vom 20. Dez. 1475: „Dem armen Mann, den der junge Schnelbog verwundet

---

[1] Der Gemeindegesetzentwurf von Hrn. alt Regierungsrath Hartmann will die Nutzungen auch den auswärts wohnenden Burgern und den Nutzungsgenossenschaften ihre Auflösung gestatten. Das Gut soll bei Theilrechten unter die Genossen vertheilt, andernfalls der Einwohnergemeinde zugetheilt werden.

Leichter durchführbar und weniger schroff ist das Projekt von Hrn. Regierungsrath Frossard, welcher wegen demselben mit Unrecht in massloser Weise angegriffen worden ist. Dasselbe beruht wesentlich auf dem Gedanken der Abschaffung des Gemeindedualismus und des engen Burgergeistes und strebt zu diesem Zweck eine billige Auftheilung der Güter je zur Hälfte an jede Gemeinde an.

Bis zu der von den Burgerschaften freiwillig zu beschliessenden Liquidation soll die Hälfte des Güterertrages zu Ortszwecken verwendet werden.

hat, haben der Eidgenossen Boten einen Bettelbrief gegeben, da er nach St. Jakob gehen will." Und ferner vom 4. Juni 1475: Die von Zug klagen: „Da gange ein schölm under und für und bettle an sant Wolffgangs kilchen mit valschen brieffen, dem sy das nit beuolhen haben. Man solle heimbringen, dass man auf denselben Acht bestelle und ihn im Betretungsfalle zu Recht fange, die Zuger wollen ihn dann berechtigen."

Das war die staatliche Einsicht in das Wesen des Pauperismus und die Gemeinden machten es nicht besser. Anfänge der Gesetzgebung finden wir jedoch schon im 15. Jahrhundert, indem die Tagsatzung 1474, 7. Sept. beschloss: Heimbringen, dass man die „Trommelbuben" und Bettler in der Eidgenossenschaft nicht sich aufhalten oder wandeln lassen soll, indem sie „Buben, Brenner und Verräther" seien.

Die mit der Reformation verbundene Säkularisation der Kirchengüter entzog den Armen die gewohnten Gaben und es entstand in der Folge jenes Heer von Wanderbettlern, das bald zur grossen Landplage wurde. Staat und Gemeinden wussten sich nicht anders als durch grausame polizeiliche Massregeln, Austreibung, Betteljagden, harte Strafen und sogar Hinrichtungen zu helfen, natürlich ohne zum Ziele zu gelangen. 1551 entschied die Tagsatzung, nachdem sie sich sehr häufig mit dem Gebiet hatte beschäftigen müssen, es solle jeder Ort seine Armen selbst erhalten. Ein Beschluss der Kantonsbehörde von 1571 befiehlt extra die Ausführung der eben zitirten Massregel im Kanton Bern und im gleichen Jahr verbietet sie die Ausstellung von Bettelbriefen, „weil viel Betrug damit geschehe, indem die Leute einander selbe abkaufen, erben oder stehlen", welche Massnahme auch von der Tagsatzung als allgemein gültig beschlossen wurde.

Der Grundsatz, die Armen an einen bestimmten Wohnsitz zu binden, wurde in verschiedenen Verordnungen und Mandaten präzisirt, bis die Bettelordnung von 1677 ein eigentliches System staatlicher und gemeindlicher Armenpflege schuf. War den Gemeinden durch die vorigen Verordnungen die Pflicht der Armenunterstützung auferlegt, so wurde dieselbe nun als rechtliche Unterstützungspflicht verstärkt, die Erblichkeit der Gemeindehörigkeit festgesetzt und Armentellen eingeführt. Nun wurde aber der Staat auch finanziell in Mitleidenschaft gezogen in der Weise, dass, wenn in erster Linie der pflichtigen Dorfgemeinde und in zweiter der Kirchhöre die Last zu gross würde, der Staat mithelfen sollte. Dies schuf die amtliche Armenpflege, welche der alte Kanton Bern in den Hauptzügen noch jetzt hat. Wir überspringen die Detailphasen, welche dieses schwierige Gebiet bis 1846 durchmachte. Die Unterstützungspflicht wirkte mit der Zeit geradezu pauperistisch, die Gemeinden seufzten unter den Armentellen, es war keine Ausgleichung.

Die Gemeinden hatten Pflichten, aber wenig Rechte gegenüber den Armen. Erst in der Mediationszeit unterstützte der Staat die Gemeinden gesetzgeberisch in kräftigerer Weise durch Niederlassungs- und Armenpolizeigesetze.

Suchen wir nun das finanzielle Verhältniss zwischen Staat und Gemeinde in kurzen Zügen zu skizziren.

Für das letzte Viertel des vorigen Jahrhunderts, in welchem die Gemeinden schon über zu starken Druck klagten, half der Staat mit ziemlich hohen Summen mit. Ein Auszug aus der Staatsrechnung von 1785 ergibt eine Ausgabe der Staatskasse für Armenanstalten von Fr. 217,613 für das damalige Bern mit Waadt und Aargau mit 335,103 Seelen = 65 Centimes per Kopf.

Die Mediationsregierung bestimmte, dass die Einzugsgelder, welche die Gemeinden für Ansiedlung von Einsassen und für das von Nichtortsbürgern erworbene Grundeigenthum bezogen, zum Armengut kapitalisirt, und dass auch die jährlichen Hintersässengelder zum Theil für Verpflegung der Armen verwendet werden sollen. Die Einzugs und Hintersässgelder bestimmte die Regierung auf Fr. 3—5 a. W. = Fr. 4. 38—7. 29.

Die Gebühr für Erwerbung von Grundeigenthum Seitens von Nichtortsbürgern betrug $^1/_4$ % des Werths! Der Gesammtertrag dieser Hülfsquellen soll im Ganzen Fr. 14,445 betragen haben, wozu noch Bussantheile im Betrag von durchschnittlich Fr. 5780 kamen.

Die Restaurationsregierung fügte die Heirathseinzuggelder hinzu, welche jährlich über Fr. 86,700 eintrugen und die Aeuffnung der Armengüter ermöglichten.

Die Ausgaben des Staats für den alten Kanton betrugen nach dem Verwaltungsbericht von 1814/30:

	Fr. a. W.
1) Leibgedinge an Civilpersonen . . .	80,857
2) Unterstützung, von den Feldzügen von 1798 und 1802 herrührend . . .	182,288
3) Pfründen und Spenden aus Klosterschaffnereien	243,081
4) Armensteuern und Kostgelder . . .	266,314
5) Ausserordentliche Steuern an Kantonsangehörige	54,979
6) Liebessteuern an Aeussere	141,854
7) Steuern an Brand-, Wasser- und Hagelbeschädigte	26,059
8) Fixe Steuern an Gemeinheiten und Armengüter	10,533
9) Fixe Steuern an Naturalien	94,445
Total in 16 Jahren	**1,167,620**

Ferner verwendete die Armenkommission von 1814 bis und mit 1830 für eigentliche Verpflegung von

		Fr. a. W.
10)	Heimatlosen	29,385
11)	Unheilbare	10,115
12)	Irre	10,991
13)	Pensionen	6,521
14)	Steuern des Kleinen Raths	22,944
15)	„ der Armenkommission . . .	62,922
16)	Holzsteuern für arme Stadteinsassen .	7,935
17)	Begräbniss und andere kleine Steuern	2,372
18)	Pachtgelder und Drucksachen . . .	1,012
19)	Bureaukosten	4,783
	Total in 17 Jahren	**158,982**

Gesammtdurchschnitt der 16 resp. 17 Jahre Fr. 118,913 neue Währung.

Ferner hatte der Staat Beiträge entrichtet von 1814 bis 1830:

1)	An die Insel	Fr. 499,636
2)	„ das Ausserkrankenhaus . . .	„ 201,090
3)	„ den Spital zu Pruntrut . . .	„ 35,382

Total der hauptsächlichsten Armenausgaben für den alten Kanton (ohne den Pruntruter Spital) durchschnittlich **Fr. 178,474** neue Währung = **65,5** Centimes per Einwohner.

Die Leistungen der Gemeinden betrugen in den Landgemeinden des alten Kantons ohne die Städte Bern, Thun, Burgdorf, Nidau etc. in je 2 Jahren:

1823/24 Fr. a. W. 760,350
1827/28 „ „ „ 771,463

Durchschnitt per Jahr n. W. Fr. 530,366.

Dagegen betrugen die Hülfsmittel Fr. 605,676 und es fand eine Vermehrung der Armengüter von 1809 von Fr. 1,424,938 bis 1828 auf Fr. 2.474,938 a. W. statt.

Durch Armentellen wurden 1823/24 und 1827/28 aufgebracht Fr. 280,873 = 52,8 % der Ausgaben.

Das *Verhältniss der finanziellen Leistungen* von *Staat und Gemeinden* gestaltet sich demnach folgendermassen:

Von den Gesammtleistungen der amtlichen Armenpflege des alten Kantons (ohne die Städte) im Betrag von annähernd Fr. 670,000 leistet der Staat Fr. 178,000 = **26,5** % und die Gemeinden Fr. 492,000 = **73,5**.

Obwohl die Armenlast zu Anfang der 30er Jahre so hoch gestiegen war, dass einzelne Gegenden fast erdrückt wurden, so wurde in der 31er Verfassung doch nur der allgemeine Satz aufgestellt, der Staat solle die Oberaufsicht üben und den Gemeinden mit Rath und That beistehen und im Uebergangsgesetz legte der Verfassungsrath den neuen Behörden „dringend an's Herz“: „Vor allen Dingen in den bedrücktesten Landestheilen das Armenwesen zu ordnen und die Gemeinden gegen Anmassungen zu schützen.“

Der Gedanke einer lokalen Ordnung des Armenwesens stellte sich aber bald als total unrichtig heraus und je länger je mehr kam man zu der Einsicht, dass da eben durch allgemein staatliche Massregeln Abhülfe geschafft werden müsse.

Man suchte nun ein Gesetz auszuarbeiten, allein dies ging nicht so schnell, es fehlte an der statistischen Unterlage[1] und obschon 1836 eine neue Kommission aufgestellt wurde, so gelang es dieser Regierungsepisode erst 1844 die nöthigen Anhaltspunkte zu gewinnen. Die Statistik der Gemeindeleistung in den 30er Jahren fehlt somit ganz.

Im Jahr 1840 wurden Fr. 608,745 = Fr. 879,636 n. W. direkte Unterstützungen von den Gemeinden verabreicht und in diesem Jahr betrugen die Staatsausgaben für Armenwesen, Steuern, Landsassenkorporation und Pensionen Fr. 225,493 n. W.

Annähernd stellt sich ein Verhältniss der Staatsbetheiligung von circa 20 % gegen 80 % Leistung der Gemeinden heraus.

Die Staatsausgaben waren folgende in neuer Währung berechnet:

1835	. . . .	Fr. 219,877
1840	. . . .	„ 225,493
1841	. . . .	„ 216,328
1842	. . . .	„ 221,605
1844	. . . .	„ 201,453
1845	. . . .	„ 201,153
1846	. . . .	„ 240,982

Nachdem die 30er Periode die Erwartungen auf Erleichterung und bessere Vertheilung der Armenlast nicht erfüllt hatte und die Last selbst im Allgemeinen und in einzelnen Gegenden ganz besonders in hohem Masse drückte, wurde 1844/45/46 der Ruf nach vollständiger Centralisation allgemein und heftig laut, so dass die Armenfrage einen Hauptmotor der damaligen Revisionsbewegung bildete.

In den Verfassungsdebatten ging jedoch die projektirte Centralisation nicht durch und zwar mehr aus administrativen als aus prinzipiellen Gründen.

Man kam schliesslich darauf hinaus, *a*) dass der Staat subsidiarisch mittragen solle und zwar wurde dafür eine Summe von Fr. 579,000 bestimmt, *b*) ferner wurde der Staat in höherm Masse quantitativ und qualitativ für das Armenwesen engagirt dadurch, dass derselbe in prophylaktischer Richtung mehr leisten sollte. Diesen Sinn hat der Satz in § 85, I, Al. 1 der Verfassung: „Die gesetzliche Pflicht der Gemeinden zur Unterstützung ihrer Armen ist aufgehoben. Die allmälige Durchführung dieses Grundsatzes ist Sache der Gesetzgebung.“ (Vgl. die Ver-

[1] S. Schenk, Entwicklung des Armenwesens und die Verwaltungsberichte der 30er Periode.

Die finanzielle Entwicklung des bernischen Armenwesens und des Verhältnisses

	1862	1863	1864	1865	1866	1867	1868	1869	1870	1871
I. Staatsleistungen.										
1. Beiträge an die Notharmenpflege [4] . . .	503,171	495,799	484,701	473,433	464,507	465,178	472,721	475,955	466,422	461,554
2. Auswärtige Notharme	39,873	29,833	28,621	39,772	31,057	42,016	41,881	56,245	54,122	53,364
3. Verpflegungsanstalten	24,541	28,198	24,251	25,617	[2] 41,729	43,094	33,637	33 961	33,958	35,275
4. Rettungsanstalten u. dgl.	24,802	20,068	21,238	52,544	28,492	30,846	32,668	32,554	30,354	37,510
5. Unterstützung von Erziehungsanstalten . .	11,231	12,253	14,319	15,053	17,937	18,298	18,823	20,211	19,585	19,961
6. Spenden an Gebrechliche	29,709	32,273	41,104	35,561	45,679	44,519	39,076	21,173	17,020	21,536
7. Handwerksstipendien	542	1,909	1,919	2,967	4,985	4,887	4,693	6,563	6,324	6,422
8. Kostgeldbeiträge für Pfründer im Aeuss.-Kr.-Haus	2,439	2,663	2,806	2,335	2,208	2,268	2,208	2,472	2,186	2,799
9. Entbindungsanstalt .	9,176	10,856	10,520	9,353	10,733	9,526	15,369	14,168	16,314	27,254
10. Nothfallanstalten [6] .	45,834	46,750	46,791	49,188	50,615	49,228	50,825	50,142	50,788	49,072
11. Beiträge an die Irrenanstalt	40,000	40,000	40,000	40,000	40,000	45,000	45,000	63.000	55,000	69,000
12. Armenimpfungen . .	3,160	3,334	3,046	3,304	4,086	2,813	2,730	2,594	2,293	2,803
13. Unterstützung auswärtiger Hülfsgesellschaften	ca. 1,600	ca. 1,600	1,635	1,610	1,830	1,717	2,575	2,200	3,978	3,987
14. Unterstützung d. Auss.-Krankenhauses . . .	10,000	10,000	10,000	10,000	3,657	.	.	.	.	.
15. Liebesgaben (Nachkredit)	.	3,600	.	.	1,500	2,000	10,000		2,000	890
Verwaltung und Armeninspektoren	16,186	16,187	17,746	14,733	14,590	16,767	16,237	15,611	14,471	19,772
Total der *Staatsleistungen*	762,264	755,323	748,697	775,470	763,605	777,657	788,443	796,849	774,815	802,199
II. Gemeindeleistungen.										
1. Notharmen, Total [7] .	783,528	761,565	869,903	841,506	843,152	884,683	946,810	973,882	994,157	1,012,909
Nach Abzug des Staatsbeitrages [8] . .	280,357	265,766	337,213	368,073	378,645	419,505	474,089	497,927	527,735	551,355
2. Spendkassen [9] . . .	243,412	210,993	231,580	202,458	201,203	304,087	325,431	292,825	291,775	303,398
3. Krankenkassen [10] . .	42,583	42,895	50,103	35,800	34,492	59,486	47,987	49,318	49,607	55,484
4. Burgerliche Armenpflege d. alten Kantons	?	?	211,590	323,959	?	216,969	224,181	223,115	245,458	224,316
5. Burgerliche Armenpflege des Jura . .	?	?	[1] 85,582	?	?	?	109,148	124,178	127,532	124,391
6. Nothfallanstalten [3] .	?	?	ca 35,000	35,000	35.000	40,000	45,000	50,000	60,000	70,000
Total der *Gemeindeleistungen*	(566,352)	(519,654)	1,001,068	965,290	654,340	1,040,047	1,225,836	1,237,363	1,302,107	1,328,944
Summa der *amtlichen Armenpflege*	.	.	1,749,765	.	.	.	2,014,279	2,034,212	2,076,922	2,131,143

[1] Ohne Biel und Delsberg. [2] 1866 kam zu der Verpflegungsanstalt Bärau noch eine solche in Hindelbank hinzu. [3] Bis 1868 sind die Angaben unvollständig, von da an bis 1877 nach annähernder Berechnung des stat. Bureaus. [4] 1860

zwischen Staat und Gemeinden unter dem Armengesetz von 1858.

1872	1873	1874	1875	1876	1877	Total der 10 Jahre 1868/77	Durchschnitt der 10 Jahre 1868/77	Die einzelnen Posten betragen in % der			1877 gegen 1862 + oder −	
								Staats-Ausgaben.	Gemeinde-Ausgaben.	sämmtl. Ausgaben.	Fr.	%
455,900	451,429	443,439	437,931	421,391	411,527	4,498,269	**449,827**	*54,5*	.	**19,8**	— 91,644	**22,2**
57,013	61,004	61,999	62,831	75,428	77,385	601,272	**60,127**	*7,3*	.	**2,6**	+ 37,512	**94,0**
35,294	41,945	38,302	49,919	49,911	45,632	397,834	**39,783**	*4,8*	.	**1,7**	+ 21,091	**85,9**
40,671	38,266	82,786	68,325	64,595	62,558	490,287	**49,029**	*6,0*	.	**2,1**	+ 37,756	**152,2**
21,426	22,332	22,089	22,215	21,629	18,909	207,180	**20,718**	*2,5*	.	**0,9**	+ 7,678	**68,3**
18,494	17,066	17,497	17,406	19,439	21,521	210,228	**21,023**	*2,5*	.	**0,9**	— 8,188	**38,0**
7,495	8,500	8,556	7,305	8,767	9,002	73,627	**7,363**	*0,9*	.	**0,3**	+ 8,460	**1560,9** (440.8)
2,863	2,871	2,942	2,972	2,823	2,603	26,739	**2,674**	*0,3*	.	**0,1**	+ 164	**6,7**
29,750	31,917	31,070	38,150	63,722	102,168	369,882	**36,988**	*4,5*	.	**1,6**	+ 92,992	**1013,4**
53,860	53,039	53,046	54,870	53,701	55,293	524,636	**52,463**	*6,4*	.	**2,3**	+ 9,459	**20,6**
60,000	60,000	60,000	65,000	65,000	65,000	598,000	**59,800**	*7,2*	.	**2,6**	+ 25,000	**75,2**
4,049	2,699	2,242	1,899	1,979	2,939	26,227	**2,623**	*0,3*	.	**0,1**	— 221	**7,5**
2,000	2,457	2,450	3,515	2,220	1,375	26,757	**2,676**	*0,3*	.	**0,1**	— 225	**16,3**
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	— 10,000	.
.	.	.	.	.	.	12,890	**1,289**	*0,2*	.	**0,05**	.	.
21,279	20,828	22,060	19,317	19,034	19,012	187,621	**18,762**	*2,3*	.	**0,8**	+ 2,826	**17,4**
810,094	814,353	848,478	851,655	869,639	894,924	8,251,449	**825,145**	*100*	.	**36,2**	+ 132,660	**17,4**
1,058,193	1,118,633	1,140,591	1,168,833	1,205,919	1,214,771	10,834,698	**1,830,469**	.	.	.	431,243	**55,4**
602,293	667,204	697,152	730,902	784,528	803,244	6,336,429	**633,643**	.	*43,7*	**27,9**	+ 522,887	**186,5**
321,638	343,958	339,117	344,172	362,963	394,051	3,319,328	**331,933**	.	*22,8*	**14,6**	+ 150,639	**61,8**
55,035	58,102	48,604	35,071	45,556	53,625	498,389	**49,839**	.	*3,4*	**2,2**	+ 11,042	**25,9**
210,812	207,882	232,159	235,158	208,180	205,218	2,216,479	**221,678**	.	*15,3*	**9,8**	+ 205,218	[9] **96,9**
124,098	126,424	142,322	129,316	139,297	151,400	1,298,106	**129,811**	.	*8,9*	**5,7**	+ 151,400	[9] ca. 50
105,660	81,961	87,177	91,481	111,819	129,766	832,864	**83,286**	.	*5,7*	**3,6**	+ 129,766	**370**
1,419,536	1,485,531	1,546,531	1,566,100	1,652,343	1,737,304	14,501,595	**1,450,160**	.	*100*	**63,8**	1,170,952	**73,5**
2,229,630	2,299,884	2,395,009	2,417,755	2.521,982	2,632,228	22,753,044	**2,275,304**	.	.	**100**	.	+ **50,4**

Fr. 402,960. [5] 1860 Fr. 25,480. [6] 1859 Fr. 44,167, 1860 Fr. 45,172, 1861 Fr. 45,376. [7] 1860 Fr. 656,869. [8] 1860 Fr. 253,908. [9] 1859 Fr. 143,339, 1860 Fr. 190,216. [10] 1859 Fr. 23,210, 1860 Fr. 36,208. [11] Vergleichung gegen 1864.

fassungsverhandlungen.) Dabei nährte man sich allerdings mit dem Wahn, in einigen Jahren mit der amtlichen Armenpflege, wenigstens zum grossen Theil, abfahren zu können.

Auf diesen sanguinischen Hoffnungen basirte das Armengesetz von 1847, welches bis 1850 jede Armenunterstützung von Gemeindewegen dahinfallen lassen und die an Platz derselben tretenden Staatsbeiträge ebenfalls bis 1859 amortisiren wollte.

Den prophylaktischen Zweck suchte das Gesetz durch die Errichtung von Armenanstalten von 1848 zu erreichen.

Die Erfahrungen dieser Periode, die mit Erlass des bestehenden Armengesetzes von 1858 abschliesst, sind höchst belehrend. Unmöglichkeit der Abwälzung der Armenlast von den Schultern der Gemeinden und des Staats, absolute Unzulänglichkeit der sog. freiwilligen Armenpflege, aber auch Bestätigung der Annahme, dass das Nichtaussprechen einer „Pflicht" gegenüber den Armen die Armenzahl vermindere, das ist das Facit dieser Periode.

Es gelang nicht ein Netz freiwilliger Armenvereine in erforderlichem Umfang zu konstituiren und schon 1851 musste der Bezug von Armentellen wieder angeordnet werden.

Die Staatsleistungen stiegen ganz bedeutend und betrugen im Ganzen für Armen- und Krankenzwecke

1847	Fr.	444,603
1848	„	532,844
1849	„	609,765
1850	„	640,798
1851	„	720,004
1852	„	838,671
1853	„	969,584
1854	„	1,072,133
1855	„	852,776
1856	„	768,423
1857	„	719,259

Das Verhältniss zwischen Staat und Gemeinden gestaltete sich im Jahr 1854 so:

Ausgaben der Gemeinden	Fr.	1,020,754
Davon an Staatsbeiträgen	„	392,882
Bleiben Gemeindeleistungen	Fr.	627,872
Hiezu die Staatsleistungen	„	1,072,133
Gibt Total Armenausgaben	Fr.	1,700,005

wovon der Staat 63,1 / die Gemeinden 36,9 } % geleistet.

Der in der 46er Verfassung ausgesprochene Grundsatz der Staatsbetheiligung hat die Vertheilung der Armenlast gerade umgekehrt, indem nun der Staat statt wie früher nur circa 20 % nun 60 % zu tragen hatte.

Das Armengesetz von 1858 führte mit dem Territorialitätsprinzip eine bessere Vertheilung der Armenlast auf die einzelnen Gemeinden herbei, legte faktisch die Unterstützungspflicht den Gemeinden wieder auf und präzisirte gleichzeitig die subsidiäre Pflicht des Staates in ziemlich erweitertem Massstab.

Die vorstehende Tabelle zeigt die Entwicklung und das Verhältniss der Staats- und Gemeindeleistungen unter dem neuen Gesetz. Die *Hauptresultate* sind folgende:

1. Die Gesammtsumme der Ausgaben von Staat und Gemeinden für die amtliche Armenpflege ist in konstantem Wachsthum begriffen. Seit 1864 beträgt die Steigerung 50,4 %.

2. Die Steigerung der Gemeindeausgaben ist bedeutend stärker als die der Staatsleistungen. Die Gemeindeausgaben sind um 73,5 %, die Staatausgaben im Ganzen nur um 17,4 % gewachsen.

3. Die Gemeinden leisten somit heute im Verhältniss zu den Staatsausgaben mehr als früher und zwar ist diese Bewegung eine fortgesetzte, denn es betrugen die

	Staats-Leistungen. %	Gemeinde-Leistungen. %
1864	42,7	57,3
1868	39,2	60,8
1870	37,3	62,7
1874	35,4	64,6
1877	33,9	66,1

Das Verhältniss der Staats- zu den Gemeindeleistungen ist somit heute, unter der Herrschaft derselben Verfassungsbestimmung, gerade das Umgekehrte als kurz nach 1846.

Damals hatte der Staat 63 % zu tragen, heute betragen seine Ausgaben nur 34 % aller amtlichen Armenausgaben. Wir werden somit in kurzer Zeit in Bezug auf das Verhältniss zwischen Staat und Gemeinde auf demselben Punkt angelangt sein wie vor 1846, als die subsidiäre Staatspflicht noch nicht ausgesprochen war.

4. Fassen wir nur die eigentliche staatliche Armenpflege in's Auge (Posten I, 1—8 und II, 1—3, Notharme und Dürftige), so finden wir, dass die Tendenz, die Armenlast wieder mehr auf die Gemeinde überzutragen, in noch stärkerem Grade hervortritt.

	Staats-Leistungen. %	Gemeinde-Leistungen. %
1862	52,4	47,6
1864	48,2	51,8
1868	43,3	56,7
1870	42,2	57,8
1874	38,4	61,6
1877	34,2	65,8

Bei der amtlichen allgemeinen Armenpflege ist also das Verhältniss der Gemeindeleistungen seit 1864 rasch wieder auf 66 % gestiegen.

5. In Bezug auf die dem Staat und den Gemeinden gemeinsam obliegende Pflicht der Notharmenpflege zeigt unsere Tabelle, dass *a*) die Staatsleistungen seit Erlass des bezüglichen Gesetzes von 1858 beständig gesunken, *b*) die Gemeindeausgaben dagegen in enorm höherem Masse gestiegen sind. Bei den Staatsausgaben beträgt die Entlastung der Staatskasse seit 1864 22,2 %. Die Mehrbelastung der Gemeindefinanzen dagegen volle 186,5 %.

	Staats-Beitrag.	Gemeinde-Beitrag.
	%	%
1862	64,2	35,8
1864	55,7	44,3
1868	49,9	50,1
1870	46,9	53,1
1874	38,8	61,2
1877	33,9	66,1

In den Leistungen für die Notharmenpflege nach dem neuen Gesetz von 1858 erblicken wir somit die grösste relative Verminderung der Staatsbeiträge, ja sogar ein konstantes Sinken der absoluten Beitragssumme.

6. Im Uebrigen finden wir bei fast allen andern Armenpflegen sowohl des Staats als der Gemeinden bedeutende Mehrleistungen gegen früher.

Insbesondere verdient hervorgehoben zu werden, dass der Unterstützungsmodus anfängt eine prophylaktische, die Armuth oder das grösste Elend verhütende Richtung und Gestalt anzunehmen. Wir sehen dies in der relativ starken Zunahme der Leistungen für das Anstaltswesen, die Krankenpflege und für Handwerkserlernung.

Könnte man nur die Entwicklung der Staatsleistungen, isolirt von den Gemeindeausgaben, in's Auge fassen, so käme man zum Schluss: dass die absolute und relative Verminderung der blossen Unterhaltsbeiträge neben gleichzeitiger Aufwendung grösserer Summen für mehr prophylaktische Armenzwecke eine ganz gesunde, zu begrüssende und zu verstärkende Entwicklungsrichtung charakterisire.

Dieser Schluss ist jedoch in Bezug auf das bernische Armenwesen im Allgemeinen nicht erlaubt und zwar desshalb: weil die Steigerung der Gemeindeausgaben, sowohl in der örtlichen als in der burgerlichen Armenpflege eine solche Konstanz und Grösse angenommen hat, die mit Bezug auf die Anwendung dieser Ausgaben als bloss „mildernde Unterstützung" ohne weitern sozial-ökonomischen Charakter geradezu bedenklich erscheint.

Nicht die Steigerung an und für sich erscheint uns bedenklich; die Armenlast wird sich bei der heutigen Gesellschafts- und Staatseinrichtung immer vermehren, wohl aber scheint uns das erschreckend, dass die Armenpflege der Gemeinden nicht über das blosse Almosengeben und die nothdürftigste Versorgung der Aermsten hinauskommt, und dass sich sogar diese Last in vielfach höherm Verhältniss vermehrt als die Bevölkerung.

Unzweifelhaft befinden wir uns wieder in einer pauperistischen Periode und sind unstreitig schon heute um die Erfahrung reicher, dass auch das neue und gewiss beste Armengesetz von 1858 mit dem Grundsatz der Territorialität, Abschaffung der Armentellen und der Unterstützungspflicht, strenger Klassifizirung der Armen etc. etc. die Armenlast nicht zu vermindern vermögen wird, und dass weitere Massnahmen von Staat und Gemeinden ergriffen werden müssen, um der pauperistischen Bewegung nur einigermassen entgegenzuarbeiten.

Staat und Gemeinde im Kirchenwesen.

Die Kirchspiele bildeten die erste Gemeindeformation in unserm Kanton. Sie sind entstanden aus der Stiftung von Kirchen, welche der Gutsherr zur Befriedigung seiner und seiner Angehörigen religiösen Bedürfnisse machte oder entsprangen aus klösterlichen Grundeigenthumsverhältnissen.

Mit der Entwicklung der römischen Hierarchie bildeten sich eigentliche Kirchengenossenschaften heraus. Das alte Gebiet von Bern gehörte zum Theil zum Bisthum Lausanne,[1] zum andern Theil zum Bisthum Konstanz.[2]

Diese bischöflichen Sprengel waren in Dekanate und diese in Pfarreien eingetheilt. Aus der Stiftung von Kirchen durch die betreffenden Grundherren hatten sich schon frühe die sog. Patronatsrechte herausgebildet, nach welchen der Fondator dem wählenden Bischof einen Vorschlag zur Besetzung der Pfarrstellen machte und ihm die Aufsicht über die Kirchengüter zukam. Nach dem achten Jahrhundert erweiterten sich diese Patronatsrechte, entgegen den Kirchengesetzen, in der Weise, dass der Patron oder Gutsherr sich das freie Verfügungsrecht über die kirchlichen Güter vindizirte und dieselben, wie zu jener Zeit Land und Leute, als Gegenstand des freien Verkehrs behandelte. So gelangte Bern durch Kauf oder sonstige Herrschaftserwerbung in den Besitz vieler Patronatsrechte, die ihm einen gewissen Einfluss auf die kirchliche Administration verliehen. Aber auch sonst wies der kräftige Freiheitssinn der Bernerbürger schon sehr frühe Uebergriffe und Unzukömmlichkeiten der Geistlichkeit zurück. Schon vor Erlass des Pfaffenbriefs von 1370, durch welchen die damaligen Kantone ihre weltlichen Rechte sicher stellten, hatte Bern die Ausübung geistlicher Gerichtsbarkeit in weltlichen Dingen nicht gestattet und zog selbst fehlbare Pfaffen vor das weltliche Forum. Die Stadt löste sich um 1276 von der Mutterkirche Köniz ab und erwirkte, dass kein Burger ausser den Stadtmarchen vor geistliche

[1] Bern und das Oberland.

[2] Burgdorf, Aarberg, Münsigen, Aargau, Bremgarten, Zofingen.

Gerichte gezogen werden konnte. Das Kloster Köniz sollte jährlich in der Stadt Bern selbst geistlich Gericht sprechen.

Im Uebrigen sprach die Kirche Recht in geistlichen Dingen, Sittenwesen, Wucher u. dgl. und der Staat lieh ihr den Arm der Gerechtigkeit selbst zu den traurigen Ketzergerichten.

Von kirchlichen Gemeinderechten war selbstverständlich vor und noch lange nach der Reformation keine Spur. Dagegen waren die Geistlichen auf Gebühren, sowie Seitens der Grundherrn auf Holz- und Weidnutzungen angewiesen.

Für die Stadt Bern finden wir schon im 14. Jahrhundert ein Kirchengut. Bern vermehrte dasselbe wiederholt durch Aufhebung kleiner geistlicher Stiftungen und Kapellen im Kanton und durch Zuschreibung der betreffenden Güter zum Stiftsgut.

Uebrigens handelte der Papst selbst zu Gunsten von Klöstern und geistlichen Korporationen ebenso.

Mit dem zunehmenden Verfall und der Korruption der Kirche dehnte Bern seine Macht über dieselbe aus.

Aber nicht nur sittenpolizeilich und politisch, sondern auch materiell griff die Bernerregierung in die Kirchenherrschaft schon vor der Reformation. Der pfäffischen Erbschleicherei und der damaligen Sitte, fromme Legate und Schenkungen zu machen, steuerte sie durch ein Verbot von 1314: dass Weiber ohne Bewilligung des Raths Schenkungen zum Nachtheil ihrer Erben zu machen nicht berechtigt seien. 1466 wurden die geistlichen Güter ebenfalls der Steuer unterworfen und, was besonders wichtig ist, im Jahr 1527 setzte die Regierung sämmtlichen Klöstern des Kantons Vögte zur Vermögensverwaltung vor.

Die Reformation änderte nicht nur die Konfession, sondern auch das ganze Staatsrecht in Bezug auf das Kirchenwesen mit einem Male. Die Regierung erhielt die Rechte des Bischofs. Sie wählte die Geistlichen und übertrug den bald darauf eingesetzten Chor- oder Sittengerichten einen Theil der frühern geistlichen Gerichtsbarkeit, die Sittenpolizei und die Aufsicht über die Schulen. Ebenso wichtig als die Stärkung der äusserlichen Machtstellung war der Uebergang der kirchlichen Güter und Zehntberechtigungen an den Staat. Waren die Zehnten früher eine rein geistliche Abgabe gewesen, die sich zudem im Kanton Bern rein privatrechtlich entwickelt hatte und ihre Existenz weder aus der kirchlichen noch aus der weltlichen Gesetzgebung herleitete, so gestalteten sich dieselben nun zu einer der bedeutendsten Staatseinnahmen. Stettler behauptet ausdrücklich, dass bei der Seltenheit eigentlicher Laienzehnten im hiesigen Kanton die meisten Zehntrechte des Staates von der Säkularisation der Klostergüter und der spätern Uebernahme des gesammten Kirchenguts ihren Grund hatten.

Die Klostergüter wurden sofort als Staatsgut übernommen und viele Klöster 1533 aufgehoben. Die Schuldenlast derselben und die Ausstattung der Klostergeistlichen liessen jedoch ausser den laufenden beträchtlichen Gefällen wenig übrig.[1]

Die Einziehung der Klostergüter hatte zunächst die Verbesserung von Schulanstalten, Ausrichtung von Armenunterstützungen und die Aufbesserung zu niedriger Pfarrerbesoldungen zur Folge.

Die Güter der einzelnen Kirchspiele blieben jedoch bei denselben und es wurden darüber sog. Urbarien aufgenommen. Der Staat nahm nun in Beziehung auf die Vermögensverwaltung den Kirchgemeinden gegenüber nur eine allgemein beaufsichtigende Stellung ein. Die Geistlichen mussten aus dem betreffenden Kirchensatz besoldet werden. Später verbesserte die Regierung die Besoldungsverhältnisse in der Weise, dass sie 1694 die Erhebung von sog. Pfrundtaxen von reichern Kirchspielen zu Gunsten der armen erheben liess.[2]

Im Ganzen aber waren nun Kirche und Religion staatliche Institutionen. Mit kräftiger Hand, zum Theil mit Waffengewalt (wie im Oberland, im Münsterthal und in der Waadt) hatte Bern den neuen Glauben dekretirt (es wurde zwar in bejahendem Sinn darüber von Volksabgeordneten abgestimmt); mit kräftiger Hand hielt Bern das Kirchenregiment fortan aufrecht, indem sich die Regierung nun als Vorstand der neuen Kirche betrachtete. So entstand die dem Kanton Bern eigenthümliche enge Verbindung von Kirche und Staat, und diese begründet durch die Jahrhundert alte Gewohnheit hauptsächlich die hervortretende Staatskirchlichkeit des Berners.

Für die damalige Zeit war die Staatskirche in politischer und gesellschaftlicher Beziehung unbedingt ein Akt grosser Staatsklugheit.

Freilich zeigten sich die Mängel derselben in den Verfolgungen der Täufer und Freidenkenden und nicht weniger in der Unterstützung der Gewaltherrschaft Seitens der Geistlichkeit in vollem Lichte.

Das Verhältniss von Staat und Gemeinde gestaltete sich so, dass die Geistlichen aus den durch Urbar festgesetzten Gütern der betreffenden Kirchgemeinde zu unterhalten waren; die Regierung leistete, im vorigen Jahrhundert wenigstens, einige Beischüsse.

In allem Uebrigen aber befahl der Staat, ja selbst die Synode wurde bald (seit 1581) nicht mehr einberufen; an ihrer Stelle wurden die Prediger der Hauptstadt berathen und traten sog. Kapitelsversammlungen.

---

[1] „Klosterguts halb, so haben wir bisher deren mehr entgolten denn genossen", sagte die Regierung auf Reklamation hin.

[2] Dass diese Massregel den heftigsten Widerstand hervorrief und erst nach vergeblichen Versuchen zu Stand kam, lässt sich denken. Die Geistlichen selbst wollten, der Staat solle das zu Wenige aus den Klostergütern decken. S. Dr. Wyss, Geschichte des Kirchenguts 1832.

Unter der Helvetik fielen die Pfrundtaxen weg und da auch die Loskäuflichkeit der Zehnten und Bodenzinse und die Aufhebung der kleinen Kirchenzehnten erklärt wurde, so befanden sich nicht wenige Geistliche beinahe ganz ohne Einkommen. Im Uebrigen traten keine Veränderungen ein, als dass die politische und soziale Bedeutung der Kirche allerdings durch die Revolution und während der Helvetik nicht wenig sank.

Eine noch engere materielle Concentration des Kirchenwesens führte das Besoldungsdekret von 1804 herbei.

Die Regierung übernahm, wie der Verwaltungsbericht von 1814/30 sagt, auf Wunsch der Geistlichkeit[1] die Beziehung und Verwaltung aller derselben zugehörenden urbarisirten Einkünfte und wies ihr dagegen die durch Berechnung als Aequivalent herausgefundene jährliche Summe von Fr. 275,000 a. W. an, worin auch die vormaligen obrigkeitlichen Zuschüsse begriffen waren.

Mögen andere als rein kirchliche Motive mitgewirkt haben, soviel ist sicher, dass durch diese Massregel der enormen Differenz in den Pfarreieinkünften abgeholfen und dass auch die vielen Verwicklungen der Geistlichen mit den Gemeinden wegen ihren Einkünften von Liegenschaften, Zehnten etc. beseitigt wurden. Im Prinzip waren alle Besoldungen gleich nebst einer Dienstalterprogression.

Zugleich wurde ein bestimmter Beförderungsmodus mit der Geistlichkeit vereinbart, durch welchen diese viel unabhängiger gestellt wurde und nicht mehr so direkt von der Regierung abhing.

Die durch Vereinigung des Jura hinzugetretenen 20 reformirten Pfarreien nahm die Regierung in diesen Besoldungsmodus auf, obschon im Jura die Kirchengüter dem französischen Staatsschatz zugeflossen waren und die bisherigen, vom Staate übernommenen Einkünfte bei Weitem nicht hinreichten. Die Gemeinden verpflichteten sich allerdings zu Lieferung von Brennholz und zu Erstattung des frühern Kirchengutwerthes an Bern, da ihnen ja die Besoldung der Geistlichen zum Theil obgelegen hatte. Wir finden indess keine Notiz, dass das Letztere geschehen sei.

Die Restaurationsregierung, die Wichtigkeit des geistlichen Einflusses für ihre Restaurationspläne wohl berechnend, verbesserte überhaupt die Geistlichenbesoldungen wiederholt, so bei den Bergpfarreien, im Jura, den Geistlichen der Hauptstadt besonders.

Insbesondere wurde durch das Dekret von 1824 die Besoldungsdotation auf L. 303,000 und zugleich die vorher geringen Besoldungen der katholischen Geistlichkeit des Jura erhöht (Dotation L. 72,000). Die Gemeinden des alten Kantons sollten ebenfalls das Brennholz liefern und die Pfarrgebäude unterhalten.

In Bezug auf das kirchliche Leben wurden nun die Gemeinden in der Weise interessirt, dass ihnen bei den jährlichen Visitationen Gelegenheit gegeben wurde, sich über die Amtsführung des Geistlichen auszusprechen. Im Weitern wurde durch die Klassversammlungen und die Censur und Gutachten des Kirchenrathes das Kirchenwesen administrativ zentralisirt.

Der Kirchenrath war nun konstitutionell die vorberathende Behörde in allen kirchlichen Dingen, während bisher die Regierung frei gewaltet hatte. Dem vielfach und lebhaft geäusserten Wunsch, die seit 1581 erloschene Generalsynode wieder aufleben zu lassen, wurde jedoch keine Folge gegeben. Später wurden die Gemeinden bei Kreirung neuer Pfarrstellen zu Beiträgen angehalten. Während dieser Periode wurden viele Kollaturpfarreien, die nach dem Patronatsrecht nur auf Vorschlag der betreffenden Korporationen und ehemaligen Gutsherren besetzt werden konnten, angekauft. Mit der Beibehaltung eines besondern Bisthums im Jura, bestehend aus den schweizerischen Landschaften des ehemaligen Bisthums Basel, wurde dem Bischof das Vorschlagsrecht gegeben.

Einen weitern Schritt zu freiheitlicherer, mehr von der Staatsgewalt unabhängiger Kirchenordnung that die 31er Verfassung durch die Schaffung der längst von der Geistlichkeit gewünschten Generalsynode, durch welche der reformirten Geistlichkeit das Recht zu Anträgen und zu der freien Vorberathung in Kirchensachen zugesichert sein sollte, sowie durch die fortbestehenden Kapitelsversammlungen. Von einer Volkswahl oder einem Gemeindeeinfluss war jedoch trotz des herrschenden demokratischen Zuges noch keine Rede. Die 30er Periode war in kirchlichen Dingen noch höchst konservativ. Die Kapitelsversammlungen wählten die Synode, die Regierung konnte sich beliebig vertreten lassen. Die Kompetenzen der Synode waren für die Regierung fakultativ und ein Zwitterding, das nur den Schein der Realität hatte.

Seine Wahlrechte erweiterte der Staat durch Aufhebung aller noch bestehenden Kollaturen mit Dekret von 1839, und die katholische Geistlichkeit wurde 1843 neuerdings mit einer Besoldungserhöhung bedacht, wogegen jedoch gewisse Sporteln wegfallen sollten, die indess bis in die jüngste Zeit fortbezogen worden sind.[1]

[1] Studer in seinem Versuch der Geschichte des Kirchengutes bezweifelt, dass dies auf Wunsch der Geistlichkeit geschehen sei, wie denn seine Arbeit ganz von der Ansicht ausgeht, die Regierung habe von Anfang an nur die Behändigung des Kirchenguts angestrebt, was jedenfalls bei der damaligen kirchenfreundlichen Zeit durchaus unrichtig ist. Wahr ist, dass die Massregel auf Besprechung mit den Dekanen hin getroffen wurde.

[1] Wie die 30er Regierung die katholische Geistlichkeit hätschelte, zeigt folgender Passus des 38er Verwaltungsberichtes: Um dem hochwürdigsten Herrn Bischof, mit dem fortwährend das freundschaftlichste Einverständniss stattfand, auf seiner in

Im Uebrigen blieben die Verhältnisse des Staates zu den Gemeinden unverändert. Diese letztern übten nur mittelbar einen Einfluss durch die inquisitorischen, für Geistliche und Pfarrangehörige unangenehmen, unpraktischen Visitationen; ein Mittel, das einerseits die Gemeinde nicht vor unfähigen, schlechten Geistlichen verschonte und anderseits gute Pfarrer nicht vor Böswilligkeit und Gehässigkeit einzelner Gemeindeglieder schützte.

Das in den 40er Jahren wachgewordene Verlangen nach grösserer Freiheit wirkte auch auf das Kirchenwesen gewaltig ein. Zwar hatte schon die 31er Verfassung die Glaubensfreiheit proklamirt; allein bei der damaligen noch ausschliesslich staatskirchlichen Gestaltung blieben die sogenannten „Dissenter", speziell die Täufer, doch immerhin mehr geduldet und die von ihnen vorgebrachten und von der Synode begutachteten Wünsche wurden auf die lange Bank geschoben. [1]

Die 46er Verfassung aber gab dem Grundsatz der Glaubensfreiheit volles Gewicht durch die Gestattung „jedes andern Gottesdienstes" (neben dem reformirten und katholischen). Auch sie blieb indessen bei der Staatskirche grundsätzlich stehen, that jedoch schon einen Schritt zur Trennung von Kirche und Staat, indem sie der Kantonalsynode alle Kompetenzen in den innern dogmatischen etc. Angelegenheiten des Kirchenwesens unter Vorbehalt der Staatsgenehmigung übertrug. In äussern Angelegenheiten sollte dieselbe fortan ebenfalls das Antrags- und Vorberathungsrecht haben.

Für die katholische Kirche wurde eine Kirchenkommission mit ähnlichen Kompetenzen eingesetzt, welche die katholischen Kirchengeschäfte, soweit sie in den Bereich der Staatsbehörden fielen, vorberathen und beantragen sollte.

Die Kultusdirektion sollte von der Erziehungsdirektion getrennt werden. Der Grossrathsbeschluss von 1847 theilte sie der Justiz- und Polizeidirektion zu.

Diese Grundsätze, welche einerseits die reine Staatskirche als freie Landeskirche garantirten, ihr aber gleichzeitig durch Gestattung der Ausübung anderer Bekenntnisse Konkurrenz zuliessen, kamen erst unter dem konservativen Regiment durch das Gesetz von 1852 zur Ausführung. Es muss aber anerkannt werden, dass das Gesetz für die damalige viel kirchlichere Zeit durchaus liberal ausfiel.

Durch dasselbe wurde die Kirche im Kanton Bern zum ersten Male demokratisirt uud erhielten die Gemeinden einen bestimmenden Einfluss auf ihre Kirchengeschäfte. Ein Kirchenvorstand wurde von den Gemeindebürgern gewählt. Höchst retrograd war es dagegen, in dieser neuen Behörde gewissermassen die alten geistlichen Gerichte neu aufleben zu lassen, indem denselben neben den Kirchengeschäften auch die Funktionen der Sittengerichte übertragen wurden. [1]

Die Bezirkssynoden bestanden theils aus den Geistlichen, theils aus Abgeordneten der Kirchgemeinden, die aber vorsorglicher Weise vom Kirchenvorstand gewählt wurden. Die Kantonssynode wurde von den Bezirkssynoden gewählt und zwar je 1 auf 6 Geistliche und je 1 auf 6 andere Gemeindeabgeordnete.

In innern und äussern Angelegenheiten konnten auch die Kirchenvorstände Anträge stellen. Innere Geschäfte konnte die Kreissynode mit Genehmigung des Staates abschliessen, äussere *mussten* von ihr vorberathend behandelt werden.

Im November 1852 wurde dann auch die katholische Kirchenkommission konstituirt, bei welcher ein katholisches Mitglied der Kirchenkommission, sonst aber der Direktor des Kirchenwesens und der Justiz Präsident sein sollte.

Das Ziel des Gesetzes war offenbar das, die Landeskirche durch die Presbyterialverfassung auf eine breitere Grundlage und vom Staat in innern Angelegenheiten des Kultus und der Konfession unabhängiger zu stellen, gleichzeitig aber denselben seine schützende und materiell vorsorgende Hand über die Kirche halten zu lassen.

Dieses provisorische Organisationsgesetz wurde durch ein Dekret als ferner provisorisch gültig erklärt, so dass ein Definitivum erst 1874 eintrat.

In der Zwischenzeit wurden durch Dekret von 1854 auch im Jura Kirchgemeinderäthe eingesetzt; nach den Prinzipien der römischen Kirche befassten sie sich jedoch nur mit der Verwaltung der Kirchengüter. Ebenso sucht man vergebens nach einer Thätigkeit der katholischen Kirchenkommission.

---

den Leberbergbezirken vorzunehmenden Firmelungsreise die erforderlichen Ehrenbezeugungen zu erweisen, beauftragte der Regierungsrath, nach Antrag des Erziehungsdepartements, unterm 6. Heumonat den Herrn Regierungsrath Stockmar, den hochwürdigsten Herrn Bischof auf dieser Firmelungsreise als Abgeordneter der Regierung zu begleiten, wofür ihm der nöthige Kredit zu Bestreitung der üblichen Ehrenbezeugungen eröffnet wurde!

[1] Dies rechtfertigt sich jedoch zum Theil durch die beständige Renitenz der Täufer gegen Waffendienst und Civilstandsordnung, sowie durch die der Staatskirche gefährlich werdende Verbindung der evangelischen Gesellschaft mit ihnen.

[1] Trotzdem schon die 46er Verfassung nur die verfassungsmässigen Gerichte als kompetent erklärt und trotzdem die Bundesverfassung von 1874 alle geistliche Gerichtsbarkeit aufgehoben hat, üben die Kirchenvorstände als sogenannte Sittengerichte noch immer sittenpolizeiliche Funktionen in richterlichem Gebahren und Massstab. Durchaus verfassungswidrig und rechtlich ungültig ist das Kreisschreiben des bernischen Obergerichts, das dem Sittengericht noch Kompetenzen in Ehesachen (Sühnversuch) vindizirt. Vergl. dagegen das Kreisschreiben des Regierungsrathes von 1869.

Einen prinzipiell wichtigen, die Kirche noch mehr demokratisirenden Schritt machte das Schenk'sche Gesetz von 1859, indem es den Kirchgemeinden das Vorschlagsrecht für die Pfarrwahlen gab. Zwar wählte der Staat immer noch und wurden auch für je das andere Mal die sogenannten Rangwahlen beibehalten, jedoch so, dass der Staat bei Rangwahlen an einen Vierer- und bei freien Wahlen an einen Zweiervorschlag gebunden war. Gleichzeitig wurden die Besoldungsverhältnisse wesentlich verbessert. Durch dieses Gesetz wurden die Gemeinden dem Kirchenwesen im Ganzen weit näher gebracht und ihnen zum ersten Mal ein eigentlicher direkter Einfluss auf dasselbe eingeräumt.

Werfen wir nun noch einen kurzen Rückblick auf die Zeit bis zu Erlass des neuen Kirchengesetzes von 1874.

Sowohl das Gesetz von 1852 als namentlich dasjenige von 1859 haben für ihre Zeit unbedingt wesentliche Fortschritte gebracht. Die Landeskirche wurde durch dieselben neu gestärkt und damit der drohenden Zersplitterung entgegengearbeitet. Immerhin sind die Grundsätze der Verfassung bis im Jahr 1874 nicht durchgeführt worden; die von derselben im Sinne absoluter Glaubensfreiheit gewollte Kirchenreformation blieb bisdahin auf dem Papier. Die indirekte Volks- und Gemeindevertretung und die komplizirte Wahl in die Kantonssynode nach dem Wahlmännersystem, wie das 52er Gesetz vorschrieb, lag nicht im Sinn und Geist der 46er Verfassung, wie die betreffenden Verhandlungen deutlich lehren.

In Betreff der katholischen Kirche hatte es der Staat nicht zum Wenigsten seiner eigenen Nachlässigkeit und Kurzsichtigkeit zu danken, dass er bis zum Ausbruch des Kulturkampfes in wichtigern Fragen der römischen Kirche nichts zu sagen hatte, ja dass selbst staatliche Funktionen der Geistlichen, wie die Civilstandsregistrirung, das Sporteiwesen zu schreienden Missständen führten, dass in Sachen der Schule schon vor dem Kirchenkampf die katholische Geistlichkeit sich stets zögernd oder direkt renitent zeigte wie z. B. in der Lehrschwesternfrage. Es war nicht mehr Toleranz, sondern, nackt ausgedrückt, unkluge, vernachlässigende Zurückhaltung der Regierungen dieses Jahrhunderts bis 1870, welche dieselben dem katholischen vom Staat besoldeten Klerus gegenüber übten. Der Staat Bern hat sich faktisch seit der Vereinigung des Jura in kurzsichtiger und irriger Interpretation der Vereinigungsurkunde und des Verhältnisses zum Bischof mit den kirchlichen Verhältnissen des katholischen Jura wenig, und faktisch, d. h. in der Wirkung, gar nicht beschäftigt. Das erklärt zum Theil, entschuldigt aber nie die plötzliche, heftige Auflehnung des Klerus und noch mehr die Renitenz der Bevölkerung gegen die Staatsgewalt. Die Oberherrschaft der Letztern war dem Klerus nicht nur verhasst, sondern war ihm und der Bevölkerung infolge des alten kanonischen Gegengrundsatzes der Oberherrschaft des Papstes kaum mehr im Bewusstsein.

In Betreff des katholischen Jura liess sich von jeher kaum von einem Verhältniss des Staates zu den Gemeinden in positivem Sinn reden und eigentlich ebensowenig der Gemeinden zur Kirche.

Wie dann infolge des Unfehlbarkeitsdogmas der Kulturkampf ausbrach, wie sich bald inmitten der „*einen*" römischen Kirche drei grosse Fraktionen bildeten: Römische, Freigeister und Altkatholiken, wie sich der Staat in allen paritätischen Ländern zu Gegenmassregeln gegen die überwuchernde Influenz der neuen kirchenrechtlichen Dogmen gezwungen sah etc., das ist genugsam bekannt.

Aber auch der Zustand der reformirten Landeskirche war, namentlich in den 60er Jahren, ein höchst kritischer.

Nicht nur das Sektenwesen und die Unkirchlichkeit, die faktische Loslösung von der Landeskirche nahm stark überhand, sondern (und das ist eben das Hauptkriterium gegen die durch die Predigerordnung von 1824, die 46er Verfassung und die Gesetze von 1852 und 1859 geschaffene alte Landeskirche, die noch zu sehr den Charakter des Staatskirchenthums an sich trug) in dieser staatlichen Landeskirche selbst herrschte ein geradezu anarchischer Zustand. Parteien von Orthodoxen, Reformern und Vermittlungstheologen bildeten sich und befehdeten einander in kirchlicher und öffentlicher Tageslitteratur im blühendsten Lutherreformstyl und in pharisäischem Bibelcommentar. Doch Jedermann erinnert sich noch deutlich genug an diese Zustände, welche eine gründliche Kirchenreformation zur absoluten Nothwendigkeit machten, wenn nicht das ganze Landeskirchenthum auseinanderfallen sollte. An und für sich sind zwar diese Kämpfe unserer Ansicht nach keineswegs zu bedauern, denn sie bildeten ein wohlthätiges Reagens gegen die überhandnehmende Lauheit, die von der Landeskirche grossen Theils selbst verschuldet war und führten einen gesunden Läuterungsprozess herbei. Aber anderseits haben sie auch die Schwäche der Landeskirche gezeigt und vielleicht (die Zukunft wird lehren) derselben den Boden unter den Füssen weggezogen.

Wir haben nun gesehen, wie die bernische reformirte Kirche bis zum Uebergang 1798 reine Staatskirche in äussern, materiellen und in innern confessionellen und dogmatischen Verhältnissen war, neben welcher keine andere Confession geduldet wurde.

Wir heben ferner Folgendes hervor:

I. In *staatsrechtlicher* Beziehung:

1) In Bezug auf das Verhältniss von Staat und Gemeinden ist: *a.* in materieller Hinsicht eine fast totale Centralisation durch die Uebernahme der Besoldungen und der Kirchengüter Seitens des Staates eingetreten (seit 1804); *b.* in den übrigen kirchlichen Verhältnissen ist

den Kirchgemeinden erst im Jahr 1852 ein indirekter Einfluss auf das Kirchenwesen im Allgemeinen durch indirekte Synodalwahlen und bezüglich Pfarrwahlen erst 1859 ein Vorschlagsrecht eingeräumt worden.

2) In Betreff des Verhältnisses zur Kirche ist zu bemerken: die Kirche ist bis zur 31er Verfassung in absoluter Weise vom Staate regiert worden; bis dahin besassen wir das absolute Staatskirchenthum.

Die 31er Verfassung milderte den Absolutismus durch die Generalsynode. Die 46er Verfassung wandelte die reine Staats- mehr in eine Landeskirche um, Letztere verbunden mit einem konstitutionellen Staatsregiment über dieselbe, auch in äussern und materiellen Angelegenheiten. Diesen Grundsätzen gaben die Gesetze von 1852 und 1859 Ausdruck und Leben.

Seitdem haftet der bernischen Kirche der Dualismus als Landeskirche in innern Angelegenheiten (immer noch vermischt mit einigem veraltetem Staatskirchenthum) und als konstitutionelle Staatskirche in äussern und materiellen Dingen an.

3) In Hinsicht auf andere als die staats- oder landeskirchliche Confession ist zu bemerken: *a.* das gegenwärtige verfassungsmässige Staatsrecht des Kantons Bern garantirte bis zum Erlass der neuen Bundesverfassung die römisch-katholische Religion nur in den betreffenden Gemeinden des Jura und umgekehrt die reformirte Confession nur in den sich zu ihr bekennenden Gemeinden; anderswo waren beide Confessionen nur geduldet (z. B. die katholischen Gemeinden in Bern, Interlaken); b. die 31er Verfassung gewährleistete zwar die Glaubensfreiheit, aber erst die Verfassung von 1846 gestattete die Ausübung anderer Gottesdienste. Das Nähere sollte ein Gesetz bestimmen. Dasselbe wurde aber nie erlassen.

Die von der Verfassung gelegten Fundamentalsätze und die vorgeschriebene Kirchenreform sind somit bis 1874 nicht ausgeführt worden.

II. In Betreff des innern Zustandes der reformirten Kirche und in Bezug auf die Dogmen und die Haltung der römischen Kirche walteten Verhältnisse ob, welche unabweislich eine gründliche Kirchenreform ebenfalls verlangten.

Das Kirchengesetz vom 18. Januar 1874,

vom Volke mit 69,478 gegen 17,133 Stimmen angenommen, brachte endlich diese Reform nach frühern vergeblichen Versuchen (Entwurf von 1864 etc.) zu Stande. Dasselbe will vom Gesichtspunkt des Rechtsstaates aus allen Confessionen die freie Ausübung ihres Kultus innert gesetzmässigen Schranken ermöglichen und die Verfassung von 1846 und die nachgefolgte Bundesverfassung von 1874 zur Wahrheit machen, zugleich aber, hauptsächlich vom Gesichtspunkt des Kulturstaates aus, die Kirche als Kulturelement nicht ganz vom Staate trennen und, abweichend von der ganz freien Kirche, gewissermassen eine staatliche Volkskirche einführen. Also ein Mittelding zwischen Staatskirche und Trennung von Kirche und Staat.

Grundsätzlich ist dieser Standpunkt offenbar nicht, es ist eine Kombination. Entweder — oder. Ist die Kirche (und sie *könnte* es zum Theil sein) wirklich ein Kulturelement, so sollte der Staat sie als solches verwenden.

Will der Staat aber den modernen Grundsatz absoluter Glaubens- und Kultusfreiheit im Ernst und vollständig durchführen und das Prinzip der Rechtsgleichheit und der Abschaffung aller Vorrechte nicht verletzen, so darf er weder materiell noch irgendwie legislativ oder administrativ sich der einen Confession oder Confessionsabtheilung mehr nähern als der andern.[1]

Indessen muss zum Vornherein gesagt werden, dass der durchgeführte Compromiss wirklich die einzige dato mögliche Lösung der Frage war, und von diesem Gesichtspunkt aus muss das Gesetz als ein Akt staatsmännischer Klugheit und Taktes anerkannt werden. Das Bernervolk ist infolge der Jahrhunderte alten Tradition und Angewöhnung staatskirchlich und daher auch in ziemlichem Grade intolerant, namentlich gegen protestantische Dissidenten und es dürfte noch lange gehen, bis jede Spur von Staatskirchenthum abgestreift sein und jede Confessionsgenossenschaft gleich behandelt wird. Es scheint uns übrigens sehr diskutirbar, ob, wenn einmal die Religion und die Kirche von allen Schlacken befreit sein und gegenüber dem Volke das sein wird, was sie sein sollte, eine Beratherin und Helferin, nicht eine Reaktion zu Gunsten einer staatlichen Volkskirche als Kulturelement eintreten wird.

Das Kirchengesetz hat staatsrechtlich, mit Bezug auf das Verhältniss zwischen Staat und Gemeinde, die Kirche ganz bedeutend der Gestaltung genähert, welche sie im Jahrhundert der Aufklärung als freie Gemeinde- und Volkskirche haben sollte. Die Gemeinde ist jetzt fast absolut selbständig. Sie wählt den Geistlichen, setzt den Kirchgemeindrath und die oberste Behörde in Kirchensachen, die Synode, direkt zusammen; die Kirchgemeinde geniesst auch das Steuerrecht gegenüber den sich zur betreffenden Confession Bekennenden.

Die Vorbehälte allfälliger Abänderung der Gemeindeeintheilung und die Genehmigung von Vermögensverminderungen entspringen dem allgemeinen Staatsrecht.

---

[1] Hier hat sich nun wieder einmal gezeigt, wie schwankend und hinkend viele Prinzipien der alten Gesellschaft sind und dass sie, uns fast unbewusst, nach und nach ganz undurchführbar werden; das Wort Opportunität ist nicht umsonst eine neue Erfindung.

Die Gemeinde ist aber auch in innern Kirchenangelegenheiten, wenigstens in der Theorie, frei, indem jede derselben Beschlüsse und Erlasse der Synode durch Abstimmung verwerfen kann.

Vermittelst dieser Attribute steht es der Kirchgemeinde frei, sich mehr zu dieser oder jener confessionellen Schattirung hinzuneigen.

Der Staat behält sich das Placet vor. In materieller Beziehung dagegen ist der frühere staatskirchliche Zustand eher noch verstärkt worden. Die Staats- und die Gemeindeleistungen sind trotz gegentheiliger Anträge der Regierung die gleichen geblieben.

So ist der Kanton Bern in $3\frac{1}{2}$ Jahrhunderten vom absoluten Staatskirchenthum (bis 1798/1831) zur konstitutionellen Staatskirche (1831), dann zur Landeskirche (1852 und 1859) bis zur freien Gemeindekirche mit materieller Staatsunterstützung gelangt.

Die nämlichen Grundsätze sind auch für die katholische Kirche zur Anwendung gebracht. Dagegen blieb der Unterschied stehen, dass im Jura die katholischen Gemeinden den Unterhalt der Pfarrgebäude und die Beholzung selbst bestreiten müssen, im übrigen Kanton aber nicht.

In Bezug auf andere Religionsgenossenschaften hat das Gesetz zwar die Möglichkeit der Erlangung des Korporationsrechts eröffnet, was jedoch eigentlich nur zu Gunsten der Altkatholiken und Juden Anwendung finden wird.

Staat und Gemeinde im Schulwesen.

Ueber die historischen Verhältnisse in diesem Gebiete fassen wir uns kurz aus zwei Gründen. Einmal steht es data so ziemlich ausser Zweifel, dass die Schulbildung der Bürger ganz eigentlich eine Aufgabe der Staatsaktion sei und dass sich daher auch fast überall eine Centralisirung in diesem Sinne vollzieht. Dann existiren über das bernische Schulwesen drei Spezial-Geschichten: Eine Geschichte der öffentlichen Unterrichtsanstalten etc. von Fr. Schärer 1829, eine zweite (Geschichte des bernischen Schulwesens) von Dr. Kummer, Direktor des eidgenössischen statistischen Bureau und gewesener bernischer Erziehungsdirektor, die in der Zeitschrift für schweizerische Statistik Jahrgang 1873 erschienen ist und das ganze Unterrichtswesen umfassend behandelt und drittens die jüngst erschienene Geschichte des Primarschulwesens von Schulinspektor Egger. Alle drei Werke geben mehr oder weniger Auskunft über das Verhältniss von Staat und Gemeinde. In einer Arbeit des Referenten, die zur Grundlage einer Besoldungserhöhung der Primarlehrer diente [1], wird das Verhältniss der Gemeinde- und Staatsleistungen in der Schweiz behandelt.

Von Gründung der Stadt im Jahr 1191 bis zur Reformation.

Diese 337 Jahre lange Epoche theilt sich in Bezug auf die menschliche Kultur im Allgemeinen sowohl als mit Rücksicht auf das Schulwesen in zwei Hauptabschnitte: In die Zeit bis zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts und von da bis zur Reformation.

Im ersten Zeitabschnitte finden wir in Europa überhaupt nur noch höhere Lehranstalten in den Klöstern, welche bis in's 13. Jahrhundert die einzige Zufluchtsstätte der Wissenschaften waren und diese zum Theil in vielseitiger Weise pflegten. Von solchen Anstalten genoss St. Gallen einen europäischen Ruf und damals schon war die von Carl dem Grossen in Zürich gestiftete Schule neben St. Gallen der wichtigste Sitz der Wissenschaften. Im 13. Jahrhundert erlosch aber auch das Licht der Klöster; die St. Galler Mönche überliessen ihre Schule einem Schulmeister.

Die angebliche, gefälschte Handveste von Bern, datirt von 1218, von Friedrich II. spricht von einem Scholastikum. Die Ausfertigung dieser falschen Handveste fällt aber in's Jahr 1273. Sicherer ist dagegen die Gründung von vier Klöstern und Klosterschulen in der Stadt Bern im Laufe des 13. Jahrhunderts, die jedoch rein kirchliche Zwecke hatten und von denen in der nachfolgenden kriegerischen Zeit keine Nachricht mehr aufzufinden ist.

Das 14. und 15. Jahrhundert beeilte sich, die Pflege der Wissenschaft wieder herzustellen, wozu die Wanderungen infolge der Kreuzzüge, die Erfindung des Papiers, commercielle und wissenschaftliche Erfindungen verschiedener Art die Bahn brachen. Die Kirchenschulen (nur für Heranbildung von Kirchendienern) wurden verbessert; besonders aber zeichnet sich diese Periode durch Gründung verschiedener Hochschulen und von Städteschulen, die dem geistlichen Einfluss mehr oder weniger entzogen blieben, aus. In diesem Zeitraume finden wir auch die erste Staatsaktion Berns zu Gunsten der Bildung seiner Bürger, indem dasselbe durch Staatsverträge der adeligen Jugend den Besuch der Lehranstalten zu Bologna, Mailand, Paris sicherte. Von diesen Schulen erhielten viele der tapfersten, staatsklugsten Berner ihre Bildung.

Dass Bern überhaupt im Schulwesen zurückblieb, erklärt sich leicht aus dem stürmisch-kriegerischen Anlaufe des emporstrebenden Gemeinwesens.

Indess gewann das allgemeine Wiederaufblühen von Wissenschaft und Kunst auch auf Bern Einfluss. Im Jahr 1366 finden wir wieder eine Notiz von einem Schulmeister; ferner kam die Geschichtschreibung in Schwung, die bald von der Regierung selbst verordnet wurde. Die Erfindung

[1] Die Besoldung der Primarlehrer im Kanton Bern, verglichen mit den Besoldungsverhältnissen der übrigen Schweizerkantone, Bericht der Erziehungsdirektion von 1874.

und Vervollkommnung der Buchdruckerkunst in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts förderte die Bestrebungen nach Hebung und Verbreitung des Wissens mehr als alle frühern Jahrhunderte zusammen. Alle Wissenschaften, besonders das Studium der Theologie und der Rechte der alten Sprachen kamen nun rasch vorwärts.

Am Ende dieser Epoche und zum Theil lange vor der Reformation finden sich Schulen auch in den Landstädten, namentlich im Aargau, und selbst in einzelnen Dörfern vor. In Bern selbst sorgte die Regierung wiederholt für Anstellung tüchtiger Schulmeister, die natürlich fast alle dem geistlichen Stande entnommen wurden.

Es ist dies wahrscheinlich die erste städtische und Literar-Schule in Bern. Dieser folgte 1484 die Ersetzung der in Unwissenheit gesunkenen deutschen Ordensbrüder durch den Domstift und zugleich die Theilung der bisherigen Kirchenschule in eine lateinische zur Bildung von Geistlichen und in eine deutsche zur Unterrichtung der sämmtlichen Jugend in der Religion.

Kurz vor der Reformation beschäftigte sich die Regierung auch schon mit dem Landschulwesen, indem sie 1517 verschiedenen Ortschaften des Oberlandes Pflege der Schulen anempfiehlt. Schärer führt auch eine städtische Schulordnung von dieser Zeit an.

Von der Reformation bis 1798.

Der Staat war also infolge des moralischen und geistigen Zerfalls der Geistlichkeit und durch die innere Nothwendigkeit, eine gewisse Summe von Bildung zur Verfügung zu haben, sowie auch um der Sittenverwilderung durch Angewöhnung eines Kultus entgegen zu wirken, schon vor der Reformation gezwungen gewesen, das Schulwesen in der Stadt selbst an die Hand zu nehmen und sah sich auch bereits veranlasst, einen gewissen Druck auf das Land auszuüben.

Die Reformation führte auf ganz andere Grundlagen der Schulpolitik. Allerdings blieben die untern Schulen bis in dieses Jahrhundert hinein (1831) im Gegensatz zum heutigen Schulwesen Kirchenschulen, allein der freiere Geist der reformirten Kirche trug vieles dazu bei, auch die weltliche Jugend etwas mehr anzulernen, als bloss wie bisher mit religiösem Memorirstoff und Kultus zu vertändeln.

Vorerst wurde bestimmt, dass die den Schul- (sowie den Kranken- und Armen-) Anstalten gehörenden Fonds zu den gleichen Zwecken verwendet werden sollen. Für die Stadt Bern wurde unmittelbar nach der Reformation, im gleichen Jahr (1528), eine systematische Schulordnung erlassen, von Zürich die berühmten Professoren Megander und Hofmeister berufen und ferner ein Alumnat für geistliche Schüler errichtet. Hatte dies freilich den Hauptzweck, tüchtige Religionslehrer zur Anlehrung und Vertheidigung des neuen Glaubens zu erhalten, so folgte doch auf dem Fusse die Verbesserung der höhern Stadtschulen und die Stiftung verschiedener Hülfsanstalten (Schulherrenseckel, Mueshafen, Reisestipendien, Stadtbibliothek).

Desgleichen entstanden in den Munizipalstädten aus den frühern Kirchenschulen Lateinschulen.

In Bezug auf das Volksschulwesen, d. h. die sog. deutschen Schulen für das Publikum, geschah bis 1548 noch wenig. Die Stadt Bern besass wohl einzig eine eigentliche Volksschule. In den Landstädten war die unterste Klasse der Lateinschulen allen Kindern geöffnet. Für das Land machte die Regierung einen nicht unwichtigen Anfang durch die Einführung von Kinderlehren zu Stadt und Land im Jahr 1536. Diese sog. Schulen beschränkten sich freilich auf Religionsunterricht zur Einbürgerung der neuen Lehre.

Die Schulordnung von 1548 setzte die Pensa und Prüfungen der Lateinschulen in Bern, Brugg, Zofingen und Thun fest. 1600 wurden für alle Lateinschulen die nämlichen Schulbücher eingeführt, 1577 die jetzige Kantonsschule gebaut und verschiedene Verbesserungen am höhern Schulwesen der Munizipalstädte veranlasst.

Im Zeitraum von 1548 bis 1616 fing die Regierung nun auch an, sich der untern oder deutschen Schulen anzunehmen. Die Aufgaben derjenigen in der Hauptstadt bestanden schon 1596 neben Religion als Hauptpensum in Lesen und Schreiben. Bern selbst besass drei Volksschulen, deren Lehrer Handwerker waren. Die Dorfgemeinden hatten inzwischen auch angefangen Schulen zu errichten, was ihnen bei dem frühern Mangel an Lehrern unmöglich gewesen war. Die Regierung lobt sie desshalb in einem Circular von 1603, verlangt jedoch, dass die Schulmeister vorher ihre Bewilligung einholen sollen, offenbar um keine vom neuen Glauben abweichende Lehre aufkommen zu lassen.

Erst Anfangs des 17. Jahrhunderts fing die Regierung an die Landschulen materiell zu unterstützen, durch beliebige Beiträge an Bauten etc. Mit ganz richtigem Verständniss der Wichtigkeit der Volksschule nimmt sie zugleich die Oberaufsicht in Anspruch. Bis 1616 war überhaupt die Sorge für Einführung und Erhaltung der Reformation für die Regierung das Hauptmotiv gewesen, höhere Schulen für Geistliche und Lehrer und Religionsschulen auf dem Lande zu fördern.

So waren die Anfänge zur eigentlichen Volksschule gemacht.

Im Jahr 1615 berief die Regierung die Geistlichen zu einer allgemeinen Schulsynode zusammen. Darauf folgte die Ernennung eines ersten allgemeinen Schulrathes über alle Schulen, nachdem schon 1575 eine Oberbehörde für die höhern Anstalten eingesetzt worden war, welchem die

Regierung den Auftrag zur Abfassung einer neuen vollständigen Schulordnung ertheilte, die 1616 erschien.

Die Motive zu derselben (abgedruckt in Dr. Kummers Schulgeschichte) beweisen, dass kirchliche und religiöse Ursachen, „die Verböserung aller Stenden bi diser letzten Zit, insonderheit die grobe Unwüssenheit und Unerkanntnuss Gottes Worts und der Geheimnuss seiner heiligen Sakramenten“ fast ausschliesslich die Veranlassung dazu gebildet haben.

Als Schüler der höhern Schulen soll „allerlei Jugend, niemand ausgeschlossen“ angenommen werden.

In den grossen Gemeinden sollten Schulmeister angestellt, das Kirchengut besser verwaltet werden, um nöthigenfalls die Schule zu unterstützen; zu diesem Zwecke sei über dasselbe Rechnung zu legen und verschiedene Missbräuche abzustellen etc. Der ganze Erlass spricht nur von Unterweisung in der Religion und diese soll auch allen Erwachsenen, die „lehrens und underrichtens in dem Handel ires Heils mangeln möchten,“ sowie den jungen Eheleuten ertheilt werden.

Allein der Schulrath trat nicht in Wirksamkeit und löste sich später auf, weil die Geistlichen am Münster, die als „Convent“ seit der Reformation die Kirchen- und Schulangelegenheiten des Kantons geleitet hatten, dieses als ein Recht beanspruchten und gegen die neue Institution opponirten. Während 58 Jahren herrschte nun eine vollständige Schulanarchie, bis alle Kämpfer todt waren und die Regierung 1674 in einen neuen Schulrath die Geistlichen am Münster aufnahm.

Infolge dieses Schulstreites wurden die Forderungen des Erlasses von 1616 nicht durchgeführt.

Grössere Fortschritte machte das Primarschulwesen. Die Regierung stimulirte das Erlernen des Katechismus durch Austheilen von Pfennigen am Jahresschluss der Kinderlehren in Bern. Den Landschulen schenkte die Regierung mehr Aufmerksamkeit, besonders wieder den Kinderlehren.

Im Jahr 1676 erliess sie sodann die erste gedruckte Landschulordnung.

Diese Schulordnung nun befiehlt direkt die Errichtung von Schulen in allen Gemeinden, wo nöthig aus dem Kirchenfonds. Diese letztern sollen besser als bisher verwaltet werden, um der Schule nachzuhelfen, die Gemeinden sollen Schulhäuser erstellen, die Wahl der Lehrer der Mitwirkung der Kirchenvorsteher und Amtleute unterstellt sein, dem Lehrer soll ein fixer Lohn bestimmt, die Besoldungen erhöht, armen Kindern Bücher, Kleidung und Nahrung beschafft werden; Eltern säumiger Kinder sind zu bestrafen; die Vorsteher haben die Schulen zu besuchen, am Ende des Jahrs sind Examen abzuhalten und werden Prämien ausgetheilt. Als Pensa sind natürlich zum allergrössten Theil religiöse Stoffe, Lesen und etwas Schreiben, vorgeschrieben.

In Betreff der obern Schulen, um welche der Kampf sich hauptsächlich drehte, machte die Schulordnung wesentliche Rückschritte. Es kamen dabei eben mehr die Personen als die Sache zur Geltung.[1] Immerhin traten auch in dieser Epoche, durch die Verhältnisse gedrängt, einige Verbesserungen hinzu (Vermehrung der Lehrstühle und Errichtung solcher für den weltlichen Stand etc.); im Ganzen geschah jedoch wenig und blieben sogar die Fortschrittsideen des 1616er Erlasses unausgeführt. Ein Jahrhundert Stillstand bis der grosse Haller in den 60er Jahren des 18. Jahrhunderts neues Leben brachte.

Auch in dieser Periode machten die untern und die deutschen Unterrichtsanstalten wieder relativ grössere Fortschritte. Für die untern Stadtschulen sorgte der Rath in verschiedenen Massregeln und neuen Schulordnungen (eine von 1754, die schon 1705 befohlen war, dann solche von 1766, 1767). Gegen die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts, als bekanntlich in Europa eine bedeutende geistige Gährung auf allen Wissens- und materiellen Gebieten entstand, drängte namentlich das Publikum, der bürgerliche Mittelstand auf bessere Schulbildung und wenn schon die Regierung helle Köpfe wie den Henzi's u. A. fallen machte, den mächtigen geistigen Strom vermochte sie nicht zu dämmen.

In dieser Zeit errichteten einige kleinere Landstädte (Erlach, Büren) ebenfalls Lateinschulen.

In Betreff des Primarschulwesens ist zu bemerken, dass in der Hauptstadt noch streng an den Kinderlehren gehalten ward, die eigentlichen Schulen verbessert und vermehrt wurden, durch Anstellung verschiedener Fachlehrer und Gründung der Stalden-, Neuengass-, Matten- u. a. Schulen (1711—1725).

Auf dem Lande war die Schuldisziplin verschärft. Insbesondere aber hielt das oligarchische Regiment streng darauf, dass ihre Unterthanen „im Handel ihres Heils“ wohl unterrichtet seien; junge Leute sollten ohne vorheriges Religionsexamen gar nicht aus dem Lande gelassen werden!

Neuerdings wurde befohlen, den Schullohn sowie auch das Holz von der Gemeinde aus zu bezahlen, und nicht durch Schulgelder oder durch die Schulkinder.

Eine neue Schulordnung von 1770 (deren seit 1676 verschiedene erlassen worden), war eine Zusammenfassung der verschiedenen Verordnungen und betraf nur die Schulen der Hauptstadt. Für diese besonders legte die aristokratische Regierung in ihren letzten Dezennien wirklich eine sehr grosse Thätigkeit und väterliche Gesinnung an den

---

[1] So wird Arithmetik von der 5. in die 8. Klasse versetzt und auf die 4 Spezies beschränkt etc.

Tag; namentlich gewannen die höhern Anstalten, die Akademien, wobei man besonders die Bildung der politischen Jugend im Auge hatte.

Allein es war wohl nicht so sehr der Wunsch nach Aufklärung und Bildung der Unterthanen, welcher bei diesen Reformen massgebend war, als vielmehr die Forderungen der Bürgerschaft selbst, sonst wäre die Regierung nicht darauf verfallen, den Geist der politischen Engherzigkeit auch auf das Gebiet der Schule zu verpflanzen und durch die Schulordnung von 1770 den Eintritt in die untern Stadtschulen nur Burgern der Hauptstadt und der kleinern Städte zu gestatten (!), während frühere Regierungen im Gegentheil zum Besuch der Schulen aufgemuntert hatten.

Von 1770 bis 1798 ist in Betreff des höhern Unterrichts eine neue Schulordnung von 1779, die Errichtung einer Kunstschule und eines politischen Instituts, welche Anstalten jedoch rasch zerfielen, zu erwähnen. Für die Landschulen wurde 1720 eine neue Schulordnung erlassen und 1769 und 1788 erneuert. In Bern selbst wurde 1779 eine sog. Bauernschule für die Stadtumgebung errichtet.

Bekanntlich wollte die alte väterliche Regierung endlich, am Vorabend ihres Falles, Reformen einführen und berieth u. A. noch 1797 eine neue Schulordnung. Aber zu spät. Was Jahrhunderte nicht vermocht, das pflanzte bald in Jahrzehnten ein neuer Zeitgeist.

Vom Uebergang bis 1831.

Die Stürme des Uebergangs und der Einführung neuer Institutionen unter der helvetischen Regierung (1798 bis 1803) brachten im Schulwesen nicht nur einen vollständigen Stillstand, sondern die höhern Bildungsanstalten Berns geriethen gänzlich in Verfall, indem durch Aufhebung der Zehnten und Bodenzinse die meisten Finanzmittel versiegt waren. Die Helvetik selbst vermochte nichts zu thun und die bernische Verwaltungskammer war infolge der Beraubung des Staatsschatzes ebenfalls entblösst. Es wäre aber nicht nur ungerecht, sondern zeugt von geringem staatswirthschaftlichem Verständniss, wenn man über die Leistungen der Helvetik auf dem Gebiete des Schulwesens ohne Weiteres oder geringschätzig hinweggeht (wie z. B. der Verwaltungsbericht über die Jahre 1814/30).

Für das Landschulwesen resp. für die Bildung des Volkes im Allgemeinen hat die helvetische Regierung durch Stapfer, Minister der Künste und Wissenschaften, gesetzgeberisch und zum Theil administrativ wohl mehr geleistet als alle „väterlichen“ Regierungen des 18. Jahrhunderts zusammen.

Stapfer war es wirklich in allem Ernst darum zu thun, das Volk zu bilden und seine Bemühungen gingen zunächst auf dieses Ziel los. Zunächst stellte er durch eine allgemeine Schulstatistik, wohl die erste in Europa, die Diagnose der Gebrechen der Volksschulen und der Volkserziehung auf, was noch heute kein so leichtes Geschäft ist. Und was fand er? Der geistige Zustand der Schulen und noch mehr die Befähigung der Schulmeister waren auf der möglichst niedrigsten Stufe. Die Aufgaben der Schulen waren die gleichen geblieben, wie ungefähr bei Erlass der Schulordnung von 1616: Katechismus lernen, Beten, Psalmen singen und etwas Lesen und Schreiben.

Das waren also die Früchte des 200 Jahre langen väterlichen Regiments in Schulsachen, das waren die Erfolge der vielen Berathungen des Kirchen- und Schulrathes und der zahlreichen Erlasse. Aber noch mehr. Dass namentlich das spätere oligarchische Regiment nicht sehr auf „Vielwisserei“ des Volkes halten konnte, ist leicht begreiflich und erklärt auch die rein konfessionelle und staatlich (resp. regierungs-)religiöse Gestaltung und Frucht der (Kirchen-)Schule. Allein die Letztere war auch in materieller Beziehung in einem höchst kläglichen Zustande.

$^2/_3$ der eigenen Schullokale waren schlecht; $^1/_3$ gemiethet; Lehrer gehen in „Kehr“; Schulfonds sind so zu sagen gleich Null; über die Hälfte der Besoldungen übersteigen nicht 20 Kronen = Fr. 72 n. W. und nur 28 meist Stadtschullehrer hatten über 50 Kronen = Fr. 181 jährliche Baarbesoldung, wozu bei einer Anzahl Naturalgenüsse kamen, Andere dagegen das Schullokal beschaffen mussten!

Und doch hatte der Staat seit 200 Jahren (zum Theil seit der Reformation) hauptsächlich in materieller Richtung für die Schulen gesorgt, vorgeschrieben und zum Theil selbst mit Unterstützungen nachgeholfen; die diesfallsigen Bemühungen der Regierungen dürfen nicht ohne Anerkennung bleiben.

Aber es fehlte der Geist der Freiheit, welcher Kenntnisse und Bildung verlangt, in dessen Athmosphäre die Volksschule gedeihen kann. Freiheit will Bildung und Bildung macht frei (wenn auch in ökonomischer Beziehung der letztere stereotype Satz sehr übertrieben ist). Der Sklave und Geknechtete, durch Steuern Gedrückte kennt nur das Ziel der Befriedigung materieller Bedürfnisse und verfällt schliesslich in gleichgültiges Hinleben. Und ein mindestens ähnliches Stadium hat das Bernervolk im 17. und 18. Jahrhundert durchgemacht. Was Wunders, wenn das Volk und die Gemeinden die Schule zum Theil wohl eher als lästige Massregel der Regierung, wie so viele andere, auffassten und möglichst wenig thaten?

Noch heute krankt das bernische Schulwesen an einer analogen Auffassung der Schulaufgabe unter einem Theil des Landvolkes.

Die Diagonese war also und zwar für längere Zeit sicher gestellt. Noch im gleichen Jahr 1798 stellte das Direktorium die Prognose auf, in einem Volksschulgesetz-Entwurf, dessen Durchführung wohl mehr gehoben hätte,

als die nachherige Mediations- und Restaurationsperiode; derselbe blieb aber bei einer Kommission. Uebrigens hätte es vorzüglich an Lehrern gefehlt; die Anstrengungen Stapfers zur Bildung von Seminarien blieben erfolglos. Die meisten positiven Leistungen dieser Periode sind Pestalozzi zu verdanken.

Der Einheitsstaat fiel, nicht aber mit ihm der Spiegel der Freiheit, des politischen und Bildungsfortschrittes, welchen er den nachkommenden Perioden vorgesteckt hatte.

Die Mediation führte in erster Linie den alten Kirchen- und Schulrath wieder ein, setzte aber die höhern Unterrichtsanstalten Bern's unter eine besondere akademische Kuratel. Die Akademie, immerhin noch in erster Linie eine Bildungsanstalt für Pfarrer, dann auch für Anwälte und Aerzte, gewann wesentlich und wurde auch während der Restauration mit den wichtigsten jetzt vorhandenen Subsidiaranstalten versehen. Die Bürger von Bern machten indess im Anfang die Hälfte, zuletzt noch ein Drittel der Studirenden aus und für die theologischen Studien waren sie fast allein, da eben vorher das Gymnasium passirt werden musste. Die Literarschule wurde zwar in den Pensa erweitert; in unerklärlicher Kurzsichtigkeit oder krassestem Aristokraten-Egoismus wurde aber der Besuch von der Restaurationsregierung 1813 abhängig gemacht von Stand, Vermögen oder Beruf und nur solchen Knaben gestattet, die „auf eine gebildete Erziehung Anspruch machen können"! Im 19. Jahrhundert! Wollte man etwa die alte, feiner gebildete Aristokratie aufleben lassen und ihnen ein geistiges Uebergewicht verschaffen? Man hatte sich verrechnet. Die Literarschule nahm beständig ab, quantitativ und qualitativ (siehe Verwaltungsbericht von 1814—30). Ein rächendes Exempel der Folgen von Schulengherzigkeit.

Für die Landschulen begann die Thätigkeit des aus einem Rathsmitglied als Präsident und drei weltlichen und drei geistlichen Mitgliedern bestehenden (alle) Kirchen- und Schulrathes mit der Absetzung einiger oberaargauischer Lehrer wegen „schlechten politischen Gesinnungen" (siehe Dr. Kummers Schulgesetz; der Verwaltungsbericht schweigt klüglich davon und behandelt das ganze Kapitel sehr summarisch). In Bezug auf das Verhältniss zu den Gemeinden ist bemerkenswerth, dass der Staat wieder ganz in das alte Geleise einfuhr. Der Pfarrer wurde als der erste und natürliche Aufseher seiner Gemeindeschulen erklärt: die Schulkommissarien wurden zwar beibehalten, aber auch sie mussten Geistliche sein und waren nur Correspondenten für den Kirchenrath. Die Lehramtskandidaten prüfte der Kommissär mit dem betreffenden Ortspfarrer; der Oberamtmann wählte aus einem Doppelvorschlag denselben und schliesslich musste noch der Kirchenrath bestätigen. Nur in den Städten wählten die Gemeindebehörden.

Eine vom Kirchenrath ausgearbeitete Landschulordnung wies der Rath zurück, da darin nicht nachgewiesen sei, was der Staat und was die Gemeinden leisten sollen. Sehr verdienstlich war die Aufnahme einer neuen Statistik, die ziemlich dieselben Resultate lieferte wie die von 1798. Die Erlassung eines Schulgesetzes wurde zwar verschoben, weil man sich über die Tragweite eines solchen nicht einigen konnte; dagegen wurden in einem provisorischen Erlass folgende zweckmässige Verfügungen getroffen: 1) Heranbildung von Lehrern, zu welchem Zweck unter Versprechung von Belohnungen aufgemuntert werden solle und 2) jetzt setzt der Staat auch einen bestimmten Kredit aus, der zur allmäligen Verbesserung des Schulwesens, besonders zur Belohnung der Normallehrer, Prämien an ausgezeichnete Lehrer und Schüler etc. verwendet werden soll (pro 1807 Fr. 5000) und nöthigenfalls konnte der Kirchenrath auch ausserordentliche Beisteuern beantragen. Die ausführende Instruktion von 1807 verlangt Lesen, Schreiben, Rechnen, Singen und Religion und vom Lehrer „gerade so viel, als man für die Landleute überhaupt nöthig hält, nebst der Geschicklichkeit, diese Kenntnisse Andern beizubringen". (Nach Dr. Kummers Schulgeschichte.)

Mit den alten politischen Institutionen und Häuptern kehrten unter der Restauration vollends die alten „väterlichen" Schulprinzipien wieder ein. Wenn daher von einer qualitativen Hebung der Volksschule nur in bescheidenem Maasse die Rede sein kann, so muss doch anerkannt werden, dass der Grund zum Anfang einer solchen gelegt wurde. Natürlich genug; es war ja nicht mehr möglich, der trotz aller Reaktion erwachten Freiheit gegenüber passiv zu bleiben. In Bezug auf die Schulen selbst that jedoch die Restaurationsregierung eigentlich Weiteres nicht, als was schon das alte Regiment angefangen und geleistet hatte: sie bewilligte Steuern an Schulhausbauten und Holzlieferungen (im Ganzen ohne Letztere von 1814 bis 1830 Fr. 58,009 a. W.), Zulagen zu Besoldungen meist in natura; ferner richtete sie Gratifikationen an Normallehrer und Normalzöglinge aus, bestritt Ausgaben für Schulbücher und unterstützte alte und verdiente Schullehrer. Immerhin beliefen sich die Staatsausgaben für die 15 Jahre 1814—1830 in Baar nur auf Fr. 178,510 a. W., wozu indess einige zwar nicht beträchtliche Naturalleistungen kommen (siehe Verwaltungsbericht Seite 113).

Von 1806—1826 vermehrten sich die Schulen von 507 auf 701.

Der Kirchenrath befahl auch die Aufnahme von Urbarien, was aber sehr zögernd geschah. Im Jahr 1810 wurde auch den Schulkommissären eine Reiseentschädigung von jährlich Fr. 20—50, im Ganzen zusammen von Fr. 800 zuerkannt.

Ferner wurde auch schon damals die Frage diskutirt, ob nicht der Staat die Besoldungen übernehmen solle;

man trat jedoch auf diese Anregung mit vollem Recht nicht ein, einerseits wegen der finanziellen Tragweite, anderseits weil die Gemeinden die Schulgüter ungern ausliefern und überhaupt gleichgültiger würden und beschloss, die Gemeinden dagegen je länger je kräftiger durch Beiträge zu unterstützen.

In dieser Weise wirkten die Regierungen bis 1830 wie die frühern viel mehr für den Leib der Schule, das Materielle als für die geistige Hebung. In letzterer Beziehung wurde die Landschule eben immer noch hauptsächlich als „Religionsschule" betrachtet und behandelt, wohl nicht zum Wenigsten desshalb, weil der Kultus (gleichviel welcher) von Alters her als kräftige Stütze des Herrscherthums galt.

Man muss indessen anerkennen, dass es für die geistige Hebung der Schule damals hauptsächlich an fähigen Lehrkräften fehlte, und dass die Schulbehörden diesen Mangel auch einsahen. Damals kamen die sogenannten Normalkurse auf, mehrentheils von gebildeten Schulfreunden (u. A. auch von Fellenberg) geleitet. Diese unterstützte nun der Kirchenrath lebhaft und gab für Gratifikationen an Kursleiter und Zöglinge von 1814—1830 Fr. 24,232 a. W. aus, wogegen 642 Lehrer gebildet oder geprüft wurden.

Aber noch im Jahr 1826 zeigte eine neue summarische Schulstatistik, dass ca. $^1/_4$ der Lehrer noch nicht einmal einen Normalkurs durchgemacht hatten.

Und dass die Behörden selbst fühlten, wie gering eigentlich die Staatsleistungen seien, davon liefert der Antrag des Verhörrichters von Wattenwyl: bei Anlass des Reformationsfestes einen grössern Beitrag an Schulhausbauten und Lehrerbildung oder an die Besoldungen und die neugegründete Lehrerkasse zu leisten, den besten Beweis.

So zu sagen das einzige, immerhin anerkennenswerthe Verdienst dieser fast drei Jahrzehnte langen Epoche liegt in der Vermehrung und materiellen Hebung der Schulen, sowie namentlich in der ersten Anlage einer eigentlichen Lehrerbildung, wobei indessen Private das Meiste geleistet haben.

Bei dem ganzen Entwicklungsgang der bernischen Schulen bis zum definitiven Erwachen der politischen Freiheit im Jahr 1830 darf nie vergessen werden, dass dieselben bis dahin hauptsächlich nur Religionsschulen und Anstalten zur Bildung von Kultusdienern gewesen sind.

Das Schulwesen des Jura bis zur Vereinigung mit Bern (1816) und von da bis 1830.

Zur Erklärung verweisen wir auf die in der letzten Nummer der Zeitschrift unserer Brochure über das Referendum enthaltenen Skizze der politischen, kirchlichen und administrativen Verhältnisse des Jura.

Das Thatsächlichste der folgenden Skizze entnehmen wir der Arbeit von Dr. Kummer. Die erste Pflege der Wissenschaft findet sich auch im Jura in den Klöstern und zwar zuerst in der Probstei Moutier-Grandval. Diese schienen sich jedoch ausser der Letztern auf die Erziehung ihrer Klostergeistlichen beschränkt zu haben. Erst Mitte des 16. Jahrhunderts hört man von einer Knabenschule in Pruntrut, die den Pensen nach den altbernischen städtischen Lateinschulen gleichkam, obschon der Bischofssitz schon 1527 nach Pruntrut verlegt worden war. So blieb also sogar die Bildung von Geistlichen im Jura selbst fast ganz vernachlässigt. Dem infolge dieser Versumpfung entstandenen Mangel an tüchtigen Geistlichen, die im Stande gewesen wären, den reformirten Missionären, wie dem von Bern gesandten Farel, mit Erfolg entgegen zu treten, suchte der tüchtige Bischof Blarer durch Beiziehung fremder Kräfte abzuhelfen.

Im Jahr 1591 eröffnete er mit sechs Jesuiten von Freiburg ein Gymnasium, das rasch grosse Erfolge erzielte und bald 400 Zöglinge zählte. Der Pabst unterstützte dieses für Aufrechterhaltung des römischen Glaubens höchst wichtige und nothwendige Institut. Zöglinge weltlichen Standes wurden indessen auch aufgenommen. Alles unter jesuitisch strenger Disziplin und Censur. Für die weibliche Jugend wurden zu gleichem Zwecke die Ursulinerinnen aus Dôle berufen. Der Hauptzweck dieser Anstalten, Kräfte für Aufrechterhaltung des katholischen Kultus zu erhalten, wurde um so vollständiger erreicht, als nach der jesuitischen Erziehungsmaxime die Zöglinge möglichst von der Aussenwelt abgeschlossen und durch den ganzen Bildungsgang den Jesuiten zeitlebens verbunden wurden. Ein eigentliches Priesterseminar wurde jedoch erst 1716 dem Gymnasium oben angestellt. Die Aufhebung des Jesuitenordens 1774 schadete der Existenz der einmal im Jura angesiedelten Mitglieder nicht viel, obschon auch hier deren Güter vom Fürstbischof behändigt wurden. Das Konvikt blieb und die fast ausschliesslich jesuitische Lehrthätigkeit.

Erst die französische Annektion zerstörte das Kollegium und brachte die Säkularisation und den Verkauf der Kirchengüter.

In diese Periode fällt die kurze Blüthezeit des berühmten Klosters Bellelaye, das sich vorher nicht ausgezeichnet hatte, infolge der Stiftung einer höhern, wissenschaftlich weit über die Ziele des Pruntruter Collége hinausgehenden Bildungsanstalt, die 1797 dann ebenfalls einging. Unter der französischen Herrschaft lebte die Pruntruter Anstalt als Centralschule des Departements du Mont terrible wieder auf (1796), ging jedoch mit der Zertheilung desselben wieder ein, worauf bis 1808 eine blosse Sekundarschule an deren Stelle trat, welche 1808 mit den meisten frühern tüchtigen Lehrkräften zum Col-

lége erhoben wurde. Von da an hatte die Anstalt keinen theologischen Charakter. Delsberg errichtete 1812 ein ähnliches Collége. Andere höhere Anstalten fanden sich bei der Vereinigung im Jura nicht vor. Wir sehen schon hieraus, dass es mit den Bildungsbestrebungen im katholischen Jura sehr kärglich und vielfach schlimmer stand, als im alten Kanton. Der Jura war sogar im höhern Schulwesen ein volles Jahrhundert zurück und hätte er nicht Hülfe von auswärts erhalten, so dürfte die Reformation wohl grösseres Terrain erobert und behalten haben, denn das Laufenthal kehrte eben infolge der Einwirkung des jesuitischen Zuzugs zur alleinseligmachenden Kirche zurück und Pruntrut war nicht soweit davon, zur Reformation überzutreten.

Nach dem Gesagten darf es auch nicht verwundern, dass das *Volksschulwesen,* vergleichsweise zur reformirten Kirchenschule, noch weit kläglicher dastand.

Vom katholischen Jura vernehmen wir von eigentlichen Volksschulen nach dem von Dr. Kummer zusammengestellten Material (wobei u. A. ein Bericht des tüchtigsten Kenners der jurassischen Geschichte, Herrn Mineninspektor Quiquerez) nichts bis 1784.

Dagegen finden wir allerdings, dass am Anfang des 17. Jahrhunderts (1608) eine Anstalt für Erziehung junger Adeliger errichtet wurde. Die sog. Pagerie oder das Collége hatte zwar weltlichen Charakter; die jesuitische Leitung verfehlte aber natürlich den wohl berechneten Zweck nicht. 1719 wurde diese Knabenschule erweitert und im Jahr 1742 wurde der Besuch derselben obligatorisch erklärt und regelmässige Visitationen eingeführt.

Aehnlich finden sich Spuren einer Schule in Delsberg im 16. Jahrhundert, die dann im 18. Jahrhundert als Vorschule des Collége in Pruntrut diente und also offenbar auch wieder nur für die höhern Klassen berechnet war.

Positiv vernehmen wir somit von eigentlichen Volks- oder Primarschulen nichts bis in die 30er Jahre des 18. Jahrhunderts. Da, im Jahr 1730, lässt der Vogt von Delsberg im Namen des Bischofs eine Verordnung ausgehen, welche befiehlt, dass jede Gemeinde der Herrschaft einen Lehrer anstelle, und dass die Kinder alle Wochentage mit Ausnahme eines Tages die Schule besuchen (s. Kummer). Endlich begegnen wir auch einer hochfürstlich-bischöflich - baselschen Verordnung von 1784, welche Dr. Kummer „wohl als einzige allgemeine Vorschrift in Sachen der Volksschule" betrachtet.

Die Delsberger Verordnung von 1730 lässt nun allerdings mit ziemlicher Sicherheit vermuthen, dass freilich schon früher eigentliche Volks- oder Primarschulen vereinzelt bestanden haben. Ob etwas früher oder später ist zweifelhaft; die Thatsache des so späten Erscheinens einer allgemeinen Schulordnung allein beweist zur Genüge, dass der katholische Jura puncto Volksschule schon quantitativ wohl über 150 Jahre hinter dem alten Kanton zurückgeblieben ist.

Wie die physische Leibeigenschaft, so hörte auch die geistige und geistliche Fesselung in dem volkswirthschaftlich so günstig gestellten katholischen Jura viel später auf als im alten Bern. Und wenn auch der protestantische Kirchenrath noch während der Restauration durchaus keine grosse Eile zeigte, dem Volke Kenntnisse zu weltlichem Gebrauche anzueignen und mit der Regierung bis 1831 (wo das Volk seine Geschicke selbst in die Hand nahm) stets fand, dass (angeblich) „Religion" (Kultus war gemeint) die beste Stütze des Staates (d. h. der Regierungen) und daher vor Allem zu lehren sei, so lernen wir denn doch gerade aus dem langsameren Entwicklungsgange des Volksschulwesens des katholischen Theils des Kantons einen bedeutenden Unterschied zwischen den Tendenzen und Gesinnungen der reformirten von der römisch-katholischen Geistlichkeit, zwischen dem weltlich-kirchlichen und dem theokratischen Regiment erkennen, selbst zu den Zeiten der absolutesten reformirten Orthodoxie.

Vom reformirten Theil des Jura fehlte fast jede Nachricht. Von Biel finden wir, dass schon 1528 ein Schulmeister zum Prediger befördert worden ist. Da Bern das Erguel und Münster mit Waffengewalt zur Reform bekehrte und dabei vertheidigte, so muss es der Regierung zum Mindesten so nahe gelegen sein, die reformirt gewordenen Bisthümler im neuen Glauben hieb- und stichfest zu machen, d. h. zu unterrichten, als seine eigenen Unterthanen und wie es später mit der Waadt verfuhr. Aus solchen Religionslehren werden aber zweifelsohne auch im aufgeklärtern vordern Jura bald Jugend- und weltliche Schulen entstanden sein.

Die bischöfliche allgemeine Schulordnung von 1784 nun schreibt vor: Wahl des Lehrers durch den Bischof aus einem Dreiervorschlag der Gemeinde, bestehend aus Bewerbern, welche vom Pfarrer und Oberamtmann fähig erklärt worden.

Neben wenigen zweckmässigen Bestimmungen, wie z. B., dass kein Kind aus der Schule entlassen werden soll vor genügend bestandener Prüfung, und nachdem als Aufgaben der Unterricht im Christenthum, Lesen, Schreiben, Rechnen und Choralgesang bezeichnet sind, trifft diese sog. Schulordnung eine ganze Reihe von Verfügungen, durch welche der Lehrer durchaus nur zum willenlosen Werkzeug in der Hand des Geistlichen und zum blossen Kindertreiber gemacht wird. „Er steht unter dem Pfarrer und Oberamtmann und hat sich gegen sie mit gehöriger Ehrenbezeugung zu verhalten; er soll ärgerliche Vergehen der Jugend geheim halten, bis er sich mit dem Pfarrer wird unterredet haben (!); auch den ausserordentlichen Gottesdiensten beiwohnen und die Kinder überwachen; ohne des Pfarrers Erlaubniss nicht ausser dem Ort übernachten etc."

Ueber die Lehrereinkünfte war aber so zu sagen nichts bestimmt.

Die weltliche Oligarchie hatte die Zeichen der Zeit nicht beachtet, noch weniger die Theokratie. Sie fielen.

Unter der französischen Herrschaft gerieth das höhere Schulwesen, wie oben gezeigt, in vollständigen Verfall. Und das war nicht einmal schade und entsprach dem Prinzip der Revolution: liberté, égalité. Waren es ja doch nur Pfaffenanstalten und Schulen für bevorrechtete Stände, die dem nivellirenden Tritt der französischen Bataillone wichen.

Das Volk stand nicht zu seinem geistlichen Oberherrn!

Wenn auch während der französischen Besetzung nicht sichtbar aufgebaut wurde und wenn auch die Schulgesetzgebung der Nationalversammlung (zuerst obligatorische Volksschulen auf Staatskosten, dann 1802 nur Verpflichtung der Gemeinden zu Lieferung des Lokals und der Eltern zu Besoldung des Lehrers durch Schulgeld) für damals illusorisch blieb, so hatte doch der einkehrende Geist der Freiheit den Vortheil, dass er mit freiern Institutionen auch dem Schulwesen freiere Bahn ebnete. Es konnte nichts schaden, wenn auch einmal die Schulschranken niedergerissen wurden, selbst auf die Gefahr der Beschädigung des Gebäudes.

Mit dem österreichischen Generalgouverneur von Andlau kam sein Schwager de Billieux als Direktor über das ganze jurassische Schulwesen. Was dieser leistete, erhellt aus einem spätern Bericht von 1828, worin er vom Oberamtmann von Pruntrut als „blosser Figurant“ und Faullenzer bezeichnet wird.

Nach der Vereinigung des Jura mit dem alten Kanton Bern (1816), also unter der Restauration, wurde eine katholische Sektion des Kirchen- und Schulrathes gebildet.

In Betreff der höhern Schulen ist nun sehr bemerkenswerth, dass damals der Kleine Rath, hauptsächlich auf die Bemühungen des für das höhere Schulwesen Berns ebenfalls sehr verdienten Kanzlers von Mutach hin, schon im November 1816 in das jurassische Schulwesen energisch eingriff, indem er festsetzte, was für die Kollegien in Pruntrut und Delsberg und für die behufs Bildung reformirter Geistlicher in Biel zu gründenden Anstalt von den einzelnen Städten und Bezirken und anderseits vom Staat zu leisten sei. Administrationsräthe, von der Stadtverwaltung gewählt, sollten diese Anstalten verwalten nach näherer Instruktion. Nach Erhöhung der Staatsbeiträge 1818 und 1822 verabfolgte die Staatskasse: an Pruntrut Fr. 4725, an Delsberg Fr. 1350 und für Biel Fr. 5025. Die Burgergemeinden hatten zu leisten neben den Lokalien: Biel Fr. 1600, Delsberg Fr. 3000, Pruntrut sollte Fr. 2025 beitragen, liess aber Fr. 1200 durch einen Theil der Einregistrirunsgebühren bezahlen und kaufte schliesslich dieses Servitut gegen Fr. 24,000 los, trug bis 1840 selbst nur circa Fr. 800 und von da an nichts mehr bei. Trotz dieser geringen Leistungen nahmen die Burgergemeinden diese Schulen als *ihre* Anstalten in Anspruch (vgl. Dr. Kummer).

Noch einmal, im Jahr 1817, machte der Staat eine Anstrengung, das höhere jurassische Schulwesen zu ordnen durch eine Verordnung des Kirchenrathes, nach welcher Lehrerwahlen, Unterrichtspläne und Rechnungen von ihm genehmigt werden sollten. Bei der blossen Vorschrift blieb es aber schon unter der Restauration wie noch lange nachher. Die Städte machten was sie wollten, Pruntrut errichtete 1821 sogar ein Priesterseminar und die Regierung war so schwach, sich nur die freie Verfügung über dessen Existenz vorzubehalten.[1]

Die reformirte Bieler Schule dagegen wurde 1829 genau inspizirt und ungeachtet des Widerspruchs des Verwaltungsrathes bedeutend verbessert.

Noch schlimmer erging es der *Volksschule* im katholischen Landestheil unter dem doppelten Regiment des Klerus und des kantonalen Kirchenrathes. Die Vereinigungsurkunde hatte u. A. bestimmt: Art. 6. In den Gemeinden, welche die gedachten (katholischen) Kirchhören bilden, sollen sich die Lehrer und Professoren der öffentlichen Schulen zu der katholischen Religion bekennen.

Derart waren also die Einflüsse konfessioneller Natur auf die Regierung, dass sie von Vorneherein im Schulwesen eine Schanze gegen das staatliche Hoheitsrecht aufwerfen liess. So kam es denn auch, dass der Staat Bern (resp. der Kirchenrath) das katholische Volksschulwesen vollständig dem Klerus überliess. Der Studiendirektor war geblieben. Ein Beschluss der katholischen Sektion des Kirchenrathes von 1817 und ein vom Kirchenrath genehmigtes Schulreglement für den katholischen Leberberg bestätigte denselben als Aufsichtsbehörde auch über alle Landschulen. Er und nicht der Kirchenrath stellte die Fähigkeitsdiplome aus nach Prüfung mit dem oder auf Bericht des Pfarrers. Der von der Gemeinde gewählte Lehrer bedarf der Bestätigung durch die geistlichen Obern (Reglement von 1820; von weltlichen wird zwar auch gesprochen, sie sind aber nirgends zu finden). Der Pfarrer ist, wie vordem, der nächste Aufseher seiner Schule und — der Lehrer wenig mehr als sein Kultusdiener (vgl. Kummer, Schulgeschichte). Einzig in materieller Hinsicht beschäftigte sich der Staat mit dem jurassischen katho-

---

[1] Art. 3 der Vereinigungsurkunde hatte bestimmt: die Anstalten für den Religionsunterricht sollen fortbestehen, unterhalten und verwaltet werden auf die nämliche Weise, wie es bis dahin geschehen, namentlich die Pfarrschulen und die Kollegien zu Pruntrut und Delsberg. Die ihnen zugehörigen, nicht verkauften Liegenschaften und die noch vorhandenen Kapitalien (was überhaupt nicht als Nationalgut verkümmelt worden) werden ihnen zurückgegeben werden.

lischen Schulwesen durch Beiträge an Schulhausbauten und Gratifikationen. Ein Versuch, in der Schule auch die deutsche Sprache einzuführen, scheiterte ebenfalls an dem dolce far niente des Kirchenrathes.

Dagegen versprach sich der Kirchenrath viel von Gründung deutscher Schulen; die zehn von ihm in's Leben gerufenen erhielten jährliche Beiträge. Für Lehrerbildung geschah während dieser Periode im Jura nichts.

Ueberblicken wir das ganze Verhältniss des Staates zum Schulwesen des katholischen Jura bis 1830, so finden wir auch hierin nur eine Wiederholung der verhängnissvollen Neutralitäts- oder Nichteinmischungspolitik, deren sich der Staat seit 1816 im Kirchenwesen überhaupt (siehe oben), in der Civilstandsregistrirung (vergleiche unsere bezüglichen Berichte im statistischen Jahrbuch VI und VII), ferner im Steuerwesen und im Armenwesen (bezüglich auf den ganzen Jura) in Bezug auf den neuen Kanton schuldig gemacht hat.

Was der Jura Gutes hatte, wie z. B. den code civil, den Strafkodex, das Ortsbürgerrecht, das suchten die Männer einer veralteten Zeit zu „restauriren", d. h. auf den alten Standpunkt zurück zu führen; sogar gegen den Willen des jurassischen Volkes [1]. Aber unbedenklich überlieferten sie die Pflanzstädten des Staatsbürgerthums, die Schule, einer ewig staatsfeindlichen Hierarchie. Die raison d'Etat, mit der Klerisei, zu Gunsten ihrer Pläne gut zu stehen, liess sie den durch Jahrhunderte im alten Kanton streng geübten staatsrechtlichen Grundsatz der staatlichen Aufsicht der Kirchenschulen einfach bei Seite schieben. Der Staat begab sich seiner Hoheitsrechte; noch heute leidet er an den Folgen und mit ihm die von ihm vernachlässigten jurassischen Katholiken. Allerdings ist der Kirchenrath an dieser Vernachlässigung rücksichtlich des Schulwesens hauptsächlich Schuld, indem er, als die Regierung auf dessen Antrag hin, von den Mitgliedern des katholischen Kirchenrathes Gutachten einholte und diese nicht nur das Oberaufsichtsrecht der Regierung ausdrücklich anerkannten, sondern verlangten, die Regierung solle dem Studiendirektor regelmässige Schulinspektionen zur Pflicht machen und den Oberamtmännern die Lehrerbestätigungen, sowie die Obsorge, dass auch in weltlichen Fächern unterrichtet werde, übertragen, — nicht zufrieden war und erst noch die katholischen Oberamtmänner darüber anfragten (1828)!

Das waren die Folgen des reformirt-geistlichen Schulregimentes. Der sonst gute Verwaltungsbericht von 1814—1830 schweigt fein klüglich über alles dieses und kennt nicht einmal die Zahl der jurassischen Volksschulen.

[1] Wie z. B. an Platz des code die alten us et coutumes, die kaum mehr bekannt waren, Wiedereinführung der Burgerrechte etc.

Von 1831—1846.

In den 30er Verfassungsstürmen wurden von einigen zwanzig Gemeinden Wünsche nach Verbesserung des Schulwesens geäussert. Man darf sich nicht wundern, dass der Ruf nicht lauter wurde. War doch das Volk vor Allem mit der Erlangung seiner politischen Freiheit beschäftigt, auf Grund welcher erst eine wirkliche Volksbildung geschaffen werden konnte.

Nachdem die Hauptziele der Revision sicher gestellt waren, erklärte der § 12 der Verfassung: Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, der für die untern Schulen vorgeschrieben ist. Die Sorge für Erziehung und Unterricht der Jugend ist Pflicht des Volkes und seiner Stellvertreter. Der Staat soll die öffentlichen Schulanstalten und Bildungsanstalten unterstützen und befördern.

Das Prinzip der Volks-Schulbildung und der Staatshülfe war zum ersten Mal (abgesehen von der Helvetik) positiv anerkannt. In warmen und von tiefer Einsicht zeugenden Worten wird die Volksbildung den künftigen Gesetzgebern im Uebergangsgesetz „vor Allem und ganz besonders empfohlen". Im gleichen Jahr 1831 wurden neben Spezialkommissionen für die Reform der höhern Schulen eine allgemeine Landschulkommission vom Grossen Rath selbst gewählt und aus dieser vom Regierungsrath eine engere Schulkommission aus sechs Pfarrern und einem Privatlehrer gebildet, welche zunächst Vorlagen für das Volksschulwesen ausarbeiten sollte.

Es muss nun anerkannt werden, dass das Erziehungsdepartement sowohl für die höhern als für die Primarschulen einen werkthätigen Eifer entwickelte und materiell und auf dem Administrationswege möglichst nachhalf. Sommerschulen, Mädchenarbeits- und Kleinkinderschulen wurden durch Staatsbeiträge in's Leben gerufen etc. Eine grundsätzliche legislative Reform liess aber auf sich warten. Im Jahr 1832 wurde eine provisorische Schulordnung und ein Gesetz über Privatunterricht erlassen. Erstere setzte nun endlich besondere Schulkommissionen (in welchen immerhin der Pfarrer „von Amtswegen") an Platz der sittengerichtlichen Schulaufsicht; die Schulkommission konnte den Vorschlag des Schulkommissärs (Pfarrers) für Lehrerwahlen vermehren. Die Kommissärs erhielten eine schärfere Instruktion. 1833 und 1837 wurde ein Kredit für Unterstützungen und Leibgedinge an Lehrer bewilligt (Fr. 3000 resp. 7000 a. W.).

Endlich waren auch die Generalreformen vorbereitet.

Zunächst im *höhern Schulwesen.* 1834 wurde die Hochschule und das höhere Gymnasium geschaffen. Ein Gesetz für die Progymnasien und Sekundarschulen kam nach einem fehlgeschlagenen Versuch erst 1839 zu Stand.

Der Chef des sonst thätigen Erziehungsdepartements selbst hatte sich überzeugt, „dass das Land keine Progymnasien, sondern nur etwas mehr als die Primarschulen verlangt.“

Indessen waren diese Anstalten durch gemeinsames Wirken von Staat und Behörden doch wesentlich gefördert worden. 1839 wurden 17 Sekundarschulen vom Staat unterstützt. Das Gesetz von 1839 aber verhinderte nur die Errichtung einer grössern Zahl von Sekundarschulen und leistete weiter nichts.

Für die *Volksschule* hatte man von der neuen Ordnung der Dinge am meisten erwartet und sie bedurfte auch am meisten einer energischen Förderung. Stand es doch noch 1831 so traurig mit derselben, dass circa $^2/_3$ der Lehrer nicht über 40 Kronen = Fr. 144 bezogen und dass manche Thalschaften überhaupt im Schulwesen nicht besser standen, als in der Zeit des alten Berns. Verschiedene provisorische und vorbereitende Massregeln suchten den Mängeln abzuhelfen; der Staat nahm eine positive, kräftigere Stellung gegenüber den Gemeinden ein. Nach langen Berathungen und auf Grund verschiedener Entwürfe erblickte endlich das Schulgesetz von 1835 das Licht der Welt.

Die Hauptgrundsätze desselben sind: 1) Obligatorium des Unterrichts; 2) die Primarschulen sind von Staatswegen angeordnete Erziehungs- und Unterrichtsanstalten; 3) bedeutend erweiterte Aufgaben im Unterricht weltlicher Fächer und damit ein entschiedenes Abgehen von der blossen Kirchen- und Religionsschule; 4) Bestimmung des Schulalters und der Schulzeit; 5) Beaufsichtigung und Besorgung der Schulangelegenheiten durch eine neue Ortsschulkommission und den Einwohnergemeinderath, Beibehaltung der alten Bezirksschulkommissäre mit nur Fr. 100 Maximalbesoldung (entgegen den Anträgen auf besondere, technische Inspektorate); 6) der wichtigste Punkt aber, die conditio sine qua non fortschrittlicher Schulpolitik, nämlich die Frage der Besoldungen und die Leistungen der Gemeinden und des Staates wurde höchst unglücklich, mit jener der 30er Periode anhaftenden Zögerung und Halbheit behandelt.

Die Gemeinden sollten für Schullokale und Lehrerwohnung, ferner für die Lehrmittel armer Kinder sorgen. In Betreff der Besoldungen dagegen wurde, entgegen den Anträgen der vorberathenden Schulkommissionen auf Festsetzung eines Minimums, dem Erziehungsdepartement einfach Kompetenz ertheilt, die Schulgemeinden zur Erhöhung zu geringer Besoldungen anzuhalten; genügt die Erhöhung nicht oder kann der Schulkreis diese nicht aufbringen, so wird der Regierungsrath einen Beitrag bewilligen und dafür soll ein Kredit (anfangs Fr. 40,000) eröffnet sein. Das war eine gefährliche Halbheit um so mehr, als das Gesetz die Wahl der Lehrer durch die Gemeinde (Gemeinderath) unter Vorbehalt der Bestätigung des Erziehungsdepartements einführte. Als die Einführung eines Besoldungsminimums im Grossen Rath nicht gelang, sah derselbe auch von einer periodischen Wiederwahl ab, so dass das Gesetz stillschweigend die Wahl auf Lebenszeit begründete. Die Mängel dieses Systems suchte man dadurch zu paralisiren, dass bei einer Besoldungserhöhung um $^1/_3$ oder mit Zustimmung der Centralbehörde auch bei einer geringern, die Stelle ausgeschrieben werden konnte.

7) Für Schulhausbauten, Mädchen-, Primar- und Arbeitsschulen wurden Staatsbeiträge in Aussicht gestellt. 8) Der Staat sollte auch für Errichtung von Lehrerbildungsanstalten sorgen; das sollte ein Hauptzweck des neuen Gesetzes sein.

Der ganzen, legislatorisch bedeutenden Arbeit fehlte aber vor Allem die finanzielle Grundlage. Hatte schon das Gemeindegesetz von 1833 der Einwohnergemeinde grosse Lasten übertragen ohne ihr die entsprechenden Hülfsmittel von Seite der Burgergemeinde zuzuweisen, so darf es nicht wundern, dass nun gar für das Schulwesen, über dessen wirthschaftliche und sozial-politische Bedeutung das Volk noch nicht aufgeklärt war, nur geringe Mittel zu Gebot standen, zumal das erste Feuer für „Volksbildung“ stark am Erlöschen war.

In der Ausführung des Gesetzes wurde nun vor Allem die Bildung von Lehrkräften betrieben, die Seminare in Münchenbuchsee und Pruntrut, 1838 auch ein Lehrerinnenseminar in Oberbipp (später nach Hindelbank verlegt), gegründet und unterdessen die Normalkurse fortgesetzt. Den jurassischen Lehrschwestern gab man Stipendien, mit welchen sie einen Kurs im Kloster zu St. Ursanne durchmachten, sich aber, vom Bischof von Besançon unterstützt, sogar weigerten Prüfungen zu bestehen, nur von ihren Ordenshäusern anstellen liessen und überhaupt bis 1868 gegen den Staat direkt renitent verhielten, obgleich schon 1845 in Delsberg ein staatliches Lehrerinnenseminar errichtet worden war.

In Betreff der Primarschulen ist es nicht zum Verwundern, dass die Ausführung des Gesetzes dem Willen desselben nicht entsprach. Allerdings wurde der Lehrerstand in dieser Periode bedeutend gehoben, Lehrmittel ausgearbeitet, die Schulen vermehrt etc., allein bei der Zwitterstellung der Einwohnergemeinde fehlte es derselben wirklich an genügenden finanziellen Mitteln und die Staatsunterstützungen bildeten im Ganzen doch nur einen geringen Beitrag. Die schlechten Lehrerbesoldungen vereitelten natürlich alle Anstrengungen für Heranbildung tüchtiger Lehrkräfte zum grossen Theil; die Besoldungen wurden sehr unregelmässig ausbezahlt. Im Volke selbst war das Interesse am Schulwesen erschlafft, wozu ärgerliche Schulstreite nicht wenig beitrugen. Die Gemeinden suchten möglichst zu sparen und die Schulkommissäre entwickelten wenig Energie.

Im katholischen Jura blieben die Schulen vollständig dem Klerus überlassen; der Staat leistete nur Geldbeiträge.

Nicht weniger wichtig für die Jugendbildung sind die Gründungen von Armen-Erziehungsanstalten, Rettungsanstalten u. dgl. meist durch Vereine, zum Theil mit Staatsunterstützung, dann die Errichtung von Lehrer-, Volks- und Jugendbibliotheken.

Die 46er Periode.

Das grösste Verdienst der 46er Periode im Schulwesen liegt gerade in der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinden.

Hatte die 31er Verfassung die Organisation und Administration des Schulwesens als Staatssache erklärt, die materiellen Leistungen aber den kraftlosen Einwohner-Gemeinden überlassen, unter geringer Staatshülfe, so erklärte nun die Verfassung von 1846 positiv: Es ist Pflicht des Staates und der Gemeinden, die Volksschulen möglichst zu vervollkommnen. Das Gesetz bestimmt das Beitragsverhältniss der Gemeinden. Der Staat sorgt auch für den höhern Unterricht.

Es ist bemerkenswerth, dass der Entwurf der Redaktionskommission nur bei dem Grundsatz der 31er Verfassung bleiben, also im Schulwesen nicht, wie im Armen- und im Gemeindewesen, zentralisiren wollte. Offenbar lag dabei die Befürchtung zu Grunde, der Staat möchte zu stark belastet werden. Allein schon in der 27er Kommission verwendeten sich die Führer der Liberalen, vorab Stämpfli und Imobersteg, energisch für eine kräftige Förderung des Schulwesens und diese lag vor Allem in der Kräftigung der finanziellen Grundlagen durch grössere Centralisirung. Der Artikel ging infolge dessen in der jetzigen Fassung schon in der Vorberathungskommission durch. Die Erkenntniss, dass die Volksbildung durchaus gehoben werden müsse, und dass anderseits die Gemeinden dazu zu schwach und auch zu willenlos seien, hat hauptsächlich den ganz richtigen und einzig wirksamen Grundsatz der Staatsschule unter materieller Betheiligung der Gemeinden in die jetzige Verfassung gebracht.

Allerdings ist die Letztere hinsichtlich der Uebernahme materieller Leistungen durch den Staat dem Wortlaut und dem Sinn und Geist nach zu weit gegangen. Es waltete eben damals die Tendenz bei den Gemeinden und Landestheilen ob, möglichst viel auf die Schultern des Staates zu wälzen. Die seitherige Ausführung hat aber die zu grossen Erwartungen von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates und des neuen Steuersystems auch in Bezug auf das Schulwesen von selbst einer Korrektion unterworfen.

Die Organisation des Schulwesens wurde noch enger centralisirt durch die Aufstellung einer Synode mit Antrags- und Vorberathungsrecht, der positiven Uebertragung der Schul- und der Unterrichtsorganisation an das Staatsgesetz und die Vorschrift sofortiger Erlassung eines solchen.

Allein die Ausführung litt unter den politischen Stürmen und dem Finanzmangel infolge der von der 30er Periode übernommenen grossen Strassenbau-Ausgaben, den Militärlasten und dem Ausfall von Steuern, so dass, als der treffliche Organisationsgesetzentwurf von 1849 gerade vor den Wahlen und in der Zeit heftigster reaktionärer Strömung erschien, an eine Behandlung nicht mehr zu denken war.

Dagegen zeigte sich die organisatorisch und gesetzgeberisch bedeutende Thatkraft jener Zeit in der Organisation der Schulsynode, der Seminare, der Errichtung von Armenanstalten.

Der Hochschule aber schadete das durch die aufgeworfene Frage einer eidg. Hochschule entstandene Provisorium, wie den Mittel- und Primarschulen die unsichere Stellung der Lehrerschaft und die beständig hängende Organisationsfrage sowie religiös-politische Hetzereien nicht wenig. Der katholische Jura hielt auch in dieser Fortschrittsperiode den klerikalen Charakter für seine Schulen fest und als die Regierung die ungesetzlichen, unpatentirten Ursulinerinnen durch Seminaristinnen von St. Ursanne ersetzen wollte, kam es zu heftigen Unruhen. Die infolge dessen beschlossene Ausweisung der Lehrschwestern und die Aufhebung des Ordens kam aber nicht mehr zur Vollziehung, sondern half den Sturz der radikalen Regierung beschleunigen.

Die Zeit der Reaktion. 1850—1854.

Wenn man auch von allen politisch und wirthschaftlich retrograden Bewegungen absehen wollte, die 1850/54er Periode verdient doch das Epithat: „Zeit der Reaktion“ im Schulwesen in vollstem Masse. Die Verwaltungsberichte selbst geben davon beredtes Zeugniss.

Dass das Facit der Schulpolitik der Männer von 1850 nicht sowohl das Resultat einer absolut retrogaden Tendenz im Schulwesen selbst, sondern vielmehr die Frucht jener unseligen Stabilitätspolitik und absichtlich ängstlichen, einseitigen Finanzpolitik war, die jene Periode im Effekt als durchaus retrograd charakterisirt, kann mit Rücksicht auf das Schulwesen am allerwenigsten als Entschuldigungsgrund dienen.

Die Hochschule und zum Theil das obere Gymnasium litten wesentlich unter politischen Influenzen; die Mittelschulen blieben zwar quantitativ gleich, kamen aber nicht im Geringsten vorwärts.

Die stärkste negative Aufmerksamkeit wendete aber die Regierung dem damals noch wichtigsten Punkt der Volksschule, d. h. den Seminarien zu. Das Seminar in Münchenbuchsee, sagt Dr. Kummer, war weit weniger

wegen übertriebener wissenschaftlicher Tendenz (der Bericht von 1850/54 tadelt „Vielwisserei") als desshalb verhasst, weil man in ihm eine Pflanzschule radikaler Lehrer sah! Das Seminar wurde also einfach aufgehoben, der Direktor Grunholzer und Turnlehrer Niggeler von einem Tag auf den andern entlassen; ohne die Behandlung eines neuen Gesetzes abzuwarten, reduzirt die Regierung Lehrer und Zöglinge so viel möglich, lässt die gesetzlichen Wiederholungskurse nicht mehr abhalten, ersetzt die austretenden Zöglinge der Seminare in Pruntrut und Delsberg nicht mehr und hat die Stirne im 1850/54 Verwaltungsbericht diese Beschneidungen der Wurzeln des Volksschulwesens durch den Nachweis zu zeigen und mundgerecht zu machen, dass für die Lehrerbildung in Münchenbuchsee fast die Hälfte, in Pruntrut $^1/_3$ und in Delsberg fast $^1/_3$ weniger ausgegeben worden sei als in der vorigen liberalen Periode! Das durfte und konnte man damals dem Bernervolk bieten und zwar nicht nur infolge der verfehlten Abberufung, sondern ebenso sehr dasshalb, weil es nun einmal eine ausgeprägte Eigenthümlichkeit des Nationalcharakters ist, sofort beim Eintreten verschlimmerter ökonomischer Zustände Steuerrenitenz und Reduktion der wichtigsten Staatsleistungen in allen Tonarten zu verlangen. Und obschon die Volkseinsicht und der Volkswille für die Schule weit günstigere Aussichten zeigen, so lässt sich eine Spur dieses psychologischen Vorganges in unsern heutigen Bewegungen auch hinsichtlich des Schulwesens leider nicht verkennen.

In Betreff des katholischen Juras handelte die Regierung zu Gunsten der Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit der römischen Hierarchie noch weit willfähriger als die Restauration. An Stelle des paritätischen Seminars in Pruntrut trat eine bedeutend reduzirte *katholische* Anstalt für 12 Zöglinge, und an Platz des Lehrerinnenseminars in Delsberg (aufgehoben) gab man Stipendien und überlieferte neuerdings damit die Bildung weiblicher Lehrkräfte der römischen Klerisei und den Klöstern, betreffend welcher der Abschaffungs- und Ausweisungsbeschluss von 1849 einfach aufgehoben ward!

In Betreff der Schule selbst verfolgte ein Primarschul-Gesetzentwurf von 1851 wesentlich die Rückkehr zur alten, vor 1831 bestandenen Kirchenschule zum Glück in so auffallendem Grade, dass der Entwurf nicht zur Behandlung im Grossen Rath gelangte.

Dass die Schuladministration bei solchen Tendenzen kaum gehandhabt wurde, und dass die Regierung für gerathener fand, die Gemeinden nicht für die Schule anzuregen, sondern dieselben einfach machen liess, was sie wollten, ist leicht erklärlich. Von 1853 auf 1854 gingen sogar 4 Schulen ein.

Im katholischen Jura vollends ging ein grosser Theil der Kinder nicht einmal zur Schule.

Die ganze Epoche wird am Besten durch die folgenden Staatsausgaben charakterisirt (nach Dr. Kummer):

Staatsleistungen	1853. Fr.	1849. Fr.	1839. Fr.
Primarschulen . . .	307,375	307,336	266,165
Mittelschulen . . .	66,705	71,441	48,859
Kantonsschulen . . .	47,634	44,467	43,465
Seminare und Kurse .	33,333	70,605	77,302
Hoch- und Thierarzneischule	100,473	109,061	113,855
Im Ganzen	579,969	630,853	581,763

(Fortsetzung folgt).

II.

Statistik der Staatsleistungen, welche einzelnen Landestheilen, Gemeinden und Bezirken direkt und speziell zu gut kommen.

A. Eisenbahnen.

Die Leistungen für das Eisenbahnwesen figuriren in der laufenden Rechnung der Staatsausgaben nur zum geringsten Theil. Der grösste Theil der faktischen Subventionen ist in Form von Aktienbetheiligung gemacht und daher in der Vermögensrechnung gebucht.

Die Staatsleistungen für die einzelnen Bahnnetze beziffern sich wie folgt:

I. Kapital.

1) *Centralbahn,* 21. Oktober 1854/8. Januar 1855, Aktienbetheiligung des Staats 2 Millionen.[1]

2) *Ostwestbahn,* 18. November 1858, Aktienbetheiligung 2 Millionen.

3) *Frühere bernische Staatsbahn* (Bern-Biel-Neuenstadt und Bern-Langnau).

a. Anleihen für Ankauf und Vollendung der Ostwestbahn, von 1861:

in Schuldscheinen à 4 % Fr. 4,000,000.[2]
Anleihen à $4^1/_2$ % „ 12,000,000.

Die Kaufsumme betrug Fr. 7,000,000.

b. Das Anleihen von Fr. 2,000,000 für die Centralbahnbetheiligung im Jahr 1855[3] wurde später für die Ostwestbahn verwendet (s. Beschluss vom 26. Mai 1864) in der Weise nämlich, dass der Staat seine Betheiligung bei dem Ostwestbahnunternehmen mit Centralbahnaktien im Betrag von Fr. 2,000,000 ausbezahlte (Verwaltungsbericht 1865). Dieses Centralbahnanleihen wurde auf 12. Juli

[1] Weitere Fr. 2,000,000 von Gemeinden.

[2] Dekret vom 29. August 1861/10. Februar 1862.

[3] In Partialschuldscheinen, nicht vor 1860 aufkündbar, à $4^1/_2$ %.

1865 fällig und da überdies das Anleihen von 1861 von Fr. 16,000,000 (Ankauf Fr. 7,000,000) für die Bahnvollendung nicht genügte, so wurden für letztern Zweck fernere Fr. 1,500,000 und für die Erneuerung des Centralbahnanleihens von 1855 weitere Fr. 2,000,000 neu aufgenommen, die ganze Summe à 4½ %.

Der Bau der Staatsbahn kam jedoch auf Fr. 18,100,000 zu stehen, so dass Fr. 600,000 fehlten, welche im Jahr 1865 (9. März) zu einem fernern Anleihen von diesem Betrag führten, ebenfalls à 4½ %.

In Betreff der Kurse ist zu bemerken, dass von der Kaufsumme von Fr. 7,000,000 Fr. 3,000,000 in Baar und Fr. 4,000,000 in 4 % Staatsschuldscheinen, nach 10 Jahren fällig, bezahlt wurden.

Das Anleihen von Fr. 12,000,000 (worin also die Fr. 3,000,000 Baarzahlung inbegriffen) wurde à 4½ % zum Kurse von 100 ¼ [1] negozirt, so dass wahrscheinlich die Anleihenskosten durch den über pari stehenden Kurs gedeckt waren.

4) *Gotthardbahn.* Durch Beschluss vom 10. März 1870 wurde an dieses Unternehmen Fr. 1,000,000 à fonds perdus bewilligt.

5) *Bern-Langnau-Luzernbahn.* Der Ausbau der Bahn wurde mit Dekret vom 20. Januar 1872 vom Volk genehmigt. Die Staatsbetheiligung war:

a. Einschuss der Linie Gümligen-Langnau zum Preis und gegen Aktien im Betrag von Fr. 6,600,000.

b. Durch Uebernahme gewöhnlicher Aktien im Betrag von Fr. 1,750,000.

Jeder der betheiligten Kantone Bern und Luzern sollten an gewöhnlichen Aktien je Fr. 2,000,000 übernehmen, wovon Bern Fr. 250,000 den betheiligten Gemeinden überband. Für Ausrichtung der Betheiligung von Fr. 1,700,000 wurden im Jahr 1874 gemeinsam mit dem Jurabahnanleihen Fr. 8,700,000 à 4½ %, rückzahlbar von 1875—1900 aufgenommen.

c. Ferner wurde ein Bauvorschuss geleistet im Betrag von Fr. 935,000.

d. In der Liquidation des Unternehmens wurde die Bahn Bern-Luzern zurückgekauft um Fr. 8,475,000 und zum Zweck des Ausbaues, der Deckung der nächsten Betriebsdefizite und der Ausbezahlung der Obligationäre ein Anleihen aufgenommen von Fr. 10,000,000.

Die Addition der Summen *a—d* für die Bern-Luzernbahn gibt Fr. **17,760,000**, oder wenn man gleich die ferneren Kosten d. h. statt nur den Ankaufspreis von Fr. 8,475,000 das Anleihen von Fr. 10,000,000 in Rechnung bringt, **Fr. 19,285,000.**

6) *Das Jurabahnnetz.* Der Staat hat sich bisher an diesem nationalen Unternehmen nach Massgabe des Dekrets vom 2. Februar 1867, vom 26. Februar 1873 und des Vertrags vom 4. Dezember 1874 mit Kapitalleistungen wie folgt betheiligt:

a. Für die Stammlinie Biel-Sonceboz-Tavannes	Fr. 4,500,000
b. Für die Abzweigung von Sonceboz nach Convers mit	„ 1,700,000
c. Für die Linie Pruntrut-Delle . .	„ 750,000
Im Ganzen für das engere Netz . .	**Fr. 6,950,000**

alles in Form von Aktienübernahme.

Ferner betheiligte sich der Staat an der Ausführung des ganzen Jurabahnnetzes, d. h. im Fall des weitern Baues der Linien Dachsfelden-Basel und Dachsfelden-Pruntrut;

d. Durch den Einschuss der Staatsbahnlinie Zollikofen-Biel-Neuenstadt gegen Aktien. Der Betrag soll den Kostenwerth repräsentiren, d. h. diejenige Summe, welche zur Zeit der Uebertragung an die Jurabahn auf die betreffenden Strecken verwendet sein wird.

Im Dekret betreffend den Finanzausweis der Jurabahn und Erklärung der Uebertragung der Linien Bern-Biel-Neuenstadt wurde der Kostenswerth auf den 31. Dez. 1871 auf Fr. 10,817,785 bestimmt. Bei der Uebergabe auf Ende Mai 1877 betrug der Baukonto Fr. **11,560,000**, wofür der Staat Aktien erhielt. In dieser Summe ist inbegriffen:

Das seiner Zeit für die Bern-Luzernbahn ausgeschiedene Rollmaterial wurde der Jurabahn gegen Aktien um den Betrag von Fr. 327,285 übergeben; der wirkliche Werth, welcher als Subvention angesehen werden kann, betrug jedoch nur Fr. 282,805.

Hiemit verhält es sich so. Nach den Berichten der Eisenbahndirektion kostete die Erstellung der in das Bern-Luzernbahn-Unternehmen eingeschlossenen Linien Gümligen-Langnau *mit* dem Rollmaterial die angerechneten Fr. 6,600,000 (Tagbl. 1871, S. 146). Letztere Linie wurde durch Dekret vom 3. November 1871 um die oben genannte Summe *ohne* Rollmaterial eingeschlossen. Ferner wurde Neuenstadt-Biel-Bern durch Dekret vom 26. Februar 1873 der Jurabahn abgetreten. In dem vorläufigen Preis von Fr. 10,817,785 war der Theil des Rollmaterials, welcher nach dem Bahnlängenverhältniss auf die an die Jurabahn abgetretene Linie kam, inbegriffen. Dagegen blieb aber das Rollmaterial für Gümligen-Langnau dem Staat verfügbar. Nun hatte das Dekret vom 20. Januar 1872 die Bern-Luzernbahn-Gesellschaft verpflichtet, auf Verlangen des Staates Bern das Rollmaterial um einen per Expertise zu bestimmenden Werthpreis zu kaufen, falls der Staat den Betrieb der ganzen Bahn Bern-Luzern nicht selbst übernehme.

[1] S. Verwaltungsbericht 1861, S. 113.

Der Grosse Rath zog jedoch vor, das gesammte Material der Jurabahn um den Kostenpreis zu verkaufen, welcher für das Rollmaterial für Bern-Langnau Fr. 327,285 betrug, statt der Bern-Luzernbahn um nur Fr. 282,805 Werthpreis. Dadurch wurde der Uebernahmspreis für die Linie Bern-Biel-Neuenstadt auf Fr. 11,557,785 erhöht (Vertrag des Regierungsrathes vom 28. November 1874.)[1]

Der Uebernahmspreis für die Linie Bern-Liel-Neuenstadt von Fr. 10,817,785 auf 1. Dezember 1871 mit dem Rollmaterial Fr. 11,557,785 erhöhte sich bis zum Tag der Uebergabe an die Jurabahn (23. Mai 1877) um Fr. 1782, nach Abrundung auf Fr. 11,560,000 wie oben verrechnet.

Die Addition der Summen von *a* bis *d* ergibt eine Aktienbetheiligung des Staates von Fr. **18,510,000**, wovon in Baar entrichtet nur Fr. **6,950,000**.

7. *Broyethalbahn.* Durch Spezialdekret vom 20. Jan. 1872 sprach der Staat diesem Unternehmen eine einmalige Subvention in Form von Aktienübernahme von Fr. 500,000 zu. Da der bernische Theil Lyss-Fräschelz am 30. Mai 1873 an die Jurabahn überging, so kann die Subvention auch dort in Berechnung fallen.

Versprochene Subventionen finden wir nach dem allgemeinen Subventionsdekret vom 28. Februar 1875 folgende:

1. Für die Linie Brienz-Meiringen-Brünig-Vierwaldstättersee . . . . . Fr. 2,500,000
2. Für die Linie Thun-Konolfingen . . „ 800,000
3. „ „ „ Lyss-Zofingen . . . „ 2,000,000
4. „ „ „ Burgdorf-Langnau . „ 800,000
5. „ „ „ Bern-Thun durch den Amtsberzirk Seftigen.
6. „ „ „ Thun-Därligen.
7. „ „ „ Interlaken-Brienz.
8. „ „ „ Thun-Bulle durch das Simmenthal.
9. „ „ „ Huttwyl-Sumiswald-Goldbach, eventuell Walkringen.
10. „ „ „ Langenthal-Huttwyl.
11. „ „ „ Cornaux-Müntschemier-Aarberg.
12. „ „ „ Müntschemier-Laupen-Thörishaus.

Für die Linien 5—12 jeweilen $^1/_4$ der Baukosten, im Maximum Fr. 50,000 per Kilometer.

Die Subventionszusicherung fällt für die unter 1—4 bezeichneten Linien nach 6, für die übrigen Bahnen 12 Jahre nach der Dekretsannahme durch das Volk, also 1881 und 1887 dahin.

[1] Betreffend Verzinsung des Rollmaterials siehe den Vertrag vom 4. Dez. 1874, Tagbl. S. 57.

1. Zusammenzug der Staatsbetheiligung bei den verschiedenen Bahnlinien.

	Fr.	Fr.
1. *Centralbahn*	2,000,000	**2,000,000**
2. *Ostwestbahn*	2,000,000	**2,000,000**
3. *Staatsbahn:*		
Ankauf	7,000,000	
Vollendung bis zur Uebergabe	11,160,000	
		18,160,000
4. *Jurabahnen:*		
a) Biel-Sonceboz . . .	4,500,000	
b) Sonceboz-Convers . .	1,700,000	
c) Pruntrut-Delle . . .	750,000	
Für die ganze Linie Einschuss von Bern-Neuenstadt laut Baukonto incl. Rollmaterial	11,560,000	
		18,510,000
5. *Bern-Luzern:*		
a) Einschuss von Bern-Langnau	6,600,000	
b) Subvention	1,750,000	
c) Vorschuss	935,000	
d) Rückkauf u. Vollendung	10,000,000	
		19,285,000
6. *Broyethalbahn* . . .	500,000	**500,000**
7. *Gotthardsubvention* zwar nur zum Theil ausbezahlt	1,000,000	**1,000,000**

In einfacher Aufrechnung hat also der Staat Bern von 1856—1877 den verschiedenen Bahnen, jede einzeln genommen ein Betheiligungskapital von **Fr. 61,455,000** beigeschossen.

2. Die wirkliche Subvention der Bahnen

ist dagegen nach der gegenwärtigen Theilung der Linien folgende:

Die Subvention von Fr. 2,000,000 ursprünglich an die Central-, dann für die Ostwestbahn kann zur Hälfte der Jura-, zur Hälfte der Bern-Luzernbahn zugeschieden werden.

1. *Jurabahnen mit Bern-Neuenstadt:*

	Fr.
a) Effektiver Einschuss von	6,950,000
b) Einschuss von Bern-Neuenstadt . .	11,560,000
c) Hälfte Ostwestbahnsubvention . . .	1,000,000
Summe für die Jurabahnen	**19,510,000**

wozu Fr. 500,000 für die im Jahr 1873 an die Jurabahn übergegangene Broyethalbahn.

2. *Jetzige Staatsbahn Bern-Luzern:*

	Fr.
a) Bauquote von Bern-Langnau . . .	6,600,000
b) Für den Ausbau: Subvention . . .	1,750,000
Vorschuss . . .	935,000
c) Rückkauf und Vollendung, Defizite .	10,000,000
d) Hälfte der Ostwestbahn	1,000,000
Total für die *Bern Luzernbahn*	**20,285,000**
3. *Broyethalbahn*[1]	500,000
4. *Gotthardbahn* bewilligt	1,000,000
Gesammtsumme der effektiven Leistungen	**41,295,000**

3. Die Eisenbahnanleihen

sind folgende (das Ostwest- resp. Centralbahnanleihen convertirt im Jahr 1864):

Vom Jahr.	Betrag.	Zins.	Ende 1877 amortisirt.	bleiben.
1861	4,000,000	4	170,000	3,830,000
1861	12,000,000	4½	900,000	11,100,000
1864	3,500,000	4½	—	3,500,000
1865	600,000	4½	—	600,000
1873/74	8,700,000	4½	—	8,700,000
1875	500,000	4½	—	500,000
1877	10,000,000	4½	—	10,000,000
Vorschuss	935,000		—	935,000
	40,235,000		**1,070,000**	**39,165,000**

4. Eisenbahn-Vermögensetat.

Den obigen Summen entspricht ein Aktienbesitz pro Ende 1877

1) von *Jurabahn*aktien Ende 1876 .	Fr.	6,950,000
wozu die weitern Aktien für die eingeschossene Linie und das Rollmaterial im Betrag von . . .	„	11,560,000
	Fr.	18,837,285
2) von *Broyethalbahn*aktien . . .	„	500,000
3) an *Centralbahn*aktien besass der Staat auf Ende 1877 noch . .	„	18,040
4) ein Werth der *Staatsbahn*, der nach jeweiligem Erträgniss zu berechnen ist		?

Der Reinertrag ohne Kapitalverzinsung (Pachtvertrag à forfait mit der Jurabahn) betrug vom 1. Februar 1877 bis Ende des Jahres Fr. 72,265, welche dem Oberbau-Erneuerungsfonds zuflossen; für das Jahr also circa Fr. 78,000 = einem momentanen Renditenwerth von nur Fr. 1,560,000.

Die Vermögensrechnung des Staates weist auf pro Ende 1877:

a) Staatsbahn, Baukonto	Fr.	19,731,451
b) „ Baukasse	„	202,834
c) Oberbau-Erneuerungsfonds . . .	„	300,000
d) Reservefonds	„	115,715
	Fr.	**20,350,000**

Zu der obigen Kapitalbetheiligung des Staats kommen noch:

II. Die Zinse der Anleihen, die Betriebsdefizite und die Kursdifferenzen resp. die Anleihenskosten.

Da die frühere bernische Rechnungsführung nur einen höchst oberflächlichen Einblick in den Finanzhaushalt gewährt, so ist eine absolut genaue Ausrechnung des Aufwandes für Eisenbahnzwecke nicht mehr möglich.

Diese Behauptung hat speziell Geltung für die Zinsenbilanz zwischen den aufgenommenen und den bis zur Auszahlung deponirten Geldern, sowie mit Rücksicht auf die Kursdifferenzen und Anleihenskosten überhaupt.

Wir geben hier das Resultat unserer Nachforschungen in den Staatsrechnungen, Verwaltungsberichten und Grossrathsverhandlungen resp. Beschlüssen seit 1854.

Das ursprünglich für die Centralbahn aufgenommene und 1859 für die *Ostwestbahn* verwendete *2,000,000 Anleihen* wurde durch Vertrag vom 12. März 1855 in Basel aufgenommen zu 4½ % nebst ½ % Provision. Verzinsung somit Fr. 90,450.

Bis zur Uebertragung dieses Anleihens zu Gunsten der Ostwestbahn lassen sich nach den Staatsrechnungen folgende „Unkosten und Zinse" berechnen.

1855	Fr.	30,647
1856	„	10,450
1857	„	10,450
1858	„	10,450
1859	„	10,450[1]
Summe	Fr.	72,447

Nach den Staatsrechnungen scheint die Centralbahn den Rest des Zinses bis auf Fr. 90,000 gedeckt zu haben.

Vom 1. Juni bis 7. Dezember 1859 wurden der Ostwestbahn in Centralbahnaktien Fr. 1,460,000 und der Rest der bewilligten Fr. 2,000,000 Anfangs 1860 ausbezahlt.

Ferner wurden der Gesellschaft im Jahr 1860 für Inbetriebsetzung der Linie Biel-Neuenstadt Vorschüsse gewährt in Form von Ankauf von Centralbahnaktien im Betrag von Fr. 510,000 mit terminirtem Rückkaufsrecht und Fr. 625,000 auf Obligationen mit faustpfändlicher Hinterlage von 1500 Prioritätsobligationen im Normalwerth von Fr. 750,00 à 5 % verzinslich (Verwaltungsbericht 1860, S. 167).

[1] 1873 von der Jurabahn übernommen.

[1] Nur im Zinsrodel verrechnet.

Diese Vorschüsse beliefen sich auf 1. Juli 1861 auf Fr. 1,771,232, welche in der Ankaufssumme sammt Zinsen voll verrechnet werden sollten (Verwaltungsbericht 1861, S. 114), so dass keine besondere Verrechnung nöthig ist.

Am 5/6. April wurde der Ankauf der Ostwestbahn auf bernischem Boden (Linien Biel-Neuenstadt und Gümligen-Langnau) beschlossen, am 10. Juni abgeschlossen, am 27. der Vertrag vom Grossen Rath ratifizirt und am 29. August der Ausbau, resp. der Bau der Strecke Bern-Biel beschlossen und am gleichen 29. August 1861 ein Anleihen dekretirt von Fr. 16,000,000, wovon Fr. 4,000,000 in Staatsschuldscheinen[1] à 4 % und Fr. 12,000,000 à 4 1/2 % und zum Kurse von 100 1/4.[2]

Im Jahre 1861 waren nicht alle Schuldscheine ausgegeben, nämlich Fr. 3,353,000 und vertragsmässig nur Fr. 6,700,000 à 4 1/2 realisirt.

Ende 1862 war noch nicht die ganze Kaufsumme ausbezahlt (bis an Fr. 117,020) und an verzinslichen Geldanlagen erscheinen noch Fr. 7,158,889. Die Einzahlungen waren dagegen voll geleistet und die Staatsschuldscheine ganz ausgegeben.

[1] Von der Kaufsumme von Fr. 7,000,000 Fr. 3,000,000 n Baar.

[2] Verwaltungsbericht 1861.

Ende 1863 belief sich der Baukonto auf Fr. 12,721,035 und die verzinslich angelegten Gelder auf Fr. 2,558,824; die Kaufsumme war voll entrichtet.

Bis dahin war die Anlehensverzinsung aus dem Baufonds der Fr. 16,000,000 erfolgt; im Jahr 1864 überschritt aber der Baukonto den Kredit, wesshalb ein neues Anleihen von Fr. 1,500,000 für den Bau und ein solches von Fr. 2,000,000 für Erneuerung des Ostwestbahnanleihens aufgenommen, sowie die Verzinsung des nun Fr. 19,500,000 starken Staatsbahnanleihens pro II. Semester 1864 und endlich der 1865 aufgenommenen Fr. 600,000 aus der laufenden Staatsverwaltung bestritten wurden. Von da weg berechnen wir den Zinsausfall in der folgenden Uebersicht separat.

Dagegen scheinen auch die von der Centralbahn für die von ihr pachtweise betriebenen Strecken gemachten Zahlungen im Staatsbahnkonto verrechnet zu sein.

Die Gesammtkosten des Staatsbahnbaues und Betriebs incl. Zinsenbilanz sind somit für die Jahre 1861 bis I. Semester 1864 verrechnet. Nimmt man dazu noch je Fr. 90,000 als Zinsverlust an den Fr. 2,000,000 Ostwestbahn pro 1860 und 1862 den in der Staatsrechnung pro 1861 angegebenen Zinsausfall von Fr. 58,482 und von 1864 ab Fr. 90,000, so erhalten wir als:

Staatsleistungen für Verzinsung, Anleihenskosten und Betriebsdefizite im Ganzen.

		Andere Anleihen und Defizite der Bernischen Staatsbahn				
	Ostwestbahn-Anleihen 2 Mill.	Verzinsung und Kosten aus der laufenden Verwaltung.				**Total Nettoausgaben für Staatsbahn.**
Jahre.	à 4 1/2 %.	Andere Anleihen Ende Jahrs.	Zinse und Kosten.	Betriebserträge.	Defizit.	
1860	90,000	[2]	—	—	—	**90,000**
1861	58,482	[2]	—	—	—	**58,482**
1862	90,000	[2]	—	—	—	**90,000**
1863	33,450[1]	[2]	—	—	—	**33,450**
1864	90,450	17,500,000	329,300[3]	140,026	189,274	**279,724**
1865	90,000	18,100,000	784,038	340,983	443,055	**533,055**
1866	90,000	18,100,000	796,669	271,990	524,679	**614,679**
1867	90,000	18,100,000	794,900	246,870	548,030	**638,030**
1868	90,000	18,100,000	794,859	353,631	441,228	**531,228**
1869	90,000	18,100,000	795,600	435,599	360,001	**450,002**
1870	90,000	18,100,000	795,691	528,454	267,237	**357,237**
1871	90,000	18,090,000[4]	797,019	738,284	58,735	**148,735**
1872	90,000	18,070,000	796,803 29,007[5]	666,035	159,775	**249,775**

[1] Nach Abrechnung von nachträglich bezahlten Marchzinsen von Fr. 57,000.

[2] Bis hieher aus dem Baufond.

[3] Nach Abzug von Fr. 67,612 Zinsertrag.

[4] Fr. 10,000 amortisirt im Jahr 1871.

[5] Für Pruntrut-Delle: Aufnahme eines provisorischen Anleihens. Nachkredit.

Jahre.	Ostwestbahn-Anleihen 2 Mill. à 4½ %	Andere Anleihen und Defizite der Bernischen Staatsbahn: Verzinsung und Kosten aus der laufenden Verwaltung. Andere Anleihen Ende Jahrs.	Zinse und Kosten.	Betriebserträge.	Defizit.	**Total Nettoausgaben für Staatsbahn.**
1873	90,000	18,050,000 2,500,000[1]	904,636	577,850 43,750[2]		
				621,600	283,036	**337,036**
1874	90,000	26,702,000	1,587,719 94,557[3]	634,375 70,000[2]		
			1,682,276	704,375	977,901	**1,067,901**
1875	90,000	26,390,000[5]	1,210,731	600,000	610,731	**700,731**
1876	90,000	26,560,000[6]	1,208,019	359,056	848,963	**938,963**
						36,000[4]
						974,963
1877	90,000	36,230,000[7]	1,188,392	72,265[8]	1,116,127	**1,206,127**
					Total 1855/77	**8,361,154**
					Dazu für das Centralbahnanleihen von 1856/60 wie hievor gezeigt circa	**72,447**
					Gesammtsumme	**8,433,601**

[1] Anleihen von 1873 in Fr. 8,700,000 inbegriffen.
[2] Ertrag der Bern-Luzernbahnaktien.
[3] Fällige Zinse an die Jurabahnen.
[4] Annähernder Zins der vom 27. Juli bis 23. Oktober eingezahlten Vorschussmillion.
[5] Fr. 330,000 amortisirt.
[6] „ 330,000 „ dagegen für die Broyethalbahn Fr. 500,000 neu aufgenommen, deren Verzinsung hier in der folgenden Kol. auch verrechnet ist.
[7] Für Bern-Luzern Fr. 10,000,000.
[8] Vom 1. Februar bis Ende des Jahres; dieser Nettoertrag wurde dem Oberbau-Erneuerungsfonds zugetheilt, ist somit als eventuell fragliche Bahnwerthvermehrung zu betrachten, während die Staatskasse das Zinsendefizit 1877 voll trug.

Für die Gotthardbahn sind keine Zinse zu verrechnen, da diese Subvention à fonds perdus aus der laufenden Verwaltung bestritten wird.

Die Zinse und Anleihenskosten des Anleihens von Fr. 10,000,000 für die Bern-Luzernlinie sollen vorläufig aus dem Anlehen selbst bestritten werden, so dass bis Ende 1877 jedenfalls hiefür nichts zu verrechnen ist.

III. Die Ausgaben für Förderung des Eisenbahnwesens im Allgemeinen

bestehen in den Kosten des Eisenbahnsekretariats, in allgemeinen Kosten für Aufsicht und Förderung des Eisenbahnwesens und in Vorstudien für die Jurabahnen. Die Sekretärstelle wurde 1856 errichtet.

Jahr.	Ausgaben.	Jahr.	Ausgaben.
1856	2,200	1861	2,600
1857	2,200	1862	2,600
1858	2,200	1863	29,611
1859	2,200	1864	22,775
1860	2,600	1865	18,284
1866	15,028	1873	13,279
1867	8,000	1874	12,224
1868	2,908	1875	12,732
1869	4,189	1876	13,324
1870	8,396	1877	12,494
1871	6,000		210,337
1872	14,493		

IV. Zusammenzug der Staatsleistungen für Eisenbahnen.

I. Kapitalbetheiligung	**Fr. 41,295,000**
II. Verzinsung der Anleihen, Defizite	„ **8,433,601**
III. Allgemeine Ausgaben	„ **210,337**
Total	**Fr. 49,938,938**

An diesen Staatsleistungen partizipiren hauptsächlich der Jura, dann das Seeland und das Emmenthal.

B. Staatsleistungen für Entsumpfungen.

Das Gesetz vom 3. April 1857 über den Unterhalt und die Korrektion der Gewässer und die Austrocknung von Möösern und andern Ländereien sieht eine bestimmte Staatsleistung für Entsumpfungen nicht vor; § 39 erklärt, dass derartige Unternehmen jeweilen Gegenstand besonderer Gesetze sein sollen. Dagegen gab das grossräthliche Dekret vom 22. März 1855 dem Regierungsrath Kompetenz bei bedeutenden Entsumpfungsunternehmen Vorschüsse zu machen.

In den letzten Jahrzehnten betheiligte sich der Staat an folgenden grössern Entwässerungsunternehmen:

1) Gürbenkorrektion. Gesetz vom 1. Dezember 1854.

2) Haslethal-Entsumpfung, Gesetz vom 28. November 1854 und 2. Februar 1866.

3) Juragewässer-Korrektion. Gesetz vom 22. September 1847. Gesetz vom 30. Juni 1848 (Gewährung eines Kredits von Fr. 14,000 für den Antheil des Kantons Bern an den Vorarbeiten), Dekret vom 31. Januar 1866 über die Ausführung der Korrektion, Beschluss des Grossen Rathes vom 4. September 1867 mit Bestimmung der dem Kanton Bern auffallenden Arbeiten. Bundesbeschluss vom 25. Juli 1867/10. März 1868.

Die Einzahlungen der Grundeigenthümer und des Staats sollten nach Dekret vom 30. August 1868 mit dem Jahr 1871 beginnen.

Direkte Ausgaben der Staatskasse für Entsumpfungen von 1856/77.

Jahr.	Allg. Kosten.[1]	Gürbekorrektion.	Haslethal-entsumpfungen.	Seelands-entsumpfungen.	Total.
1856	16,000				
1857	18,000				
1858	35,200				
1859	24,200	.	162,802[2]	79,520[2]	**394,422**
1860	26,500				
1861	32,200				
1862	22,468	4,576[3]	.	.	**27,044**
1863	22,026	4,576[3]	.	.	**26,602**
1864	27,254	3,599[3]	.	.	**30,853**
1865	17,450	4,052[3]	.	.	**21,502**
1866	23,502	2,769	96,080	.	**122,351**
1867	21,041	3,121	50,000	.	**74,162**
1868	18,186	4,024	50,000	.	**72,210**
1869	15,046	3,826	50,000	.	**68,872**
1870	14,994	3,435	50,000	.	**68,429**
1871	14,993	3,982	50,000	200,000	**268,975**
1872	14,999	3,987	50,000	200,000	**268,987**
1873	15,000	3,990	50,000	200,000	**268,990**
1874	14,995	603,989	200,000	200,000	**1,018,984**
1875	15,000	4,851	.	200,000	**219,851**
1876	15,000	3,743	.	200,000	**218,742**
1877	15,000	3,682	.	200,000	**218,682**
Total	**438,854**	**662,202**	**808,882**	**1,479,520**	**3,389,658**

[1] Bis 1861 nur annähernd, ebenso für 1876/77.

[2] Fr. 162,802 für die Schleusenwerke in Unterseen (Tieferlegung des Brienzersees) und Fr. 79,520 für Vorarbeiten der Seelandsentsumpfung.

[3] Gürbekorrektion; Staatsbeitrag.

Abgesehen von den Vortheilen, welche der Staat den betreffenden Gegenden durch Gewährung von Vorschüssen für die denselben zunächst zugut kommenden Unternehmen zugewendet hat, ist derselbe bei den drei grössern Entsumpfungen bereits mit Fr. 3,389,658 eingetreten. Dazu sind *die weitern Engagements*

a. bei der *Seelandsentsumpfung* zu rechnen. Der Finanzplan für die Juragewässerkorrektion sieht für die

fünf Jahre 1877/81 noch eine Staatssubvention von Fr. 1,000,000 vor (s. Tagblatt 1875, S. 154), somit pro 1878/81 noch Fr. 800,000, so dass die Gesammtausgaben des Staats bis dahin vorläufig auf Fr. 2,279,520 steigen werden.

Der finanzielle Stand des Unternehmens ist auf 31. Dez. 1877 folgender:

Ausgaben. Baukonto		**Fr. 9,246,474**
Beiträge des Bundes (von versprochenen Fr. 4,340,000)	Fr.	3,560,020
Beiträge des Kantons Fr. 1,479,520 resp.	„	[1]1,400,000
Beiträge der Grundbesitzer . . .	„	1,777,161
Total		**Fr. 6,737,181**
Mehrausgaben	„	**2,509,292**

Der Staat Bern bestreitet von den über den Bundesbeitrag hinausgehenden Kosten 1/3, die Grundeigenthümer 2/3. Letztere sind um Fr. 1,022,839 im Rückstand, da ihnen für die Einzahlungen Aufschub gestattet werden musste.

b. Haslethalentsumpfung. Stand auf 31. Dez. 1877:

Baukonto		**Fr. 2,496,724**
Beiträge des Staats	Fr.	[2]600,000
„ der Grundbesitzer . . .	„	336,823
Total		**Fr. 936,823**
Noch ausstehend	„	**1,559,901**

Das Unternehmen ist in der Hauptsache beendigt. Pro 1878 sind nur Herstellungsarbeiten vorgesehen. Die Einzahlungen gehen stetsfort zögernd vor sich. Dato liegt die Frage der Subvention vor den eidg. Räthen.

c. Die Gürbekorrektion ist beendigt; die Rückzahlung der Vorschüsse durch die Grundbesitzer geht ihren geregelten Gang.

Neben diesen direkten Ausgaben betheiligte sich der Staat an den Entsumpfungsunternehmen durch Kostenvorschüsse an Gesellschaften und Gemeinden etc. stets in bedeutendem Masse. Ende 1877 stehen noch Vorschüsse der Staatskasse aus:

a. Simmen- und Jassbachkorrektion .	Fr.	27,147
b. Gürbekorrektion . , ...	„	1,080,370
c. Haslethalentsumpfung	„	875,011
d. Juragewässerkorrektion (Anlehen)	„	4,000,000
Total		**Fr. 5,982,528**

Die vom Staat aufgenommenen *Anlehen* für Entsumpfungszwecke sind folgende:

1) Ein Anleihen von Fr. 500,000 à 4 % realisirt 1857, 1858 und 1859 wurde zurückbezahlt.

2) Anleihen von 1863 und 1864 Fr. 500,000 à 4 1/2 %, rückzahlbar nach Gutfinden des Staats zwischen 1875 und 1880.

3) Anleihen von 1865, Fr. 500,000 (gemeinsam mit dem Anleihen von Fr. 3,500,000 für Hypothekarkasse und Eisenbahnen) à 4 1/2 %, rückzahlbar 1880—1890, jährlich wenigstens 1 %.

4) Anleihen für die Haslethalentsumpfung, 1866 von den betreffenden Gemeinden aufgenommen, vom Staat garantirt und verwaltet, Fr. 800,000 à 5 %, Rückzahlung jährlich Fr. 40,000 von 1870—1889.

5) Anleihen für die Juragewässerkorrektion von 1868 Fr. 2,000,000 à 4 1/2 %, rückzahlbar 1878—1881 jährlich Fr. 500,000.

6) Zweites Anleihen für die Juragewässerkorrektion von 1875, Fr. 2,000,000 à 4 1/2 %, rückzahlbar 1880 bis 1899 jährlich wenigstens 1 %.

Summa der noch bestehenden Anleihen **Fr. 5,800,000.** Da das Dekret vom 22. März 1855 für Entsumpfungsvorschüsse nur Anleihen im Gesammtbetrag von Fr. 1,000,000 erlaubt, die Fr. 800,000 für das Haslethalunternehmen desshalb auch von den Gemeinden aufgenommen ist, so bucht die Staatsrechnung nur Fr. 5,000,000. Vom Total der Anleihen sollen Fr. 320,000 am Haslethalanleihen amortisirt sein; der Rest erscheint noch voll im Vermögensetat; bleiben also **Fr. 5,480,000** zu amortisiren.

C. Die Staatsleistungen für den Bodenkredit

bestehen in den Zinseinbussen der in die Hypothekarkasse eingeschossenen Gelder.

Diese Staatsleistung wird gewöhnlich übersehen und wir müssen daher dieselbe etwas näher ausführen.

Bekanntlich ging auf das Verlangen des Oberlandes im Verfassungs-Märit von 1846 die Bestimmung in die Verfassung über: es solle eine Hypothekar- und Schuldentilgungskasse für den ganzen Kanton errichtet werden. Von dieser Kasse sollen Fr. 3—5,000,000 alte Währung zum Vornherein in den oberländischen Aemtern Oberhasle, Interlaken, Frutigen, beide Simmenthal und Saanen angelegt werden und zwar zum Zinsfuss von nur 3 1/2 %, wozu noch eine Amortisationsquote von 1 1/2 % kommen soll.

Sofern nun der Staat für seine Staatseinschüsse in der Rechnung über Ertrag des Staatsvermögens einen höhern Zins verrechnen kann als 3 1/2 %, um so viel unterstützt derselbe den Bodenkredit der betreffenden Gegenden in direkter Weise, d. h. durch eigenen Zinsverlust.

[1] Der offizielle Bericht rechnet die Fr. 79,520 für Vorarbeiten nicht.

[2] Nach offiziellem Bericht. Wir rechnen dazu noch die Kosten für die Schleusenwerke in Unterseen Fr. 162,802.

In den bisherigen Staatsrechnungen ist aber ein Zins für die Staatseinschüsse überhaupt nicht verrechnet worden. Dagegen erscheint der Nettogewinn der Hypothekarkasse als Einnahme der Staatskasse.

Berechnet man aber für die Staatskapitalien einen angemessenen Zins, wie gebührend und kaufmännisch allein richtig und zieht denselben vom Ertrag der Hypothekarkasse oder nur von den Erträgen der ausgeliehenen Staatsgelder ab, so erkennt man leicht, *dass der Staat nicht nur von der Hypothekarkasse nichts einnimmt, sondern dabei direkte Verluste macht.*

Man kann also die Leistungen des Staates in dieser Form in zweifacher Weise berechnen:

Erstens man berechnet den Zinswerth der Staatseinschüsse nach einem angenommenen mässigen Zins, welchen dieselben rentiren sollten und zieht davon ab die Zinse der Darleihen (also à $3^1/_2$ beir Oberländerkasse) von einer ebenso hohen Summe wie die Staatseinschüsse.

Oder zweitens man bilanzirt den Zinswerth der Staatseinschüsse mit den eigentlichen Reinerträgen der Hypothekarkasse.

Bei der erstern Berechnungsweise nähme man an, dass der Staat nur in dem Masse den Bodenkredit unterstütze, als er selbst Kapitalien engagirt habe (abgesehen von der allgemeinen Staatsgarantie), dass aber die über diesen Betrag hinaus sich belaufenden Operationen als „Bankunternehmen des Staates" zu betrachten sei. Die zweite Berechnungsart stützt sich dagegen auf die Ansicht, dass die Kasse überhaupt im Interesse des Bodenkredits arbeite. Theoretisch ist die erste Berechnungsweise die richtigere. Allein sie ist desshalb eigentlich unmöglich, weil das Staatskapital auf die allgemeine Kasse und auf die Oberländerkasse wegen der Zinsdifferenz vertheilt werden müsste, was nicht geschehen kann.

I. Leistungen und Einbussen der Hypothekarkasse.

In der Tab. III ist die zweite Berechnung vollständig durchgeführt und zugleich sind die erhältlichen Materien zur annäherndern Durchführung der ersten Berechnungsart angegeben.

Zum Verständniss dieser Tabelle diene Folgendes:

Die Kasse wurde auf 15. Dezember 1846 eröffnet. Zu Kol. 1. Die Staatseinschüsse sind in der ganzen Reihe ohne das Anleihen von Fr. 2,900,000 im Jahr 1865, welches im Jahr 1875 auf Fr. 5,400,000 erhöht worden ist, verstanden. Die Zinse und Kosten dieser Anleihen sind nämlich in der Rechnung der Hypothekarkasse verrechnet worden.

Zu Kol. 2/4 betreffend den Zinsfuss. Für die Darleihen der Oberländerkasse ist der Zinsfuss durch die Verfassung (Art. 85) auf $3^1/_2$ fest bestimmt. Für die Darlehen der allgemeinen Kasse bestimmte das Gesetz vom 12. November 1846 den Zins à 4%; diese Darleihen konnten nur in gewissen Fällen aufgekündet werden (s. § 23 des Gesetzes von 1846). Mit der Verbesserung der volkswirthschaftlichen Verhältnisse fand gegen 1856 eine bedeutende Vermehrung der Kreditverlangen und daherige Erhöhung des Zinsfusses statt. Ein neues Gesetz vom 23. Juni 1856 bestimmte daher im Fernern, dass, wenn der allgemeine Zinsfuss noch mehr steigen sollte, die Hypothekarkasse die Ablösung der Darleihen auf dreimonatliche Aufkündung verlangen könne. Für die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geliehenen Gelder blieben jedoch die alten Titel in Kraft. Im Weitern sollte der Zins der Darleihen der allgemeinen Kasse zu Deckung der Kosten mindestens $^1/_2$ % über dem Zins der aufgenommenen Gelder stehen.

Die weitere Erhöhung des Zinsfusses hatte den grossräthlichen Beschluss vom 3. Dezember 1864 zur Folge, wonach die Hypothekarkasse ermächtigt wurde, den Zins so lang auf $4^1/_2$ % stehen zu lassen, bis die am 24. Nov. 1864 beschlossene Ausgabe von $4^1/_2$ % Kassascheinen nicht wenigstens den 4. Theil der nöthigen Fr. 18,000,000 ausmache. Allein auch der Zins von $4^1/_2$ zog nicht das nöthige Kapital, so dass ein Anleihen von Fr. 2,900,000 aufgenommen werden musste à $4^1/_2$ %. Die Anleihenskosten gaben ferner Veranlassung wenigstens $^1/_4$ % mehr zu verlangen, als der Staat selbst für die aufgenommenen Gelder bezahlte und so wurde der Zinsfuss auf $4^3/_4$ % gesetzt nebst einmaliger Provision von $^1/_4$ % (s. Verordnung des Regierungsraths vom 4. Dez. 1868).

Eine Revision der Hypothekarkasse wurde immer dringender. Vor Anhandnahme derselben erliess jedoch der Grosse Rath das Gesetz vom 19. März 1867, wonach der Zinsfuss mindestens $^1/_4$ % mehr als der höchste für Depotaufnahmen bezahlte Zins betragen sollte, nebst einmaliger Provision von $^1/_4$ %. Diese Bestimmung ging später auch in das neue Hypothekargesetz vom 18. Juli 1875 über.

II. Ueber die Aufnahme und die Verzinsung der Depots geben folgende Uebersichten Aufschluss.

1. Von 1847—1856 erhielt die Kasse:

1847	Fr.	143,458	à $3^1/_2$ %.
1848	„	130,507	
1849	„	242,395	
1850	„	558,475	à 2. 3 und $3^1/_2$ %.
1851	„	985,292	
1852	„	2,028,950	
1853	„	2,329,216	
1854	„	2,542,706	à $3^1/_2$, zu 4 nur Fr. 230,000.
1855	„	3,639,587	à $3^1/_2$ und 4 %.

2. Depots und Depotszinse seit 1856.

Jahr.	Depots à 3½ %.	Zu 4 %.	Zu 4½ %.	Total.	Zinssumme.	Durchschnitt-Zinsfuss.
1856	1,609,255	2,689,270	.	4,298,525	.	3,81
1857	1,785,521	3,865,925	.	5,651,446	.	3,85
1858	1,018,649	6,554,955	.	7,573,604	.	3,92
1859	2,055,069	6,691,370	.	8,746,439	.	3,91
1860	2,721,670	6,905,764	.	9,627,424	.	3,86
1861	920,300	10,034,739	.	10,955,039	.	3,96
1862	345,665	13,123,104	.	13,468,769	.	3,98
1863	243,345	15,286,085	.	15,529,430	.	3,99
1864	110,235	15,300,785	35,100	15,446,120	617,469	4,00
1865	26,620	10,698,455	4,945,895	15,670,970	651,435	4,16
1866	6,000	6,582,255	8,157,300	14,745,555	630,578	4,24
1867	3,545	6,712,020	10,417,780	17,133,345	737,404	4,30
1868	1,200	5,598,990	12,236,175	17,836,365	774,629	4,34
1869	1,200	5,036,795	14,314,085	19,352,080	845,647	4,36
1870	1,200	4,223,025	16,703,935	20,928,140	921,093	4,40
1871	1,200	4,915,905	17,256,455	22,173,560	973,168	4,39
1872	1,000	5,264,870	16,614,135	21,880,005	958,265	4,38
1873	.	4,942,035	17,360,195	22,302,230	978,890	4,34
1874	.	4,228,235[1]	18,376,840[2]	22,605,075	996,087	4,46
1875	.	2,520,000	19,153,605	21,673,605	962,712	4,48
1876	.	2,741,195	20,975,625	23,716,820	1,053,530	4,44
1877	.	2,161,945	24,035,110	26,197,055	1,168,057	4,46

[1] Auf 1 Jahr fest mit dreimonatlicher Kündigung.
[2] Auf 3 und 5 Jahre fest mit sechsmonatlicher Kündigung.

3. Stand der Geldaufnahmen nach dem Zinsfuss Ende 1877.

	Fr.
1) Depots à 4 %	2,161,945
2) Depots à 4½ %	24,035,110
3) Kreditoren in Conto corrent à 4, 4¼ und 4½	2,518,679
4) Hinterlagen von Landesfremden à 4 und 4½	6,958
5) Hinterlagen von Auswanderungsagenten circa 3 %	10,000
6) Vorschüsse der Kantonskasse à 4½	188,625
7) Anleihen à 4½	5,400,000
	34,321,317

Endlich ist bezüglich des Zinsfusses und der Summen der Betriebskapitalien noch

4. die Uebertragung von Sparkassengeschäften an die Hypothekarkasse

zu erwähnen.

Die Dienstenzinskasse, gegründet 1786 und somit eine der ältesten Sparkassen, genügte ihrem Zweck seit langen Jahren nicht mehr, d. h. die ganze Organisation derselben war für den Zufluss (Anlage) von Geldern nicht geeignet, namentlich seitdem die Spar- und Leihkasse von Bern das Prinzip der Ermöglichung rascher Zurückziehung der Gelder und schwankender, erhöhter Zinsfüsse eingeführt hatte.

Das Dekret des Grossen Rathes vom 31. Mai 1877 hat nun die Sparkassengeschäfte der Dienstenzinskasse resp. diese selbst der Hypothekarkasse übertragen auf den 1. Januar 1878. Die Gewinne fliessen der Letztern zu; die besondere Rechnung bezieht sich nur auf die Konstatirung des Ergebnisses.

Da die Einlagen der Dienstenzinskasse bisher nur zu 4 % verzinst wurden, also zu einem geringern Zinsfuss als die Hypothekarkasse dato durchschnittlich bezahlt, so wird Letztere einen nicht unbedeutenden Gewinn erzielen, da sich das Einlagekapital in den letzten Jahren nicht vermindert hat und in Zukunft erhöhen dürfte.

Die Einlagen haben betragen Ende

1874	Fr. 3,525,010.
1875	„ 3,537,908.
1876	„ 3,583,546.
1877	„ 3,372,208.

III. Der Reingewinn der Kasse

in der 6. Kol. der Tab. III ist verstanden nach Abzug der Erträge des innern Zinsrodels und der Domainenkasse. Ferner sind hier die Zinse und Anleihenskosten der Anleihen von 1865 und 1875 auch schon verrechnet und zwar à $4^1/_2$ %.

Die Reingewinne betragen *Prozent der Staatseinschüsse* auf Anfang des Jahres:

Jahr.	%	Bemerkungen.
1847	3	Annähernd, da Einzahlungen nur successiv.
1848	3	
1849	3,09	
1850	3,35	
1851	2,95	
1852	2,91	
1853	3,43	
1854	3,3	
1855	3,24	
1856	3,18	
1857	3,46	
1858	3,41	
1859	3,59	
1860	3,78	
1861	3,73	
1862	3,6	Abnahme der Depots à $3^1/_2$.
1863	3,696	
1864	3,84	Erhöhung des Zinsfusses.
1865	3,74	
1866	3,37	
1867	3,20	
1868	2,96	
1869	3,58	
1870	3,08	
1871	3,07	
1872	4,223	Verminderung des Depotszuflusses.
1873	4,23	
1874	4,13	
1875	2,41	
1876	3,91	Wegen Bezahlung der Staatssteuern zum ersten Mal und der Unkosten des Staatsanleihens.
1877	4,47	

Nach diesen Ausführungen nehmen wir

IV. einen Zinswerth der Staatseinschüsse

an pro 1847—1855 von 4 %,
„ 1856—1864 „ $4^1/_2$ % und
„ 1865—1876 „ 5 %.

Diese Steigerung bleibt hinter der faktischen des allgemeinen Zinsfusses zurück, und steht durchschnittlich nur um circa $^1/_2$ % über dem durchschnittlichen Zinsfuss der Depositen.

Nebst dem Angeführten ist hiebei auch in Betracht zu ziehen, dass der Staat selbst die von ihm in den 50er und Anfangs der 60er Jahre aufgenommenen Anleihen à $4^1/_2$ % nebst bedeutenden Kosten verzinsen musste.

V. Allgemeine Hypothekarkasse. Zinsfuss der Darlehn gegen Pfandbriefe.

Darlehen Ende	4 %.	$4^1/_2$ %.	$4^3/_4$ %.
1874	786,394	8,222,858	17,378,193
1875	699,087	7,705,710	19,845,720
1876	631,167	7,602,652	24,242,511
1877	556,922	5,695,332	22,524,550
		und zu 5 % schon	6,403,520

Durch Beschluss des Verwaltungsrathes wurde der Zinsfuss für die Darlehn der allgemeinen Hypothekarkasse vom 1. Januar 1877 hinweg auf 5 % erhöht.

VI. Aufhebung der Oberländerkasse.

Das nach der Verfassung von 1846 dem Oberland gewährte 30jährige Privilegium wäre auf den 1. Januar 1877 ausgelaufen gewesen.

Das neue Hypothekarkassegesetz von 1875 verlängerte jedoch den Termin bis 31. Dezember 1879. Es wurde dabei geltend gemacht, dass die Verfassung jährlich Fr. 7,246,000 (richtig Fr. 3 bis 5 alte Währung) garantirt, also im Ganzen Fr. 217,392,000, das Oberland aber nur Fr. 160,000,000 benutzt habe.

Das Wegfallen dieses Privilegiums wird die Erträge der Hypothekarkasse wesentlich steigern.

VII. Zusammenzug der Leistungen der Hypothekarkasse

seit Gründung derselben bis Ende 1877.

1. *Darlehensleistungen* in den 32 Jahren:

	Fr.
a) für die allgemeine Hypothekarkasse	417,293,966
b) „ „ Oberländerkasse	189,260,374
Summa	**606,554,340**

Im Durchschnitt per Jahr:

a) für die allgemeine Hypothekarkasse	13,461,096
b) „ „ Oberländerkasse	6,105,173
Summa	**19,566,269**

Den Zinsfuss siehe oben im Text.

2. Effektive Leistungen an Zinseinbussen.

Bei der Annahme eines Zinswerthes der Staatseinschüsse

von 1846—1855 von 4 %,
„ 1856—1864 „ 4½ %,
„ 1865—1875 „ 5 %,
„ 1877 „ 5½ %

beträgt die Staatsleistung von 1846 bis und mit 1877 **Fr. 2,346,682.**

Für die *Oberländerkasse* allein beträgt die Differenz zwischen dem Zinswerth der Staatseinschüsse und der 3½prozentigen Verzinsung der Darlehn Fr. 2,113,717.

Nachweis der Berechnung:

Die Oberländerkasse benutzte Darlehn

von 1846—1855	Fr.	41,104,029
„ 1856—1864	„	64,663,770
„ 1865—1876	„	78,358,227
„ 1877	„	4,834,348
Total	**Fr.**	**189,260,374**

Wenn man nun den Zinswerth der Staatseinschüsse nur von denjenigen Summen berechnet, welche die Oberländerkasse wirklich in Anspruch genommen hat, so erhält man einen Zinswerth:

		von Fr.		Fr.
1846—1855	von	41,104,029	à 4 %	1,644,161
1856—1864	„	64,663,770	„ 4½ %	2,909,860
1865—1876	„	78,358,227	„ 5 %	3,917,911
1877	„	4,834,348	„ 5½ %	265,889
Summa		**189,260,374**		**8,737,830**

Die Darlehn der Oberländerkasse bezahlten aber à 3½ % nur **6,624,113**

Differenz resp. Staatsleistung **2,113,717**

oder *80,2 % der ganzen Staatsleistung auf den Staatseinschüssen für die Oberländerkasse allein.*

Tab. I. **Generalübersicht der Staatsausgaben im Schul-, Armen-, Strassenwesen und Kultus, welche einzelnen Gemeinden, Bezirken und Landestheilen direkt und ausschliesslich zugutkommen.**

In den 10 Jahren 1868—1877.

Jahr.	*Total.*	*% aller Staatsausgaben.*	*I. Schulwesen.*	*II. Armenwesen.*	*III. Strassenwesen.*	*IV. Kultus.*	*Für die übrigen Staatszwecke bleibt übrig.*
1868	**2,515,776**	**40,6**	735,811	525,066	615,754	639,145	**3,683,371**
1869	**2,792,245**	**38,4**	775,059	527,317	850,284	639,585	**4,475,394**
1870	**2,690,421**	**35,0**	745,716	518,130	789,977	636,598	**4,989,972**
1871	**2,804,904**	**36,3**	836,978	511,713	814,298	641,915	**4,919,322**
1872	**2,903,045**	**36,4**	905,985	511,179	843,411	642,470	**5,076,453**
1873	**3,083,966**	**34,7**	922,727	506,238	1,043,340	611,661	**5,790,039**
1874	**3,336,499**	**27,9**	933,510	498,005	1,094,255	810,729	**8,638,134**
1875	**3,384,638**	**30,7**	958,168	494,231	1,140,315	791,924	**7,624,433**
1876	**3,577,682**	**31,4**	1,137,835	476,252	1,190,911	772,684	**7,893,073**
1877	**3,439,559**	**33,3**	1,159,952	468,430	1,051,794	759,383	**6,901,461**
1868/72	**13,706,391**	**37,2**	3,999,549	2,593,405	3,913,724	3,199,713	**23,144,512**
1873/77	**16,822,344**	**31,3**	5,112,192	2,443,156	5,520,615	3,746,381	**36,847,140**
%	**+ 22,7**		**+ 30,3**	**— 4,25**	**+ 41,06**	**+ 16,1**	**+ 59,3**
1877 g. 1868 abs.	**+ 923,783**		+ 424,141	— 56,636	+ 436,040	+ 120,238	**+ 3,218,090**
%	**36,7**		**57,7**	**10,7**	**70,8**	**18,7**	**87,4**

Tab. II.

Generalübersicht der hauptsächlichsten Staatsleistungen direkt für die einzelnen Landesgegenden.

Natur der Leistung.	Periode. Jahre von	Periode. Zahl der Jahre.	Totalsumme.	Jahres-durchschnitt.
I. Für das Eisenbahnwesen:				
1. Subventionen in Form von Aktien	1856[1]	21	*41,295,000*	
2. Verzinsung der Anleihen etc.	—	.	*8,433,601*	
3. Förderung des Eisenbahnwesens im Allgemeinen .	1877	,	*210,337*	
			49,938,938	**2,378,045**
II. Für Entsumpfungen	1856/77	21	**3,389,658**[2]	**161,412**
III. „ *den Bodenkredit*	1847/77	31	**2,346,682**	**75,699**
IV. „ *das Schulwesen*	1868/77	10	*9,111,741*	**911,174**
V. „ „ *Armenwesen*	1868/77	10	*5,036,561*	**503,655**
VI. „ „ *Strassenwesen*	Durchschn.	.	*871,483*	**871,483**
VII. „ *den Kultus*	1868/77	10	*6,946,094*	**694,609**

Zusammenzug nach Materien.

I. Für Erstellung und Unterhalt von Transport- und Verkehrsmitteln:	
Eisenbahnen und Strassen	**3,249,528**
II. Für Förderung der materiellen Kultur:	
Entsumpfungen und Bodenkredit	**237,111**
III. Für humanitäre und kulturelle Zwecke:	
Schulwesen, Armenwesen und Kultus	**2,109,438**
Gesammtsumme der direkten Staatsleistungen für die einzelnen Landestheile	**5,596,077**

[1] Nämlich erste Aktienbetheiligungs-Subvention an die Centralbahn; Staatsbahnbau seit 1860.

[2] Wozu in den nächsten Jahren noch Fr. 1,000,000.

Tabelle III.

Die Leistungen des Staates für den Bodenkredit durch die Hypothekarkasse seit 1847.

Jahr.	Staatseinschüsse [1] Ende Jahres.	Zinsberechnung.	Darleihen. Allgemeine Kasse.	Darleihen. Oberländische Kasse.	Bezogene Zinsen und Rohertrag.	Gewinn der Kasse. [2]	Summe der Nettogewinne.	Zinsverluste des Staates. [3]
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1847	2,523,371		2,959,357	277,363	.	41,952		
1848	4,623,511		3,108,739	1,598,220	.	128,206		
1849	5,418,891	Zu 4 %	3,050,108	2,681,207	.	164,417		
1850	5,644,431	von	2,968,898	4,056,802	.	189,389		
1851	6,649,903		2,808,070	5,354,9[illegible]8	413,527	196,537		
1852	6,992,893	52,459,489	2,656,314	6,124,554	661,550	204,008		
1853	6,903,227	**2,098,379**	2,563,209	6,796,901	.	220,295		
1854	6,845,741		2,513,538	7,086,598	381,892	225,384		
1855	6,857,521		2,394,501	7,127,476	426,281	221,869	1,609,068	489,302
1856	7,223,069		3,463,886	7,186,857	444,974	229,821		
1857	7,223,797		4,681,482	7,208,962	480,837	249,687		
1858	6,735,739	Zu 4½ o/o	6,593,163	7,252,893	521,461	250,270		
1859	6,901,870	von	8,117,858	7,226,343	598,447	247,958		
1860	6,902,483		9,074,426	7,177,296	720,863	261,166		
1861	6,902,658	62,603,456	10,217,123	7,012,535	671,914	257,590		
1862	6,903,167	**2,817,155**	12,292,820	6,996,719	717,495	248,312		
1863	6,904,529		14,535,292	7,308,458	839,149	254,279		
1864	6,906,145		14,851,383	7,293,707	945,007	265,065	2,364,349	452,806
1865	[1]6,970,573		15,913,933	7,268,744	1,028,843	260,627		
1866	6,986,053		17,669,945	7,140,960	1,131,443	235,498		
1867	7,003,415		18,932,380	7,093,746	844,215	223,519		
1868	7,015,118		19,544,690	7,027,870	1,165,158	207,335		
1869	7,040,314	Zu 5 %	21,115,225	6,951,172	1,284,383	251,923		
1870	7,067,609	von	22,226,143	6,839,896	1,263,770	217,238		
1871	7,108,808		22,988,640	6,629,446	1,509,689	217,037		
1872	7,101,623	85,852,566	23,544,065	6,410,503	1,459,714	289,194		
1873	7,375,504	**4,292,628**	25,214,140	6,194,284	1,459,513	289,827		
1874	7,386,950		[4]26,387,444	5,923,817	1,526,109	304,687		
1875	[1]7,386,950		28,250,518	5,628,182	1,576,561	178,231		
1876	7,409,649		32,476,331	5,249,607	1,805,577	289,015	2,964,130	1,328,498
1877	7,409,649	à 5½ % 407,530	36,180,325	4,834,348	3,240,347	331,463	331,463	76,067
Total	**208,325,160**	**9,615,692**	**417,293,966**	**189,260,374**	.	.	**7,269,010**	[5]**2,346,682**

[1] Ohne das Anleihen von Fr. 2,900,000 (später reduzirt auf Fr. 2,400,000) vom Jahr 1865 und das Anleihen von 1875, beide zusammen von Fr. 5,400,000, da die Zinse dieser Kapitalien in der Rechnung der Hypothekarkasse verrechnet werden. [2] Abzüglich der Erträge der Domainenkasse und des obrigkeitlichen Zinsrodels, welche dem Zweck der Hypothekarkasse eigentlich fremd sind. [3] Die Zinsenwerthe der Staatseinschüsse betragen mehr. [4] Vergl. die Spezifikation nach dem Zinsfuss im Text. [5] Die Leistungen für das Oberland allein siehe im Text.

Die Leistungen für das *Eisenbahnwesen* und für *Entsumpfungen* sind im Text hievor bearbeitet.

Tabelle IV. **Vergleichung und Bilanz der Steuerleistungen der Amtsbezirke u. d. direkten**

Amtsbezirke und Landestheile.	Steuerleistung der Amtsbezirke.		Staatsleistungen für Schul- und Armenwesen. Direkte für die Bezirke 1876.					Prozental höchste Beztge vom Staat.
	Direkte Staatssteuer 1877.	Per Einwohner.	Schulwesen.[1]	Armenwesen.[2]	Total Schul- und Armenwesen.	% der Steuerleistung.	Mehr-Steuerleistung + oder — [3] Fr.	
Oberhasle	*26,504*	**3,45**	15,848	9,977	*25,825*	**97,43**	**679**	**4**
Interlaken	*110,102*	**4,26**	54,791	15,709	*70,500*	**61,31**	**39,602**	**7**
Frutigen	*36,568*	**3,32**	24,154	17,120	*41,274*	**112,86**	**— 4,706**	**2**
Saanen	*20,339*	**3,84**	11,454	4,791	*16,245*	**79,86**	**4,094**	**8**
Obersimmenthal	*31,073*	**3,87**	21,401	12,459	*33,860*	**108,96**	**— 2,787**	**3**
Niedersimmenthal	*53,411*	**5,10**	23,816	8,218	*32,034*	**59,97**	**21,377**	**10**
Thun	*165,535*	**5,34**	65,625	26,960	*92,585*	**55,93**	**72,950**	**12**
Oberland	*443,532*	**4,46**	217,089	95,234	*312,323*	**70,41**	**131,209**	**II**
Signau	*96,379*	**3,96**	43,566	34,097	*77,663*	**80,58**	**18,716**	**6**
Trachselwald	*88,221*	**3,60**	33,994	50,480	*84,474*	**95,75**	**3,747**	**5**
Emmenthal	*184,600*	**3,78**	77,560	84,577	*162,137*	**87,83**	**22,463**	**I**
Konolfingen	*134,816*	**5,12**	44,038	29,964	*74,002*	**54,89**	**60,814**	**14**
Seftigen	*79,436*	**3,90**	29,098	20,344	*49,442*	**62,22**	**29,994**	**9**
Schwarzenburg	*25,983*	**2,23**	18,473	27,295	*45,768*	**176,14**	**— 19,785**	**1**
Laupen	*53,549*	**5,80**	15,574	10,053	*25,627*	**47,85**	**27,922**	**18**
Bern { Stadt	*848,184*	**21,20**	156,870	54,772	*211,642*	**24,95**	**636,542**	**30**
Bern { Land	*140,420*	**5,58**	32,493	26,498	*58,991*	**42,01**	**81,429**	**20**
Amtsbezirk	*988,604*	**15,18**	189,363	81,270	*270,633*	**27,37**	**717,971**	**.**
Fraubrunnen	*109,558*	**8,27**	29,828	8,610	*38,438*	**35,09**	**71,120**	**23**
Burgdorf	*207,989*	**7,19**	59,858	40,868	*100,726*	**48,42**	**107,263**	**17**
Mittelland	*1,599,935*	**9,15**	386,232	218,404	*604,636*	**44,66**	**995,299**	**IV**
Aarwangen	*124,407*	**4,76**	46,349	23,791	*70,140*	**56,37**	**54,267**	**11**
Wangen	*103,689*	**5,13**	40,937	11,047	*51,984*	**50,13**	**51,705**	**16**
Oberaargau	*228,096*	**4,92**	87,286	34,838	*122,124*	**53,62**	**105,972**	**III**
Büren	*65,774*	**7,22**	18,388	2,506	*20,894*	**31,75**	**44,880**	**25**
Biel	*113,192*	**9,27**	30,209	5,490	*35,699*	**31,53**	**77,493**	**26**
Nidau	*87,008*	**6,65**	20,705	2,873	*23,578*	**27,09**	**63,430**	**29**
Aarberg	*107,468*	**6,33**	32,833	14,479	*47,312*	**44,02**	**60,156**	**19**
Erlach	*49,504*	**7,49**	13,016	697	*13,713*	**27,70**	**35,791**	**28**
Seeland	*422,946*	**7,29**	115,151	26,045	*141,196*	**33,38**	**281,750**	**VI**
Neuenstadt	*29,947*	**6,49**	15,647	.	*15,647*	**52,24**	**14,300**	**15**
Courtelary	*150,050*	**6,41**	43,860	3,983	*47,843*	**31,88**	**102,207**	**24**
Münster	*75,866*	**5,15**	27,021	1,098	*28,119*	**37,06**	**47,747**	**22**
Freibergen	*52,791*	**4,75**	10,593	2,196	*12,789*	**24,22**	**40,002**	**31**
Pruntrut	*149,535*	**5,88**	77,246	4,941	*82,187*	**54,96**	**67,348**	**13**
Delsberg	*80,476*	**6,00**	30,881	2,745	*33,626*	**41,78**	**46,850**	**21**
Laufen	*37,589*	**6,25**	10,189	549	*10,738*	**28,56**	**26,851**	**27**
Jura	*576,254*	**5,83**	215,437	15,512	*230,949*	**40,08**	**345,305**	**V**
Kanton	*3,455,319*	**6,87**	1,098,755	474,613	*1,573,365*	**45,53**	**1,881,951**	**.**

[1] Volks-, Mittel- und Kantonsschulen. [2] Staatsbeitrag an die Notharmenpflege und an Bezirkskrankenanstalten. [3] Dieses Feld gibt also die Summe der Mehr-, resp. Minderleistungen an, welche jeder Bezirk über die demselben im Schul- und im Armenwesen vom Staate direkt abgenommene Last hinaus an den Staatshaushalt im Allgemeinen beiträgt.

Leistungen des Staates für dieselben im Schul- u. Armen-, Strassen- u. Kultuswesen.

Fernere direkte Staatsleistungen im		Total der Staatsleistungen direkt für die Amtsbezirke.					Die Bezirke leisten also an den Staatshaushalt im Allgemeinen		Amtsbezirke und Landestheile.
Kultus.	Strassenwesen.	Schulwesen Armenwesen Kultus Strassenwesen	D. Steuern betragen ‰ der Staatsleist.	Prozental höchste Bezüge vom Staat.[4]	Auf 1 Einwohner von 1876	Rang nach Verhältniss z. Volkszahl.[5]	mehr Fr.	weniger als ihre Genüsse. Fr.	
8,765	28,477	63,067	42,02	3	8,25	4	.	36,563	Oberhasle.
30,160	78,484	179,144	61,51	7	7,05	8	.	69,042	Interlaken.
14,802	15,839	71,915	50,85	5	6,56	13	.	35,347	Frutigen.
11,029	19,444	46,718	43,10	4	8,87	2	.	26,379	Saanen.
11,982	35,628	81,470	38,14	2	10,15	1	.	50,397	Obersimmenthal.
20,127	34,514	86,675	61,62	8	8,29	3	.	33,264	Niedersimmenthal.
32,982	27,649	153,216	108,04	21	4,98	26	12,319	.	Thun.
129,847	240,035	682,205	65,01	II	6,91	I	.	238,673	*Oberland.*
27,524	78,270	133,457	72,22	9	5,51	21	.	37,078	Signau.
29,492	38,601	152,567	57,82	6	6,26	15	.	64,346	Trachselwald.
57,016	66,871	286,024	64,54	I	5,88	IV	.	101,424	*Emmenthal.*
28,340	33,221	135,563	99,46	18	5,17	24	.	747	Konolfingen.
24,356	26,126	99,924	79,49	11	4,93	27	.	20,488	Seftigen.
11,980	21,501	79,249	32,07	1	6,84	9	.	53,266	Schwarzenburg.
13,292	16,165	55,084	97,21	16	5,09	25	.	1,535	Laupen.
.	.	.	.	.	.	.	.	.	Stadt } Bern.
.	.	.	.	.	.	.	.	.	Land }
87,553	98,110	456,296	216,65	30	7,08	7	532,308	.	Amtsbezirk.
21,663	22,457	82,558	132,70	27	6,25	16	27,000	.	Fraubrunnen.
31,385	25,646	157,757	131,84	26	5,50	22	50,232	.	Burgdorf.
218,569	243,226	1,066,431	150,02	VI	6,15	III	533,504	.	*Mittelland.*
31,052	16,379	117,571	105,81	19	4,51	28	6,836	.	Aarwangen.
22,424	15,178	89,586	115,72	22	4,46	29	14,103	.	Wangen.
53,476	31,557	207,157	110,10	IV	4,49	VI	20,939	.	*Oberaargau.*
25,793	14,940	61,627	106,74	20	6,79	10	4,147	.	Büren.
16,300	27,455	79,454	142,46	29	6,60	12	33,738	.	Biel.
26,612	23,524	73,714	118,03	23	5,68	19	13,294	.	Nidau.
37,778	27,163	112,253	95,73	14	6,64	11	.	4,785	Aarberg.
16,176	9,905	39,794	124,20	25	6,03	17	9,710	.	Erlach.
122,659	102,987	366,842	115,29	V	6,37	II	56,104	.	*Seeland.*
11,232	9,552	36,431	82,20	12	7,94	6	.	6,484	Neuenstadt.
34,243	40,711	122,797	122,11	24	5,26	23	27,253	.	Courtelary.
20,611	34,179	82,909	91,50	13	5,67	20	.	7,043	Münster.
11,852	14,680	39,321	134,25	28	3,53	30	13,470	.	Freibergen.
33,853	36,103	152,143	98,28	17	6,02	18	.	2,608	Pruntrut.
26,410	25,916	85,952	93,62	15	6,42	14	.	5,476	Delsberg.
12,200	25,666	48,604	77,33	10	8,14	5	.	11,015	Laufen.
150,401	186,807	568,157	101,42	III	5,78	V	8,097	.	*Jura.*
731,968	871,483	3,176,816	108,45	.	6,07	.	278,503	.	*Kanton.*

[4] Im Verhältniss zu den Steuerleistungen bezieht am meisten der Bezirk mit 1, am wenigsten der mit 30 bezeichnete.

[5] Im Verhältniss zur Bevölkerung bezieht am meisten 1, am wenigsten 30.

Tabelle V. **Das Verhältniss der Steuerkraft und der Steuerleistungen**

1) Die Steuerkraft.

Amtsbezirke und Landestheile.	Vermögens-steuer. [1]	Einkommens-steuer. [1]	Total der beiden Steuern. [1] Sollsteuer à 2 ‰.	Per Kopf der Bevölkerung. [2]	[3] Rang-ordnung.	Verhältniss der Vermögens- und der Einkommenssteuer.	
						% der Vermögens-steuer.	% der Einkommens-steuer.
Oberhasle	21,915	4,589	26,504	*3,45*	**29**	82,6	17,2
Interlaken	85,148	24,954	110,102	*4,26*	**23**	77,3	22,7
Frutigen	32,909	3,659	36,568	*3,32*	**30**	89,9	10,1
Saanen	18,496	1,843	20,339	*3,84*	**27**	90,9	9,1
Obersimmenthal	27,533	3,540	31,073	*3,87*	**26**	88,6	11,4
Niedersimmenthal	48,004	5,407	53,411	*5,10*	**21**	89,8	10,2
Thun	118,154	47,381	165,535	*5,34*	**18**	71,3	28,7
Oberland	352,159	91,373	443,532	*4,46*	**V**	79,3	20,7
Signau	77,414	18,965	96,379	*3,96*	**24**	80,3	19,7
Trachselwald	73,931	14,290	88,221	*3,60*	**28**	83,8	16,2
Emmenthal	151,345	33,255	184,600	*3,78*	**VI**	81,9	18,1
Konolfingen	114,921	19,895	134,816	*5,12*	**20**	85,2	14,8
Seftigen	68,718	10,718	79,436	*3,90*	**25**	85,2	14,8
Schwarzenburg	23,911	2,072	25,983	*2,23*	**31**	92,0	8,0
Laupen	47,618	5,931	53,549	*5,80*	**15**	88,9	11,1
Bern { Stadt	363,839	484,345	848,184	*21,20*	**1**	42,8	57,2
Bern { Land	111,225	29,195	140,420	*5,58*	**17**	79,1	20,9
Amtsbezirk	475,064	513,540	988,604	*15,18*	.	48,0	52,0
Fraubrunnen	96,239	13,319	109,558	*8,27*	**3**	87,8	12,2
Burgdorf	153,648	54,341	207,989	*7,19*	**9**	73,8	26,2
Mittelland	980,119	619,816	1,599,935	*9,18*	**I**	61,2	38,8
Aarwangen	92,991	31,416	124,407	*4,76*	**22**	74,7	25,3
Wangen	85,008	18,681	103,689	*5,13*	**19**	81,9	18,1
Oberaargau	177,999	50,097	228,096	*4,92*	**IV**	78,0	22,0
Büren	56,826	10,359	67,185	*7,34*	**8**	84,5	15,5
Biel [1]	59,416	73,982	133,398	*10,88*	**2**	44,6	55,4
Nidau	72,372	14,636	87,008	*6,65*	**12**	83,1	16,9
Aarberg	93,075	14,393	107,468	*6,33*	**13**	86,6	13,4
Erlach	44,760	4,744	49,504	*7,49*	**6**	90,4	9,6
Seeland	326,449	118,114	444,563	*7,66*	**II**	77,1	12,9
Neuenstadt	25,003	10,150	35,253	*7,64*	**4**	70,9	29,1
Courtelary	102,256	75,853	178,109	*7,59*	**5**	57,9	42,1
Münster	65,322	24,052	89,374	*6,06*	**14**	73,1	26,9
Freibergen	48,023	14,160	62,183	*5,59*	**16**	77,3	22,7
Pruntrut	139,164	37,053	176,217	*6,91*	**11**	79,7	20,3
Delsberg	74,725	20,976	95,701	*7,12*	**10**	78,9	21,1
Laufen	31,279	13,049	44,328	*7,36*	**7**	70,7	29,3
Jura [1]	485,772	195,393	681,165	*6,88*	**III**	71,6	28,4
Kanton	2,473,843	1,108,048	3,581,891	*6,80*	.	69,4	30,6

[1] Bemessen am Steuerertrag à 2 ‰ des Vermögens. Der Jura bezahlt für das Armenwesen nichts und somit nur 1,70 statt 2 ‰. Zur Vergleichung der Steuerfähigkeit haben wir aber hier die Steuererträge zu den Sätzen des alten Kantons, à 2 ‰ berechnet. [2] Der muthmasslichen Bevölkerung pro 1877. [3] Grösste Steuerkraft, resp. Leistung 1, geringste 31.

der einzelnen Landestheile und Amtsbezirke im Jahr 1877.

2) Die wirkliche Sollsteuer.

Wirkliche Sollsteuersumme. (Der Jura 0,3 ‰ weniger für das Armenwesen.)					[4] Rangordnung.	Von der Totalsteuer zahlt der Bezirk %	Amtsbezirke und Landestheile.
Total.	Vermögen.	Einkommen.	Auf 1 Einwohner. Fr.	Auf 1 Haushaltung. Fr.			
26,504	21,915	4,589	**3,45**	**16,8**	**29**	0,76	Oberhasle.
110,102	85,149	24,955	**4,26**	**21,0**	**23**	3,19	Interlaken.
36,568	32,909	3,659	**3,32**	**16,0**	**30**	1,06	Frutigen.
20,339	18,496	1,843	**3,84**	**16,3**	**27**	0,59	Saanen.
31,073	27,533	3,540	**3,87**	**17,7**	**26**	0,89	Obersimmenthal.
53,411	48,004	5,407	**5,10**	**23,5**	**20**	1,54	Niedersimmenthal.
165,535	118,154	47,381	**5,34**	**26,6**	**16**	4,79	Thun.
443,532	352,160	91,374	**4,46**	**21,5**	**V**	12,83	*Oberland.*
96,379	77,414	18,965	**3,96**	**22,4**	**24**	2,79	Signau.
88,221	73,932	14,290	**3,60**	**20,5**	**28**	2,55	Trachselwald.
184,600	151,346	33,255	**3,78**	**21,5**	**VI**	5,35	*Emmenthal.*
134,816	114,921	19,895	**5,12**	**28,6**	**19**	3,90	Konolfingen.
79,436	68,718	10,719	**3,90**	**20,3**	**25**	2,30	Seftigen.
25,983	23,911	2,073	**2,23**	**11,3**	**31**	0,75	Schwarzenburg.
53,549	47,619	5,932	**5,80**	**30,9**	**14**	1,55	Laupen.
848,184	363,839	484,345	**21,20**	**118,8**	**1**	24,55	Stadt } Bern.
140,420	111,225	29,195	**5,58**	**32,4**	**15**	4,06	Land }
988,604	475,064	513,541	**15,18**	**86,2**	.	28,61	Amtsbezirk.
109,558	96,240	13,319	**8,27**	**44,3**	**3**	3,17	Fraubrunnen.
207,989	153,685	54,341	**7,19**	**43,5**	**6**	6,02	Burgdorf.
1,599,935	980,158	619,820	**9,15**	**51,0**	**I**	46,30	*Mittelland.*
124,407	92,992	31,416	**4,76**	**24,0**	**21**	3,60	Aarwangen.
103,689	85,008	18,681	**5,13**	**26,6**	**18**	3,00	Wangen.
228,096	178,000	50,097	**4,92**	**25,1**	**IV**	6,60	*Oberaargau.*
[5] 65,774	[5] 55,630	[5] 10,144	**7,22**	**34,7**	**5**	1,90	Büren.[5]
113,192	50,504	62,688	**9,27**	**54,1**	**2**	3,28	Biel.
87,608	72,372	14,637	**6,65**	**34,6**	**7**	2,52	Nidau.
107,468	93,076	14,293	**6,33**	**34,0**	**10**	3,11	Aarberg.
49,504	44,760	4,744	**7,49**	**34,6**	**4**	1,43	Erlach.
422,946	316,342	106,506	**7,29**	**38,1**	**II**	12,24	*Seeland.*
29,947	21,252	8,695	**6,48**	**32,3**	**8**	0,86	Neuenstadt.
150,050	86,918	63,132	**6,39**	**33,8**	**9**	4,35	Courtelary.
75,866	55,524	20,342	**5,15**	**26,8**	**17**	2,19	Münster.
52,791	40,820	11,971	**4,72**	**24,7**	**22**	1,53	Freibergen.
149,535	118,290	31,245	**5,87**	**27,5**	**13**	4,33	Pruntrut.
80,476	63,517	16,959	**6,00**	**28,2**	**12**	2,33	Delsberg.
37,589	26,587	11,002	**6,24**	**31,7**	**11**	1,09	Laufen.
[3] 576,254	412,908	163,346	**5,82**	**29,1**	**III**	16,68	*Jura.*
3,455,319	2,390,917	1,064,402	**6,87**	**34,3**	.	100	*Kanton.*

[4] Der Jura à 1,70 ‰ bezahlt Vermögenssteuer Fr. 470,188 und Einkommenssteuer Fr. 227,037. [5] Wovon von den zum neuen Kanton gehörenden Gemeinden Pieterlen, Meinisberg und Reiben Fr. 7778, Fr. 6776 Vermögens- und Fr. 1002 Einkommenssteuer.

Tabelle VI.

Nachweise der Staatsleistungen im Schulwesen direkt

Amtsbezirke und Landestheile.	Zahl der Primarschüler.	Zahl der Progymn.- und Sekundarschüler.	Summa Schüler.	Direkte Staatsleistungen für das Schulwesen. Gesammtsumme. Fr.	Auf 1 Einwohner.	Auf 1 Schüler.	[1] Rangordnung.
Oberhasle	1,415	39	1,454	*15,848*	**2,07**	**10,89**	**12**
Interlaken	5,004	235	5,239	*54,791*	**2,14**	**10,45**	**13**
Frutigen	2,294	41	2,335	*24,154*	**2,20**	**10,34**	**14**
Saanen	977	30	1,007	*11,454*	**2,17**	**11,37**	**9**
Obersimmenthal	1,742	33	1,775	*21,401*	**2,67**	**12,05**	**7**
Niedersimmenthal	2,142	38	2,180	*23,816*	**2,27**	**10,92**	**11**
Thun	5,571	334	5,905	*65,625*	**2,13**	**11,11**	**10**
Oberland	19,145	750	19,895	*217,089*	**2,20**	**10,91**	**III**
Signau	4,537	199	4,736	*43,566*	**1,79**	**9,19**	**21**
Trachselwald	4,551	116	4,667	*33,994*	**1,35**	**7,28**	**28**
Emmenthal	9,088	315	9,403	*77,560*	**1,59**	**8,24**	**VI**
Konolfingen	4,903	192	5,095	*44,038*	**1,68**	**8,64**	**23**
Seftigen	4,123	65	4,188	*29,098*	**1,43**	**6,94**	**29**
Schwarzenburg	2,283	23	2,306	*18,473*	**1,59**	**8,01**	**26**
Laupen	1,801	46	1,847	*15,574*	**1,68**	**8,43**	**25**
Bern { Stadt	3,536	628	4,164	*156,870*	**3,98**	**37,67**	**1**
Bern { Land	4,895	40	4,935	*32,493*	**1,34**	**6,58**	**30**
Amtsbezirk	8,431	668	9,099	*189,363*	**2,93**	**20,81**	.
Fraubrunnen	2,304	146	2,450	*29,828*	**2,26**	**12,17**	**6**
Burgdorf	4,880	225	5,105	*59,858*	**2,08**	**11,72**	**8**
Mittelland	28,725	1,365	30,090	*386,232*	**2,22**	**12,83**	**I**
Aarwangen	5,280	178	5,458	*46,349*	**1,78**	**8,49**	**24**
Wangen	3,942	146	4,088	*40,937*	**2,03**	**10,01**	**15**
Oberaargau	9,222	324	9,546	*87,286*	**1,89**	**9,14**	**V**
Büren	1,842	57	1,899	*18,388*	**2,02**	**9,78**	**19**
Biel	1,791	183	1,974	*30,209*	**2,51**	**15,30**	**4**
Nidau	2,601	35	2,636	*20,705*	**1,59**	**7,84**	**27**
Aarberg	3,452	108	3,560	*32,833*	**1,94**	**9,22**	**20**
Erlach	1,409	49	1,458	*13,016*	**1,97**	**8,92**	**22**
Seeland	11,095	432	11,527	*115,151*	**2,10**	**9,98**	**IV**
Neuenstadt	740	118	858	*15,647*	**3,41**	**18,21**	**3**
Courtelary	4,085	336	4,421	*43,860*	**1,87**	**9,92**	**17**
Münster	2,671	32	2,703	*27,021*	**1,85**	**9,99**	**16**
Freibergen	1,926	.	1,926	*10,593*	**0,95**	**5,50**	**31**
Pruntrut	3,893	137	4,030	*77,246*	**3,05**	**19,16**	**2**
Delsberg	2,017	96	2,113	*30,881*	**2,30**	**14,61**	**5**
Laufen	1,092	43	1,135	*10,189*	**1,70**	**9,85**	**18**
Jura	16,424	762	17,186	*215,437*	**2,19**	**12,53**	**II**
Kanton	93,699	3,948	97,647	*1,098,755*	**2,10**	**11,25**	.

[1] Nach der Ausgabeziffer per Schüler, am meisten 1.

für die einzelnen Gemeinden nach Amtsbezirken pro 1876.

Von den direkten Staatsleistungen sind:									Amtsbezirke und Landestheile.
Für die Primarschulen.						An Mittel- und Kantonsschulen.			
Total.	Ordentl. Staatsbeitr. an Lehrerbesoldungen	Beiträge an Oberschulen.	Ausserordentl. Beiträge an arme Gemeind.	An Arbeits- und Kleinkinderschulen.	5 % an Schulhausbauten.	Total.	Progymnas. und Kantonsschulen.	Realschulen.	
13,448	9,848	.	2,500	1,100	.	*2,400*	.	2,400	Oberhasle.
43,267	32,798	.	5,425	3,544	1,500	*11,524*	.	11,524	Interlaken.
22,554	16,138	400	4,120	1,896	.	*1,600*	.	1,600	Frutigen.
9,616	7,646	.	1,250	720	.	*1,838*	.	1,838	Saanen.
20,401	13,988	700	2,050	1,320	2,343	*1,000*	.	1,000	Obersimmenthal.
22,016	18,246	700	1,350	1,720	.	*1,800*	.	1,800	Niedersimmenthal.
43,898	35,888	200	2,290	4,320	1,200	*21,727*	13,799	7,928	Thun.
175,200	134,552	2000	18,985	14,620	5,043	*41,889*	13,799	28,090	*Oberland.*
35,182	29,193	.	1,250	3,280	1,459	*8,384*	.	8,384	Signau.
29,394	23,744	.	1,120	2,780	1,750	*4,600*	.	4,600	Trachselwald.
64,576	52,937	.	2,370	6,060	3,209	*12,984*	.	12,984	*Emmenthal.*
35,858	30,773	.	1,685	3,400	.	*8,180*	.	8,180	Konolfingen.
25,098	21,633	200	625	2,640	.	*4,000*	.	4,000	Seftigen.
17,398	12,218	200	3,700	1,280	.	*1,075*	.	1,075	Schwarzenburg.
13,543	12,188	.	75	1,280	.	*2,031*	.	2,031	Laupen.
25,252	ca. 25,000[2]	.	.	252	.	*131,618*	116,185[3]	15,433	Stadt } Bern.
30,417	23,917	600	500	5,400	.	*2,076*	.	2,076	Land }
55,669	48,917	600	500	5,652	.	*133,694*	116,185	17,509	Amtsbezirk.
23,758	19,138	.	50	1,920	2,650	*6,070*	.	6,070	Fraubrunnen.
33,565	29,969	.	300	3,296	.	*26,293*	15,213	11,080	Burgdorf.
204,889	174,836	1000	6,935	19,468	2,650	*181,343*	131,398	49,945	*Mittelland.*
35,822	30,697	.	425	3,700	1,000	*10,527*	.	10,527	Aarwangen.
33,557	24,307	400	75	2,780	5,995	*7,380*	.	7,380	Wangen.
69,379	55,004	400	500	6,480	6,995	*17,907*	.	17,907	*Oberaargau.*
15,837	13,957	150	250	1,480	.	*2,551*	.	2,551	Büren.
12,436	11,436	.	100	900	.	*17,773*	14,048	3,725	Biel.
18,454	16,174	.	200	2,080	.	*2,251*	.	2,251	Nidau.
28,253	24,728	200	625	2,700	.	*4,580*	.	4,580	Aarberg.
10,756	9,350	200	100	1,100	.	*2,260*	.	2,260	Erlach.
85,736	75,651	550	1,275	8,260	.	*29,415*	14,048	15,367	*Seeland.*
4,170	3,890	.	.	280	.	*11,477*	7,884	3,593	Neuenstadt.
23,811	21,441	.	230	2,140	.	*20,049*	.	20,049	Courtelary.
22,959	18,463	.	600	1,560	2,336	*4,062*	.	4,062	Münster.
10,593	9,363	.	350	880	.	.	.	.	Freibergen.
31,599	24,964	.	650	1,900	4,085	*45,647*	42,750[3]	2,897	Pruntrut.
16,970	15,530	.	320	1,120	.	*13,911*	10,400	3,511	Delsberg.
7,189	6,259	.	150	780	.	*3,000*	.	3,000	Laufen.
117,291	99,910	.	2,300	8,660	6,421	*98,146*	61,034	37,112	*Jura.*
717,071	592,890	3950	32,365	63,548	24,318	*381,684*	220,279	161,405	*Kanton.*

[2] Annähernd; kann nicht besonders ermittelt werden.

[3] Kantonsschulen. Dieselben haben faktisch überwiegend lokalen Charakter bezüglich Benutzung.

Tabelle VII.

Nachweise der Staatsleistungen im Armenwesen direkt für die einzelnen Amtsbezirke pro 1876.

Amtsbezirke und Landestheile.	Armengenössige Bevölkerung.	Ordentliche Staatsbeiträge an die Notharmenpflege.	Beiträge an Krankenanstalten [1] 1876.	Total.	Auf 1 Kopf der armengenössigen Bevölkerung.	Rangordnung.
Oberhasle	7,883	8,295	1,682	*9,977*	**1,39**	**8**
Interlaken	18,888	11,186	4,523	*15,709*	**0,83**	**18**
Frutigen	10,156	15,584	1,536	*17,120*	**1,69**	**4**
Saanen	4,568	2,997	1,794	*4,791*	**1,05**	**13**
Obersimmenthal	7,552	10,107	2,352	*12,459*	**1,65**	**6**
Niedersimmenthal	9,563	5,881	2,337	*8,218*	**0,86**	**17**
Thun	26,430	25,862	1,098	*26,960*	**1,01**	**15**
Oberland	84,240	79,912	15,322	*95,234*	**1,13**	**III**
Signau	22,430	29,588	4,509	*34,097*	**1,52**	**7**
Trachselwald	22,694	46,518	3,962	*50,480*	**2,23**	**3**
Emmenthal	45,124	76,106	8,471	*84,577*	**1,87**	**I**
Konolfingen	24,586	29,964	.	*29,964*	**1,21**	**9**
Seftigen	18,848	20,344	.	*20,344*	**1,08**	**12**
Schwarzenburg	10,818	24,359	2,936	*27,295*	**2,52**	**2**
Laupen	8,400	10,053	.	*10,053*	**1,19**	**11**
Bern { Stadt	21,749	54,772	.	*54,772*	**2,52** [2]	**1**
Bern { Land	22,062	26,498	.	*26,498*	**1,20**	**10**
Amtsbezirk	43,811	81,270	.	*81,270*	**1,85** [2]	.
Fraubrunnen	12,071	8,610	.	*8,610*	**0,71**	**19**
Burgdorf	24,405	40,868	.	*40,868*	**1,67**	**5**
Mittelland	142,939	215,468	2,936	*218,404*	**1,52** [2]	**II**
Aarwangen	23,111	19,399	4,392	*23,791*	**1,03**	**14**
Wangen	17,278	9,949	1,098	*11,047*	**0,63**	**21**
Oberaargau	40,389	29,348	5,490	*34,838*	**0,86**	**IV**
Büren	3,714 [3]	2,506	.	*2,506*	**0,67**	**20**
Biel	10,551	.	5,490	*5,490*	**0,43**	**22**
Nidau	9,416	2,873	.	*2,873*	**0,31**	**23**
Aarberg	14,794	14,479	.	*14,479*	**0,98**	**16**
Erlach	4,901	697	.	*697*	**0,14**	**28**
Seeland	44,888	20,555	5,490	*26,045*	**0,58**	**V**
Neuenstadt	(4,412) [4]	.	.	.	.	**31**
Courtelary	(22,702)	.	3,983	*3,983*	**0,18**	**27**
Münster	(13,772)	.	1,098	*1,098*	**0,08**	**30**
Freibergen	(10,789)	.	2,196	*2,196*	**0,20**	**26**
Pruntrut	(23,988)	.	4,941	*4,941*	**0,21**	**24**
Delsberg	(13,018)	.	2,745	*2,745*	**0,21**	**25**
Laufen	(5,677)	.	549	*549*	**0,10**	**29**
Jura	94,358	.	15,512	*15,512*	**0,17**	**VI**
Kanton	345,117 [5] 451,938	421,392	53,221	*474,613*	**1,04**	.

[1] Hier sind nur die Beiträge an die Nothfallanstalten gerechnet, da diese einen lokalen Charakter tragen. [2] Wozu noch die Leistungen für den Inselspital, die doch zum grössten Theil dem Mittelland und der Stadt Bern zu gut kommen, zu rechnen sind (siehe den Text hierüber). [3] Wozu Fr. 1512 für drei zum neuen Kanton gehörige Gemeinden. [4] Gesammtbevölkerung des Jura's, der in der ordentlichen Notharmenpflege nicht armengenössig ist. [5] Total Armengenössige des alten Kantons.

Tabelle VIII.

Leistungen für den Kultus in den einzelnen Amtsbezirken. 1876.

Amtsbezirke und Landestheile.	Total-Summe der Leistungen.	Leistung per Einwohner.	Rangordnung.	Reformirte Kirche.					Katholische Kirche.
				Ordentliche Besoldungen.	Besoldungszulagen.	Beiträge an Kollaturen u. innere Pfarreien.	Wohnungsentschädig.	Beholzungskosten.	Besoldungszulagen u. Beiträge.
Oberhasle	*8,765*	**1,14**	**24**	8,489	.	.	.	276	.
Interlaken	*30,160*	**1,18**	**23**	27,440	100	359	.	2,061	200
Frutigen	*14,802*	**1,35**	**16**	13,200	452	.	.	1,150	.
Saanen	*11,029*	**2,09**	**5**	9,320	403	916	.	390	.
Obersimmenthal	*11,982*	**1,49**	**11**	10,600	491	.	.	891	.
Niedersimmenthal	*20,127*	**1,93**	**9**	18,800	300	.	.	1,027	.
Thun	*32,982*	**1,07**	**29**	29,451	.	.	500	2,581	450
Oberland	*129,847*	**1,31**	**III**	117,300	1746	1275	500	8,376	650
Signau	*27,524*	**1;13**	**25**	24,617	.	.	80	2,827	.
Trachselwald	*29,492*	**1,20**	**20**	27,796	.	.	.	1,696	.
Emmenthal	*57,016*	**1,17**	**V**	52,413	,	.	80	4,523	.
Konolfingen	*28,340*	**1,08**	**28**	26,250	.	,	.	2,090	.
Seftigen	*24,356*	**1,20**	**21**	22,400	.	.	.	1,956	.
Schwarzenburg	*11,980*	**1,04**	**31**	10,800	.	.	.	1,180	.
Laupen	*13,292*	**1,44**	**13**	10,600	.	700	.	1,992	.
Bern Stadt	.	**1,40**	**15**	,	.	.	.	.	5,458
Bern Land	.	**1,30**	**19**	.	.	.	.	.	.
Amtsbezirk	*87,553*	**1,36**	.	71,836	.	.	5100	5,159	5,458
Fraubrunnen	*21,663*	**1,63**	**10**	17,000	.	2767	.	1,896	.
Burgdorf	*31,385*	**1,09**	**27**	28,500	.	.	500	2,385	.
Mittelland	*218,569*	**1,26**	**IV**	187,386	.	3467	5600	16,658	5,458
Aarwangen	*31,052*	**1,20**	**22**	29,592	.	.	500	960	.
Wangen	*22,424*	**1,11**	**26**	20,900	.	.	.	1,524	.
Oberaargau	*53,476*	**1,16**	**VI**	50,492	.	.	500	2,484	.
Büren	*25,793*	**2,84**	**1**	25,000	.	.	.	793	.
Biel	*16,300*	**1,35**	**17**	10,400	.	.	.	.	5,900
Nidau	*26,612*	**2,06**	**6**	24,778	.	.	.	1,834	.
Aarberg	*37,778*	**2,23**	**4**	32,200	.	2600	.	2,978	.
Erlach	*16,176*	**2,45**	**2**	14,150	.	.	.	2,026	.
Seeland	*122,659*	**2,13**	**I**	106,528	.	2600	.	7,631	5,900
Neuenstadt	*11,232*	**2,45**	**3**	10,542	400	290	.	.	.
Courtelary	*34,243*	**1,46**	**12**	29,418	625	.	300	.	3,900
Münster	*20,611*	**1,41**	**14**	16,686	125	.	600	.	3,200
Freibergen	*11,852*	**1,06**	**30**	.	.	.	.	.	11,852
Pruntrut	*33,853*	**1,34**	**18**	1,418	79	.	279	.	32,077
Delsberg	*26,410*	**1,97**	**8**	3,200	.	.	600	210	22,400
Laufen	*12,200*	**2,04**	**7**	.	.	.	.	.	12,200
Jura	*150,401*	**1,53**	**II**	61,264	1229	290	1779	210	85,629
Kanton	*731,975*	**1,40**	.	575,383	2975	7639	8459	39,882	97,637

Tabelle IX. **Nachweis der Staatsleistungen für Strassen-**

Amtsbezirke und Landestheile.	Bodenfläche		Ausgaben für Neubau und Korrektionen von 1831—1874. Ausgaben im Ganzen					Rangordnung nach	
	im Ganzen □-Kilom.	kultivirbar □-Kilom.	Total.	Durchschnitt.	Per Einwohner 1877.	auf 1 □-Kilometer Gesammt-Fläche.	auf 1 □-Kilometer kultivirb. Fläche.	Bevölkerung.	Kultur-Fläche.
Oberhasle	554,7	329,6	**459,090**	10,677	**1,42**	*19,24*	**32,39**	**7**	**27**
Interlaken	718,6	459,1	**1,642,640**	38,201	**1,60**	*53,16*	**83,20**	**5**	**12**
Frutigen	478,1	311,3	**301,610**	7,013	**0,66**	*14,66*	**22,52**	**19**	**30**
Saanen	256,6	188,4	**370,030**	8,606	**1,68**	*33,53*	**45,67**	**4**	**22**
Obersimmenthal	321,5	288,5	**602,320**	14,008	**1,76**	*43,53*	**48,55**	**3**	**20**
Niedersimmenthal	319,0	241,1	**675,680**	15,713	**1,51**	*49,25*	**65,17**	**6**	**16**
Thun	280,9	226,9	**433,440**	10,080	**0,34**	*35,84*	**44,42**	**28**	**23**
Oberland	2929,4	1984,9	**4,484,810**	104,298	**1,10**	*35,60*	**52,55**	**I**	**V**
Signau	318,9	248,3	**572,210**	13,307	**0,56**	*41,72*	**53,59**	**23**	**19**
Trachselwald	187,2	165,7	**934,340**	21,729	**0,91**	*116,08*	**131,73**	**15**	**5**
Emmenthal	506,1	414,0	**1,506,550**	35,036	**0,73**	*69,42*	**84,62**	**V**	**III**
Konolfingen	312,4	197,3	**707,380**	16,450	**0,63**	*77,44*	**83,37**	**21**	**11**
Seftigen	188,4	173,7	**502,120**	11,677	**0,63**	*61,85*	**67,53**	**20**	**15**
Schwarzenburg	154,9	134,8	**474,500**	11,035	**0,97**	*71,23*	**81,86**	**12**	**13**
Laupen	84,3	78,4	**388,060**	9,025	**0,98**	*107,05*	**115,11**	**11**	**6**
Bern { Stadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Bern { Land	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Amtsbezirk	230,7	219,3	**2,732,550**	63,547	**1,06**	*275,45*	**289,77**	**10**	**2**
Fraubrunnen	121,2	115,2	**529,710**	12,319	**0,95**	*101,64*	**106,93**	**14**	**8**
Burgdorf	199,4	178,7	**428,950**	9,976	**0,36**	*50,03*	**56,38**	**27**	**18**
Mittelland	1191,3	1097,4	**5,763,270**	134,029	**0,80**	*112,50*	**122,13**	**III**	**II**
Aarwangen	141,1	129,9	**265,490**	6,174	**0,24**	*43,75*	**47,52**	**30**	**21**
Wangen	142,9	132,0	**228,780**	5,320	**0,27**	*37,22*	**40,30**	**29**	**25**
Oberaargau	284,0	261,9	**494,270**	11,494	**0,25**	*40,47*	**43,88**	**VI**	**VI**
Büren	92,0	81,7	**312,490**	7,267	**0,81**	*78,87*	**89,06**	**16**	**10**
Biel	17,4	16,5	**924,000**	21,488	**2,03**	*1234,94*	**1302,36**	**1**	**1**
Nidau	112,7	82,1	**509,790**	11,856	**0,96**	*105,19*	**144,40**	**13**	**4**
Aarberg	153,4	142,6	**560,550**	13,036	**0,80**	*84,98*	**91,40**	**17**	**9**
Erlach	91,8	69,5	**105,760**	2,459	**0,37**	*26,89*	**35,38**	**26**	**26**
Seeland	467,3	392,4	**2,412,590**	56,106	**1,03**	*120,06*	**142,98**	**II**	**I**
Neuenstadt	60,4	56,8	**265,260**	6,169	**1,39**	*102,13*	**108,60**	**8**	**7**
Courtelary	262,8	236,5	**763,400**	17,754	**0,77**	*67,55*	**75,07**	**18**	**14**
Münster	275,3	247,8	**690,340**	16,054	**1,16**	*58,31*	**64,78**	**9**	**17**
Freibergen	188,1	147,0	**269,070**	6,257	**0,58**	*33,26*	**42,56**	**22**	**24**
Pruntrut	309,3	292,1	**401,500**	9,337	**0,39**	*30,18*	**31,96**	**25**	**29**
Delsberg	263,4	216,5	**301,450**	7,010	**0,53**	*26,61*	**32,38**	**24**	**28**
Laufen	80,7	71,2	**493,890**	11,486	**2,02**	*143,69*	**161,32**	**2**	**3**
Jura	1440,0	1267,9	**3,184,910**	74,067	**0,78**	*51,43*	**58,41**	**IV**	**IV**
Kanton	6818,2	5418,6	**17,846,400**	415,030	**0,83**	*60,88*	**76,59**	.	.

Neubauten und Korrektionen, sowie im Ganzen.

Neubauten und Korrektionen 1868—1877.		Neubau, Korrektionen von 1831/74 und Strassenunterhalt von 1861/70.					Amtsbezirke und Landestheile.
		Im Ganzen				Unterhalt 1861/70	
Total.	Durchschnitt.	Summe	auf 1 Einwohner von 1870.	auf 1 □-Kilom.	auf 1 □-Kilom. Kulturland.	Total.	
211,790	21,179	28,477	3,80	51,33	86,39	17,800	Oberhasle.
517,460	51,746	78,484	3,29	109,21	170,73	40,283	Interlaken.
120,840	12,084	15,839	1,49	33,12	50,88	8,826	Frutigen.
117,850	11,785	19,444	3,81	76,16	103,20	10,838	Saanen.
94,590	9,459	35,628	4,48	110,81	123,46	21,620	Obersimmenthal.
118,090	11,809	34,514	3,35	108,19	143,15	18,801	Niedersimmenthal.
343,720	34,372	27,649	0,94	94,86	121,85	17,569	Thun.
1,524,340	152,434	240,035	2,53	81,97	120,93	135,737	*Oberland.*
117,670	11,767	28,270	1,19	88,64	113,85	14,963	Signau.
119,170	11,917	38,601	1,63	206,09	233,56	16,872	Trachselwald.
236,840	23,684	66,871	1,41	132,12	161,52	31,835	*Emmenthal.*
71,840	7,184	33,221	1,28	156,40	168,37	16,771	Konolfingen.
230,020	23,002	26,126	1,31	138,67	150,81	14,449	Seftigen.
124,470	12,447	21,501	1,89	138,80	159,50	10,466	Schwarzenburg.
64,610	6,461	16,165	1,75	191,75	206,18	7,140	Laupen.
.	.	.	.	.	.	.	Stadt } Bern.
.	.	.	.	.	.	.	Land }
127,460	12,746	98,110	1,64	425,27	447,37	34,563	Amtsbezirk.
4,660	466	22,457	1,73	185,28	194,93	10,138	Fraubrunnen.
99,600	9,960	25,646	0,94	128,61	143,51	15,670	Burgdorf.
722,660	72,266	243,226	1,46	204,17	221,63	109,197	*Mittelland.*
72,590	7,259	16,379	0,60	116,08	126,08	10,205	Aarwangen.
67,500	6,750	15,178	0,78	106,21	114,98	9,858	Wangen.
140,090	14,009	31,557	0,70	111,11	120,49	20,063	*Oberaargau.*
44,200	4,420	14,940	1,68	162,39	182,87	7,673	Büren.
47,000	4,700	27,455	2,60	1577,87	1663,93	5,967	Biel.
161,090	16,109	23,524	1,09	208,73	286,52	11,668	Nidau.
37,860	3,786	27,163	1,67	177,07	190,40	14,127	Aarberg.
43,450	4,345	9,905	1,51	107,89	142,51	7,446	Erlach.
333,600	33,360	102,987	1,89	220,60	262,48	46,881	*Seeland.*
11,700	1,170	9,552	2,16	158,14	168,16	3,383	Neuenstadt.
83,440	8,344	40,711	1,79	154,91	172,13	22,957	Courtelary.
100,130	10,013	34,179	2,49	124,15	137,92	18,125	Münster.
103,280	10,328	14,680	1,36	78,14	99,79	8,423	Freibergen.
73,900	7,390	36,103	1,55	116,75	123,59	26,766	Pruntrut.
148,100	14,810	25,916	1,99	98,38	119,70	18,906	Delsberg.
35,140	3,514	25,666	4,52	318,04	360,47	14,180	Laufen.
555,690	55,569	186,807	1,97	129,72	147,33	112,740	*Jura.*
3,513,220	351,322	871,483	1,73	127,81	160,83	456,453	*Kanton.*

Tabelle IX (Schluss). **Nachweise der Leistungen**

Amtsbezirke und Landestheile.	Spezifikation und Verhältnisse des Strassenunterhalts.						
	Total Durchschnitt.	Wegmeister-besoldungen.	Material-fuhrungen.	Kunst-arbeiten.	Brücken-unterhalt.	Ent-schädi-gungen.	Herstellungs-arbeiten bei Wasser-schaden.
Oberhasle	*17,800*	3,542	1,456	6,080	2,015	.	4,698
Interlaken	*40,283*	6,561	6,368	10,446	3,128	731	13,031
Frutigen	*8,826*	2,701	1,162	2,612	1,383	10	958
Saanen	*10,838*	2,964	1,283	2,388	1,048	69	3,086
Obersimmenthal	*21,620*	2,937	2,168	7,205	1,634	283	7,393
Niedersimmenthal	*18,801*	4,487	3,947	6,310	410	136	3,511
Thun	*17,509*	6,109	4,314	2,948	2,400	155	1,643
Oberland	*135,737*	29,301	20,716	37,998	12,018	1384	34,320
Signau	*14,963*	5,043	2,587	2,338	2,758	.	2,237
Trachselwald	*16,872*	6,213	3,529	3,162	1,365	38	2,565
Emmenthal	*31,835*	11,256	6,116	5,500	4,123	38	4,802
Konolfingen	*16,771*	7,482	4,472	2,425	1,040	178	1,174
Seftigen	*14,449*	7,289	4,634	1,675	708	10	133
Scharzenburg	*10,466*	3,454	1,265	903	1,057	6	3,781
Laupen	*7,140*	3,225	1,859	327	1,240	117	372
Bern { Stadt	.	.	.	.	.	.	.
Bern { Land	.	.	.	.	.	.	.
Amtsbezirk	*34,563*	12,633	14,280	4,203	2,476	30	941
Fraubrunnen	*10,138*	5,473	2,747	1,367	372	128	51
Burgdorf	*15,670*	7,225	6,181	790	1,199	117	158
Mittelland	*109,197*	46,781	35,438	11,690	8,092	586	6,610
Aarwangen	*10,205*	5,191	3,156	930	853	75	.
Wangen	*9,858*	5,733	2,838	729	516	42	.
Oberaargau	*20,036*	10,924	5,994	1,659	1,369	117	.
Büren	*7,673*	4,074	2,159	379	632	106	323
Biel	*5,967*	1,667	2,425	1,257	76	219	323
Nidau	*11,668*	3,802	3,500	1,093	2,988	155	130
Aarberg	*14,127*	6,344	4,254	2,204	776	191	380
Erlach	*7,446*	2,983	1,897	1,825	355	51	325
Seeland	*46,881*	18,870	14,235	6,758	4,827	722	1,469
Neuenstadt	*3,383*	1,804	1,017	409	6	92	55
Courtelary	*22,957*	9,840	10,688	1,824	89	52	464
Münster	*18,125*	7,356	7,613	1,505	16	188	1,447
Freibergen	*8,423*	5,110	2,402	747	.	65	99
Pruntrut	*26,766*	11,314	10,788	2,795	171	220	1,478
Delsberg	*18,906*	8,962	7,200	1,195	98	167	1,284
Laufen	*14,180*	4,198	8,112	780	251	112	727
Jura	*112,740*	48,584	47,820	9,255	631	896	5,554
Kanton	*456,453*	165,716	130,319	72,860	31,060	3743	52,755

für den Strassenunterhalt.

Unterhaltungskosten per 1 Meter.							Strassennetz (Staatsstrassen) 1875			Die grössten Längen haben		Amtsbezirke und Landestheile.
Im Ganzen.	Wegmeister-besoldungen.	Materialankauf.	Kunstarbeiten.	Brückenunterhalt.	Entschädigungen.	Herstellungs-arbeiten.	Länge. Meter.	Auf 1 □-Kilometer: Gesammtfläche.	Auf 1 □-Kilometer: kultivirtes Land.	nach der Gesammtfläche.	auf 1 □-Kilometer kultivirtes Land.	
25,8	5,7	2,0	8,7	2,7	.	6,7	**66,288**	*119*	**202**	**29**	**27**	Oberhasle.
50,3	8,3	8,0	12,7	4,0	1,0	16,3	**78,120**	*108*	**169**	**30**	**29**	Interlaken.
19,7	6,0	2,7	6,0	3,0	.	2,0	**50,793**	*106*	**163**	**31**	**30**	Frutigen.
30,4	8,3	3,7	6,7	3,0	.	8,7	**36,151**	*141*	**192**	**27**	**28**	Saanen.
49,0	6,7	5,0	16,3	3,7	0,7	16,6	**43,674**	*136*	**151**	**28**	**31**	Obersimmenthal.
35,3	8,3	7,3	12,0	0,7	0,3	6,7	**52,159**	*163*	**216**	**26**	**26**	Niedersimmenthal.
24,9	8,7	6,0	4,3	3,3	0,3	2,3	**70,869**	*253*	**312**	**23**	**21**	Thun.
34,0	7,3	5,1	9,5	3,0	0,3	8,6	**398,052**	*136*	**201**	**VI**	**VI**	*Oberland.*
24,0	8,0	4,3	3,7	4,3	.	3,7	**60,522**	*189*	**243**	**25**	**24**	Signau.
21,0	7,7	4,3	4,0	1,7	.	3,3	**73,163**	*389*	**445**	**15**	**17**	Trachselwald.
22,3	7,8	4,2	3,8	2,8	.	3,3	**133,685**	*264*	**322**	**V**	**V**	*Emmenthal.*
18,6	8,3	5,0	2,7	1,0	0,3	1,3	**88,443**	*416*	**448**	**14**	**16**	Konolfingen.
17,4	8,7	5,7	2,0	1,0	.	.	**87,248**	*463*	**503**	**6**	**10**	Seftigen.
33,3	11,0	4,0	3,0	3,3	.	12,0	**30,147**	*195*	**224**	**24**	**25**	Schwarzenburg.
15,2	11,3	6,7	1,3	4,3	0,3	1,3	**27,660**	*328*	**353**	**19**	**19**	Laupen.
.	.	.	.	.	.	.	**26,841**	*362*	**862**	**1**	**2**	Stadt } Bern.
.	.	.	.	.	.	.	**69,282**	*347*	**368**	**18**	**18**	Land }
35,7	13,0	14,7	4,3	2,7	.	1,0	**96,123**	*416*	**438**	.	.	Amtsbezirk.
19,8	10,7	5,3	2,6	0,7	0,2	0,1	**55,440**	*457*	**481**	**8**	**11**	Fraubrunnen.
17,3	8,0	6,7	1,0	1,3	.	0,3	**103,620**	*519*	**582**	**3**	**3**	Burgdorf.
23,1	9,9	7,5	2,4	1,7	0,1	1,3	**488,681**	*409*	**447**	**III**	**III**	*Mittelland.*
15,3	8,0	4,7	1,3	1,3	.	.	**66,998**	*475*	**519**	**5**	**9**	Aarwangen.
18,4	10,3	5,0	2,0	1,1	.	.	**61,126**	*429*	**462**	**12**	**13**	Wangen.
16,4	8,8	4,9	1,3	1,1	.	.	**128,124**	*451*	**489**	**I**	**II**	*Oberaargau.*
17,6	9,3	5,0	1,0	1,3	0,3	0,7	**43,904**	*477*	**541**	**4**	**5**	Büren.
37,6	10,7	15,3	8,0	0,3	1,3	2,0	**14,253**	*818*	**863**	**2**	**1**	Biel.
35,3	11,7	10,7	3,3	9,0	0,3	0,3	**43,293**	*386*	**526**	**16**	**7**	Nidau.
16,3	9,3	3,7	0,3	2,7	.	0,3	**65,142**	*425*	**458**	**13**	**14**	Aarberg.
18,7	7,3	4,7	4,7	1,0	.	1,0	**40,790**	*438*	**582**	**10**	**4**	Erlach.
23,7	9,5	7,2	3,9	2,4	0,3	0,7	**206,882**	*443*	**528**	**II**	**I**	*Seeland.*
17,9	11,0	6,3	0,3	.	.	0,3	**16,191**	*268*	**285**	**22**	**23**	Neuenstadt.
32,3	13,8	15,0	2,6	0,1	0,07	0,6	**77,477**	*295*	**327**	**20**	**20**	Courtelary.
22,6	10,0	10,3	2,0	.	0,3	2,0	**75,932**	*275*	**307**	**21**	**22**	Münster.
15,6	9,7	4,3	2,3	.	.	0,3	**66,747**	*354*	**453**	**17**	**15**	Freibergen.
19,7	8,7	8,0	2,0	.	.	1,0	**137,234**	*444*	**469**	**9**	**12**	Pruntrut.
18,9	9,0	7,3	1,3	.	.	1,3	**112,927**	*429*	**522**	**11**	**8**	Delsberg.
40,7	12,0	23,4	2,3	0,7	0,3	2,0	**37,401**	*463*	**526**	**7**	**6**	Laufen.
23,4	10,1	9,9	1,9	0,1	0,1	1,1	**523,909**	*363*	**415**	**IV**	**IV**	*Jura.*
25,0	9,0	7,3	4,0	1,7	0,2	3,0	**1,879,333**	*276*	**347**	.	.	*Kanton.*

Tabelle X.

Berechnung der Unterhaltungskosten des Staatsstrassennetzes in den einzelnen Landestheilen.

Landestheile, aus den Ingenieurbezirken zusammengestellt.	Strassenlänge.		Durchschnittliche Kosten per Jahr in den 10 Jahren 1861/70.							Jährliche Kosten per 1 Meter.						
	Fuss.	Meter = 3,33 F.	Im Ganzen.	Wegmeister-Besoldungen.	Material und Hülfsarbeiten etc.	Kunstarbeiten.	Brückenunterhalt.	Entschädigungen.	Herstellungsarbeiten infolge Wasserschaden.	Im Ganzen.	Wegmeister-Besoldungen.	Material und Hülfsarbeiten etc.	Kunstbauten.	Brückenunterhalt.	Entschädigungen.	Herstellungsarbeiten inf. Wasserschaden.
Oberland . . . . I. und II. Bezirk.[1]	1,329,087	399,125	135,737	29,301	20,716	37,998	12,018	1384	34,320	34,0	7,3	5,1	9,5	3,0	0,3	8,6
Emmenthal . . . . im III. Bezirk.	474,960	142,630	31,835	11,256	6,116	5,500	4,123	38	4,802	22,3	7,8	4,2	3,8	2,8	0,0	3,3
Mittelland . . . . Theile im II., III. u. IV.[2]	1,570,482	471,606	109,197	46,781	35,438	11,690	8,092	586	6,610	23,1	9,9	7,5	2,4	1,7	0,1	1,3
Oberaargau . . . . im III. Bezirk.	406,351	122,027	20,063	10,924	5,994	1,659	1,369	117	—	16,4	8,8	4,9	1,3	1,1	0,0	0,0
Seeland . . . . . im V. Bezirk.	658,670	197,798	46,881	18,870	14,235	6,758	4,827	722	1,469	23,7	9,5	7,2	3,9	2,4	0,3	0,7
Jura . . . . . im V. u. VI. Bezirk.[3]	1,599,402	480,300	112,740	48,584	47,820	9,255	631	896	5,554	23,4	10,1	9,9	1,9	0,1	0,1	1,1
Kanton	6,038,952	1,813,499	456,442	165,746	130,279	72,860	31,060	3743	52,754	25,0	9,0	7,3	4,0	1,7	0,2	3,0

[1] Ohne Konolfingen im II. Ingenieurbezirk.

[2] Konolfingen im II. Bezirk; Burgdorf und ein Theil von Fraubrunnen (Utzenstorf) im III. Bezirk; Seftigen, Schwarzenburg, Laupen, Bern und der übrige Theil von Fraubrunnen im IV. Bezirk.

[3] Neuenstadt und ein Theil von Courtelary im V. Ingenieurbezirk.